Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungsbeilage (Donnerstag), Die Zeit im Bild (Freitag), Landmanns Sonntagsblatt (Samstag)

Nr. 16 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | **Burscheid, Mittwoch, 20. Januar 1932** | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | **72. Jahrgang**

Deutschland gegen Verschleppung

Die Auffassung in Berlin

Gegenüber der Havaserklärung, in der eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums angeregt und für den Fall dieser Verlängerung die Lausanner Konferenz als überflüssig bezeichnet wird, wird in unterrichteten politischen Kreisen Berlins mit allem Nachdruck betont, daß Deutschland nach wie vor unter allen Umständen an dem baldigen Zusammentritt der Reparationskonferenz in Lausanne festhält. Es kann nur immer wieder auf den Wiggin-Bericht vom August vergangenen Jahres und das Baseler Gutachten hingewiesen werden, die beide die Notwendigkeit einer baldigen Regelung der Reparationsfrage verlangen. Man ist in politischen Kreisen der Auffassung, daß sich kein Staatsmann diesen Notwendigkeiten entziehen kann.

Die Sitzung der französischen Kammer

eröffnete

Kammerpräsident Bouisson

mit einer Ansprache, in der er für seine Wiederwahl zum Kammerpräsidenten dankte und sodann zur außenpolitischen Lage übergehend kurz bemerkte, daß die Kammer berufen sein werde, wiederum außenpolitische Entscheidungen zu treffen. Er als Präsident der Kammer glaube nicht, aus der ihm durch sein Amt auferlegten Reserve herauszugehen, wenn er erkläre, daß

Frankreich nichts von seinen Gläubigeransprüchen aufgeben könne, ohne die Garantie einer Herabsetzung seiner Schulden

in gleicher Höhe. Er glaube so den Geist kennzeichnen zu können, in dem alle internationalen Abkommen abgeschlossen und von der französischen Kammer ratifiziert worden seien. Frankreich habe in seiner Außenpolitik stets seinen friedlichen Willen bekundet, sowohl bei den früheren schwierigen Verhandlungen als auch durch seine aufrichtige Mitarbeit in den internationalen Institutionen, wie dem Völkerbund, der Europäischen Union usw. Frankreich sei stets dazu bereit gewesen, sich umfassend anzupassen und seinen Standpunkt zu berichtigen, wenn die Notwendigkeit dies erfordert hätte; natürlich unter der Bedingung, daß man gemeinsam darüber berate. Frankreich sei der Meinung, Abkommen, die lange Zeit erörtert und feierlich in Kraft gesetzt worden seien, könnten nicht durch einen einseitigen Entschluß eines der Vertragspartner gekündigt werden.

Die französische Regierungserklärung

Nach den Ansprachen der Präsidenten wurde vom Ministerpräsidenten Laval in der Kammer und vom Justizminister Berard im Senat folgende Regierungserklärung verlesen:

Nicht ein Mißtrauensvotum hat das voraufgegangene Kabinett veranlaßt, zurückzutreten. Fast 12 Monate hindurch hatten Kammer und Senat der Regierung ihr Vertrauen niemals versagt und in der abgelaufenen Parlamentssession es noch einmal bekräftigt. Bekannt ist, unter welchen Bedingungen wir, allerdings ohne Erfolg, versucht haben, die Grundlage unserer Aktion zu verbreitern. Die Ereignisse selbst und die Schwierigkeiten, die uns eine einmütige Anstrengung aller erforderlich erscheinen ließen, genügen, um heute die wesentlichen Punkte des Programms, das wir dem Parlament zu unterbreiten haben, zu bestimmen. Unsere Regierung steht vor großen außenpolitischen Aufgaben. Sie wird zwei Problemen, die gegenwärtig Gegenstand internationaler Erörterung sind, sich widmen müssen:

Die Reparationen und die Einschränkung und Herabsetzung der Rüstungen.

Die Krisis, deren Auswirkungen Frankreich infolge der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Nationen auch spürt, hat nicht nur die öffentliche Meinung der Völker in Verwirrung gebracht, sondern auch zahlreiche Systeme getroffen, die eher auf doktrinärer Einbildungskraft als auf der Realität der Tatsachen begründet sind. Die Welt ist nach Formeln begierig, die ihr Heilung versprechen. Sie nimmt leider mit zu großer Bereitschaft die Theorien auf, die ein Universalheilmittel bringen wollen. Die Annullierung der Reparationen und der Kriegsschulden würde auf diesen Geisteszustand zurückgehen.

Wir können für die Zukunft

keine Lösungen annehmen, die, ohne die Krise beschwören zu können, Frankreich in seinen wesentlichen Interessen und in seinen durch frei geschlossene Verträge betonten Rechten treffen würden. Wir werden das Recht auf Reparationen nicht verjähren lassen. Man fordert von uns aber eine

Entlastungsquittung zugunsten unserer Schuldner.

Wir haben aber eine doppelte Pflicht, nämlich gegenüber den Generationen, die den Krieg miterlebt haben, eine Pflicht der Rechtschaffenheit, die darin besteht, nichts von unseren Guthaben zu opfern, ohne einen entsprechenden Erlaß unserer eigenen Schulden; und gegenüber den kommenden Generationen haben wir eine Pflicht der Vorsicht, nämlich alle Abkommen von einem gerechten Ausgleich der Produktions- und Existenzbedingungen abhängig zu machen. Dieses Gleichgewicht wäre zerstört, wenn nach überwundener Krise das Mißverhältnis zwischen den finanziellen und steuerlichen Lasten, die die Völker in ihrer Aktivität belasten, Frankreich bei der Konkurrenz auf dem Weltmarkt in einen Zustand unbedingter Unterlegenheit versetzen würde. Die Regierung wird bei allen bevorstehenden Verhandlungen zur Anpassung der in Kraft befindlichen Vereinbarungen über die Kriegsschulden an die Periode der wirtschaftlichen Depression weiterhin sich streng an diese grundsätzlichen Prinzipien halten, die das französische Parlament stets gebilligt hat.

Die Regierungserklärung behandelte dann weiter die wirtschaftliche Lage in Frankreich, die Arbeitslosigkeit und die Budgetverabschiedung. Sie ging sodann zum Abrüstungsproblem über.

Die Konferenz für die Einschränkung und Herabsetzung der Rüstungen

werde am 2. Februar zusammentreten.

Nach dieser Hinsicht ist die französische Politik durch das Memorandum vom 15. Juli vorigen Jahres orientiert worden. Diese im Völkerbundspakt verankerte Politik ist seit 12 Jahren diejenige Frankreichs ebenso wie diejenige des Völkerbundes. Unser Land hat immer wieder die wirtschaftliche, politische und humane Bedeutung dieser Politik ermessen können.

Die Regierungserklärung erwähnt u. a. das Protokoll von 1924, das, obwohl es nicht ratifiziert worden sei, am vollständigsten die französische Auffassung wiedergebe, ferner die allmähliche Anwendung dieser Gedankengänge in dem Abkommen von Locarno, dem Kellogg-Pakt, den allgemeinen Schiedsgerichtsabkommen, mit denen sämtlich der Name Briands verbunden bleibt; all das seien die unveränderlichen Grundsätze der französischen Politik. An dieser Politik, so fährt die Erklärung fort, haben alle Parteien teilgenommen und alle Franzosen würden sie aufrechterhalten. Alle erklären überdies, daß sie sich den Erfolg nur in einem bestimmten Rahmen denken, nämlich der Achtung des Begriffes des Vertrages, der Schiedsgerichtsbarkeit, der Definierung des Angreifers, des gegenseitigen Beistandes, also der Sicherheit. Es wäre verkehrt, etwa auf irgendeine Schwäche oder Müdigkeit Frankreichs und damit auf den Verzicht auf diese Grundsätze rechnen zu wollen. Der Wille Frankreichs, den Frieden zu organisieren, schließt beides aus.

Der belgische Senat lehnt Debatte über Lausanne ab

Im belgischen Senat brachte Abg. Dedorlodot (Katholik) unter Hinweis auf die Erklärungen des Reichskanzlers Dr. Brüning eine dringende Interpellation über die Außenpolitik der Regierung ein. Ministerpräsident Renkin erwiderte darauf: Die Regierung kann sich nicht mit einer Debatte über die Konferenz von Lausanne einverstanden erklären. Ihre Haltung ist bekannt. Dedorlodot machte geltend, daß es besser sei, sich vor als nach der Konferenz auszusprechen. Außenminister Hymans forderte den Senat auf, jetzt nicht in eine Debatte über eine solche Frage einzutreten. Man könne sicher sein, daß die belgischen Delegierten in Lausanne entschlossene Verteidiger der Rechte Belgiens sein würden. Der Senat lehnte darauf die Dringlichkeit der Interpellation ab.

Die Sondierungen Lavals in Washington

Im Auftrage des französischen Ministerpräsidenten Laval in Washington erfolgte Sondierungen stehen im Zusammenhang mit einer Denkschrift, die Staatssekretär Stimson dem französischen Botschafter in Washington übermittelt und in der die Haltung der amerikanischen Regierung in der Schuldenfrage dargelegt wurde. Diese Denkschrift erklärt u. a., daß die Initiative für die Behandlung dieser Frage von Europa kommen müsse. Ministerpräsident Laval erklärte daraufhin, dem amerikanischen Botschafter in Paris, er könnte schwerlich die Vertagung und die Hinausschiebung der Schuldenzahlungen vor dem Parlament anregen, ohne vorher über die Haltung der Vereinigten Staaten unterrichtet zu sein.

Das amerikanische Staatsdepartement teilt mit, daß die fragliche Denkschrift keine Antwort auf eine vor einigen Monaten übermittelte, aber nicht veröffentlichte Note der französischen Regierung sei. Jetzt wird erklärt, Frankreich habe in dieser Note verlangt, daß die politischen Schulden und Reparationen die Prioritiät vor den Privatschulden genießen sollten, falls Deutschland nach Beendigung des Moratoriums nicht alle Schulden zahlen könnte. Die amtlichen Kreise meinen, Laval wünsche zu wissen, ob eine Möglichkeit bestünde, daß der Kongreß seinen Widerstand gegen jede Herabsetzung oder Aufhebung der Kriegsschulden aufgebe.

Amerikas Haltung auf der Abrüstungskonferenz

Die amerikanische Delegation für die Abrüstungskonferenz wird am Mittwoch abreisen. Aus diesem Anlaß würden von maßgebender Stelle die hauptsächlichsten Richtlinien skizziert, die man der Delegation mit auf den Weg gibt. Danach wird

Amerika diesmal keine führende Rolle

spielen, sondern im Hintergrunde bleiben. Amerikas Hoffnung auf Erfolg der Konferenz beruhe auf der Erwägung, daß

die schwere Weltdepression die Nationen wahrscheinlich geneigter zu einer Reduzierung der Rüstungen machen dürfte als bisher.

Aber schon eine Begrenzung wäre nach Ansicht in Washington ein großer Fortschritt. Wenn auch die Festsetzung eines gleichen Betrages für alle Wehretats schon wegen der höheren Kosten in den Vereinigten Staaten unmöglich wäre, so wäre doch der Vorschlag diskutierbar, daß jedes Land seinen Wehretat im Verhältnis zu den Ausgaben in den früheren Jahren begrenzt. Die Delegation sei, wie ferner erklärt wird, nicht ermächtigt, einen Sicherheitspakt oder die Frage der internationalen Schulden zu erörtern, denn es sei diesmal

nicht Aufgabe Amerikas, sondern Europas, positive Resultate in der Abrüstungsfrage zu zeitigen.

Das Repräsentantenhaus nahm den vom Senat bereits genehmigten

Kredit von 450 000 Dollar

für die Ausgaben der amerikanischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz in Genf an.

Englische Blätter zur Frage einer Konferenzvertagung

Times erklären, es sei noch immer unsicher, ob die Lausanner Konferenz zustande komme. Auf jeden Fall werde Sir John Simon am Sonnabend planmäßig abreisen, da die Tagung des Völkerbundsrates am gleichen Tage beginne. Im Cityteil der Times heißt es: Das Gefühl der Enttäuschung für den Fall, daß die Lausanner Konferenz vertagt werden sollte, wird wahrscheinlich bald verschwinden, da das Reparationsproblem einer Lösung ständig näherkommt. Morningpost sagt in ihrem Finanzteil, die City nehme an, daß in einigen Monaten die Voraussetzungen für eine gründliche Prüfung des Reparations- und Schuldenproblems besser sein werden. Gleichzeitig herrsche natürlich wegen der Lage in Deutschland einige Unruhe.

Das Rätselraten um Lausanne

geht auch in England, wie es in einer Meldung aus London heißt, unvermindert weiter. Die aus Washington gemeldete Fühlungnahme des französischen Premierministers mit der amerikanischen Regierung in der Reparationsfrage hat in maßgebenden Londoner Kreisen keineswegs große Befriedigung erzeugt. Man ist sich über den Beweggrund dieser Aktion ebenso im unklaren wie über ihren Zweck und ihre Aussichten.

Die augenblickliche Kernfrage, nämlich die Abhaltung der Lausanner Konferenz, ist nach wie vor in beträchtliches Dunkel gehüllt. Auf britischer Seite ist man sich der Berechtigung der deutschen Forderung nach Abhaltung der Lausanner Konferenz bewußt, und man ist auch über den deutschen Standpunkt, daß eine einfache Verlängerung des Hoover-Moratoriums der augenblicklichen Lage nicht genüge, voll unterrichtet. Es ist daher anzunehmen, daß während der nächsten Tage alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um im Gedankenaustausch mit der deutschen und französischen Regierung eine Lösung zu finden, die den augenblicklichen toten Punkt überwindet und die bestimmte Aussicht auf eine dauernde Regelung innerhalb weniger Monate bietet.

Französischer Staatskredit für das Goethe-Jahr?

Aus Paris wird gemeldet: Die Abgeordneten Salles und Chabrun haben in der Kammer den Initiativantrag eingebracht, einen Kredit von 100 000 Francs für die diesjährige Goethe-Feier zur Verfügung zu stellen

Revision im Nientimp-Prozeß

Aus Dortmund, 19. Jan., wird gemeldet: Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil der Großen Strafkammer im Berufungsprozeß gegen Nientimp und Gen. Berufung eingelegt; die Revision erstreckt sich auf das ganze Urteil.

Wird der Zug sein Ziel erreichen?



Frankreich versucht mit allen Mitteln den Weg nach Lausanne zu sperren

Das Reich und die Banken

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hielt am Dienstag seine erste Sitzung nach der Weihnachtspause ab. Ohne Aussprache überwies er zunächst eine Reihe von Vorlagen an seinen Ständigen Unterausschuß und an den Rechnungs-Unterausschuß. Der kommunistische Antrag, der die sofortige Einstellung aller Subventionen an das Bank- und Industriekapital sowie an den Großgrundbesitz verlangt, wurde zurückgestellt bis zum Erscheinen des Reichsfinanzministers Dietrich im Ausschuß. Statt dessen beriet der Ausschuß zunächst den sozialdemokratischen Antrag zur Aenderung und Ergänzung der

Notverordnung über Aktienrecht, Bankenaufsicht und Steueramnestie.

Auf sozialdemokratische

Anfrage nach den Plänen der Reichsregierung bezüglich der Banken,

an denen sie beteiligt sei, erklärte

Reichsbankenkommissar Ernst,

daß etwas Abschließendes noch nicht gesagt werden könne. Der eine Plan, die Danatbank mit einem anderen Bankinstitut zu verschmelzen und bei der Dresdner Bank die Kapitalverhältnisse umzugestalten und gegebenenfalls Bezirksdirektionen mit stärkerer Selbständigkeit zu schaffen, behandele das Problem sehr speziell. Der andere Plan, eine Zentralbank zu schaffen, um die von den verschiedenen Banken gegebenen Kredite abzuwickeln, habe den Nachteil, daß eine enorme Konzentration entstehe und daß künftig der Industrie nur dieses Institut zur Finanzierung zur Verfügung stehen würde. Im übrigen sei das Reichsfinanzministerium für die Frage zuständig.

Reichsfinanzminister Dietrich,

der inzwischen erschienen war, erklärte, daß man das Problem der Banken nicht erörtern könne, ohne auf die Grundursache ihrer Krankheit einzugehen, nämlich auf die Gesamtlage der Wirtschaft. Ueber all diese Dinge lasse sich jedoch nur vertraulich in einem kleinen Gremium sprechen, zumal da keine Partei ein Interesse daran habe, daß die Oeffentlichkeit davon Kenntnis erhalte, was bei den einzelnen Instituten, der Landschaften, den gewerblichen Genossenschaften Banken usw. geschehen sei.

Mit einer neuen Zusammenlegung, etwa der Commerz- und Privatbank mit der Danatbank oder anderer Institute allein, sei nicht geholfen.

Ein neuer Personalabbau, ähnlich wie seinerzeit bei der Fusion der Deutschen Bank mit der Diskontgesellschaft, würde die unvermeidliche Folge sein. Auch würde sich die Frage ergeben, ob nicht die Dresdner Bank, wenn sie für sich bliebe, in Zukunft durch die Konkurrenz solcher Bankenkonzentrationen wie der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft und der Commerz- und Privat- und der Danatbank mit ihren ungeheuren Filialnetzen nicht Schaden leiden könnte. Eine weitere Frage sei die,

wie die vom Reich gegebenen Garantien abgedeckt

werden sollen. Vom Februar ab sollen die der Dresdener Bank zugeführten Schatzanweisungen monatlich mit zwölf Millionen RM. abgedeckt werden. Im übrigen werden bei der Reichsregierung im Augenblick

Vorschläge erörtert, die etwas vollkommen Neuartiges darstellten.

Die Dinge seien bereits in ein Stadium gekommen, das in den nächsten Tagen oder Wochen unter allen Umständen eine Entscheidung erzwinge.

Zum Schluß erklärte der Minister, daß die Tendenz innerhalb der Regierung dahin zusammenzufassen sei:

Es solle der Einfluß der Reichsregierung auf die Banken wieder abgebaut werden.

Der Minister wäre dankbar, wenn sich der Haushaltsausschuß in demselben prinzipiellen Sinne aussprechen würde.

Der Ausschuß beschloß, einen

Unterausschuß zur Behandlung des Bankenproblems

zu bilden, in dem je ein Vertreter jeder Fraktion hineingeschickt werden soll.

Der sozialdemokratische Antrag über das Aktienrecht wurde an den Rechtsausschuß verwiesen. Der kommunistische Antrag, sofort alle direkten und indirekten Subventionen an das Bankkapital, an das Industriekapital und an den Großgrundbesitz einzustellen, und die seit dem 13. Juli 1931 gezahlten Beträge sofort zurückzufordern, wurde abgelehnt.

Es folgte die Beratung eines volksparteilichen Antrages, der verlangt, daß

die Industrieumlage

den Prozentsatz des Jahres 1930 nicht übersteigen darf und von Betrieben, die das Jahr 1931 mit Unterbilanz abschließen, nicht erhoben wird.

Nachdem von seiten der Reichsregierung dargelegt wurde, daß dieser Antrag das Aufkommen aus der Industrieumlage auf die Hälfte zurückschrauben würde, und daß für diesen Ausfall ein finanzieller Ersatz bisher noch nicht gefunden sei, beantragte Abg. Dr. Cremer (DVP.) die vorläufige Zurückstellung des Antrages in der Hoffnung, daß die Besprechungen zwischen dem Minister für Osthilfe und dem Reichsfinanzminister bald zu einem Resultat führen würden. Das zeige, wie man den eventuellen Ausfall an Industrieumlage anderweitig decken könne.

Hierauf wurde die vorläufige Zurückstellung beschlossen.

Es folgte die Beratung einer vom Finanzministerium dem Haushaltsausschuß vorgelegten Zusammenstellung der am

Reichshaushaltsplan 1931

vorgenommenen Aenderungen.

Reichsfinanzminister Dietrich verlas darauf den Paragraphen 18 des Haushaltsgesetzes, der die Reichsregierung ermächtigt, Ausgaben des ordentlichen Haushaltes bis zu der Gesamthöhe der Mehrausgaben oder Mindereinnahmen abzusetzen. Der Gesetzestext zeige unmißverständlich, daß die Reichsregierung ermächtigt sei, von sich aus Einsparungen an den Haushaltsausgaben vorzunehmen. Die vorgelegte Zusammenstellung sei deshalb durch den Ausschuß nicht abzuändern.

Der Ausschuß nahm die Vorlage zur Kenntnis und betraute den Abgeordneten Dr. Cremer (DVP.) mit der Berichterstattung für das Plenum des Reichstages

Preußischer Wahlquotient nur noch 50 000?

Dem Nachrichtenbüro des VDZ. wird an zuständiger Stelle bestätigt, daß große Wahrscheinlichkeit für die Erfüllung eines bereits längere Zeit zurückgehenden Wunsches der bürgerlichen Parteien auf Herabsetzung des durch Notverordnung in Preußen von 40 000 auf 60 000 heraufgesetzten Wahlquotienten besteht. In den Beratungen des Interfraktionellen Ausschusses der preußischen Regierungsparteien hat einer der anwesenden Minister die Unterstützung dieses Wunsches zugesagt. Das preußische Kabinett wird am Freitag darüber beschließen, ob im Wege einer neuen Notverordnung der Wahlquotient nunmehr für die bevorstehenden Landtagswahlen auf 50 000 Stimmen je Abgeordnetenmandat festzusetzen sei. Diese Bestimmung würde die Mandatsaussichten sämtlicher bürgerlichen Parteien erheblich verbessern.

Aus den Parteien

Dr. Oberfohren zu politischen Tagesfragen

Bei einer Reichsgründungsfeier der Kasseler Deutschnationalen hielt der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion Dr. Oberfohren eine Ansprache, in der er u. a. sagte, die „nationale Opposition" mache der Reichsregierung und vor allem dem Reichskanzler den Vorwurf, daß sie durch ihre Aktion, die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg auf parlamentarischem Wege zu verlängern, die ehrwürdige und vom deutschen Volk als Symbol empfundene Figur des großen Heerführers verkleinert habe.

Zur außenpolitischen Lage führte Dr. Oberfohren aus, daß es mit dem Worte des Reichskanzlers, Deutschland könne keine Tribute mehr zahlen, allein nicht getan sei. Das Wort müsse dadurch ergänzt werden: Wir wollen keine Tribute mehr zahlen, wir haben es auch nicht mehr nötig, denn was in der Lansing-Note von 1918 gefordert worden ist, hat Deutschland restlos erfüllt; ja nach der rechtlichen und sachlichen Seite hätte Deutschland sogar das Recht, von Frankreich nicht unerhebliche Beträge zurückzuverlangen. Deutschland müsse auf die Teilnahme an der Abrüstungskonferenz verzichten, weil die maßgebliche Forderung, Gewährung von Wehrfreiheit und Wehrgleichheit, von der Abrüstungskonferenz nie erfüllt werden würde. Die Kriegsschuldlüge müsse in öffentlicher Form widerrufen werden.

Im Reichsklub der Deutschen Volkspartei

fand die traditionelle Reichsgründungsfeier statt. Reichstagsabgeordneter Dingelden sprach in seiner Rede u. a. von Reich und Verfassung. Als Gegengewicht gegen politische Uebersteigerungen verlangte er die Zweite Kammer, die hemmend, klärend und ordnend die Volksströmungen ebne. „In den nächsten Monaten werden wir", so sagte er, „vor allem das brauchen, was Stresemann mit gewaltiger Anstrengung fertig brachte und mit der Kraft der Suggestion konnte: Die Zusammenschweißung des deutschen Volkes in den großen Fragen. Zu Beginn der Periode der schicksalsschweren Konferenzen möchten wir wünschen, daß von unserem Reichspräsidenten von Hindenburg, der das einzige lebende Symbol der deutschen Einheit und Gemeinschaft ist, und den wir deshalb freihalten wollen von Parteitaktik, die Kraft ausgehen möge, die nationale Gemeinschaft herzustellen, die wir brauchen."

Sozialdemokratischer Protest gegen Erhöhung des Butterzolls

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beim Reichskanzler Dr. Brüning Vorstellungen gegen die beabsichtigte Erhöhung des Butterzolles erhoben. Die Fraktion ist der Ansicht, daß die Butterzollerhöhungen keine wirksame Hilfe für die bäuerliche Veredelungswirtschaft bringen könne. Der Rückgang des Butterpreises sei im wesentlichen durch die rasch sinkende Kaufkraft der städtischen Bevölkerung hervorgerufen worden. Eine Preiserhöhung würde also nur eine vermehrte Abwanderung zum Margarinekonsum bedeuten. Außerdem aber würde die Verteuerung eines so wichtigen Nahrungsmittels in stärkstem Widerspruch zu der Preissenkungsaktion der Regierung stehen. Auch bedrohe die Erhöhung des Butterzolles den deutschen Export. Eine große Reihe wichtiger Abnehmer der deutschen Industrieprodukte würde in der jetzigen Situation auf Gegenmaßnahmen nicht verzichten, die neue Arbeitslosigkeit infolge Einschränkung des deutschen Exports bewirken würden.

Landwirtschaftsfragen im Preußischen Landtag

Bei Beginn der ersten Plenarsitzung des Preußischen Landtages im neuen Jahre, am Dienstag, gedachte Präsident Wittmaack des

Unglücks auf der Karsten-Zentrum-Grube

bei Beuthen, zu dem er das Beileid des Landtages bereits ausgesprochen habe.

Das Haus erledigte zahlreiche

kleine Vorlagen,

wobei ein Vorschlag des Hauptausschusses Annahme fand, die zuständigen Vertretungskörperschaften anzuhören bei Ausführung der Ermächtigung der Notverordnung auf zweckmäßigere Gestaltung der kommunalen Kreditinstitute. Abgelehnt wurden staatsparteiliche und kommunistische Anträge auf Revision bzw. Einstellung der Zahlungen an vormals regierende Familien.

Bei Beratung von landwirtschaftlichen Anträgen, die besonders

Schutz für die bäuerliche Veredelungswirtschaft

verlangten, wünschte Abgeordneter von Plehwe (Dn.) die Annahme seines Zusatzantrages, bei der Reichsregierung eine möglichst völlige Einfuhrsperre für landwirtschaftliche Veredelungserzeugnisse und Futtermittel zu erwirken. Nach längerer Aussprache stimmte das Haus dem auch zu.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger wies darauf hin, daß mit dem Rückgang der englischen Währung die nordischen Länder, aber auch Holland und Finnland, besonders stark versucht hätten, mit Hilfe des Valutadumpings den deutschen Markt zu erobern. Hier liege eine wesentliche Ursache für die schlechte Preisbildung in der deutschen Landwirtschaft, daß z. B.

für Rindvieh und Schweine, aber auch für andere Agrarprodukte die Preise jetzt bereits unter dem Vorkriegsniveau

lägen. Er als preußischer Landwirtschaftsminister habe die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft auf diesem Gebiete rechtzeitig bei der dafür zuständigen Stelle, dem Reichsernährungsministerium, vorgebracht. Weiter gehe seine Befugnis nicht. Er könne sich aber denken, daß die Reichsregierung gar nicht so entschieden, wie sie es wünschen möge, gegen die starke Einfuhr vorgehen könnte, denn

wir brauchten ja auch die Ausfuhr unserer Industrieerzeugnisse,

und es unterliege keinem Zweifel, daß unsere Ausfuhr nach Holland, Finnland und Dänemark größer sei als unsere Einfuhr aus diesen Ländern.

Abgelehnt wurde ein Antrag des Landvolks, das Sicherungsverfahren der Osthilfe auf das gesamte Staatsgebiet auszudehnen, ebenso der sozialdemokratische Antrag auf Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht um ein Jahr.

Am Mittwoch werden die Polizeiverordnungen über das Verbot nächtlicher Geländeübungen und Märsche sowie der Abgabe von Hieb- und Stoßwaffen und über den äußeren Schutz der Sonn- und Feiertage beraten.

Eine Schlacht zwischen politischen Gegnern — 2 Tote, 7 Verletzte

In der Laubenkolonie Felseneck in Berlin-Reinickendorf-Ost am Schönholzer Weg kam es Dienstag früh gegen 0.45 Uhr zu einer schweren Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Bisher sind zwei Tote, ein Schwerverletzter und sechs Leichtverletzte zu verzeichnen. Bei den Toten handelt es sich um den 60jährigen Professor und Kunstmaler Ernst Schwarz aus Frohnau, der der Nationalsozialistischen Partei angehört, und um den 50 Jahre alten Arbeiter Fritz Klemke aus der Kolonie Felseneck, der der KPD. angehört. Der Kunstmaler wurde durch einen Messerstich in die Herzgegend getötet. Der Arbeiter Klemke wurde durch Brust- und Kopfschuß getötet. Die politische Polizei und die Mordkommission weilen zur Klärung des Tatbestandes an Ort und Stelle. Bisher wurden etwa 50 Verhaftungen vorgenommen. Die Verletzten wurden nach ihrer Vernehmung dem Krankenhause Reinickendorf zugeführt.

Die Interpellationen in der französischen Kammer

Während sich der Senat nach Verlesung der Regierungserklärung vertagte, trat die Kammer auf Antrag des Ministerpräsidenten sofort in die Beratung der vorliegenden Interpellationen über die allgemeine und auswärtige Politik der Regierung, sowie die Zusammensetzung des Kabinetts ein.

Die Eröffnungsrede des Kammerpräsidenten und ebenso die von Ministerpräsident Laval abgegebene programmatische Erklärung fanden an den Stellen, die Frankreichs Anspruch auf Reparationen und Sicherheit betonten, fast einmütige Zustimmung.

Als im Zusammenhang mit der Erwähnung der Bemühungen um Sicherheit Briands Name fiel, brach die Kammer in ungeheuren Beifall aus.

10prozentige Preissenkung in der Seifenindustrie

Der Reichskommissar für Preisüberwachung verhandelte mit der Seifenindustrie. Die Seifenindustrie hat für die wichtigsten Sorten ihre Preise gegenüber dem Stand vom 30. Juni 1931 auch bei den nichtpreisgebundenen Waren im Durchschnitt um mindestens 10 Prozent gesenkt. Soweit eine solche Preissenkung bisher nicht vorgenommen wurde, ist sie, abgesehen von Schmierseife, im Laufe des Monats Januar durchzuführen.

Preußische Etatsberatung am 16. Februar

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages beschloß, daß die Plenarsitzungen des Landtages bis einschließlich Samstag dieser Woche gehen sollen. Von Donnerstag ab wird auf Grund der preußischen Sparverordnung eine politische Aussprache durchgeführt. Das Landtagsplenum tritt dann am 11. Februar wieder zusammen, bis zu einem am 13. Februar berechneten Tagungsabschnitt, um sich dann auf den 16. Februar zu vertagen, wo die erste Lesung des Etats 1932 beginnen wird. In der Februartagung sollen zunächst die Anträge der Reichsneugliederung und zu den Beschlüssen des Ausschusses der Länderkonferenz zur Beratung kommen.

Noch 800 Millionen RM. Osthilfe?

Für das Sicherungsverfahren

Die Korrespondenz Osthilfe berichtet: Die Osthilfestelle arbeitet zurzeit an einer ganz neuen Vorlage, die dem Bedürfnis nach neuen und wirklich ausreichenden Mitteln Rechnung tragen soll. Die Annahme, daß ein Bedarf von insgesamt 800 Millionen RM. für das Sicherungsverfahren einerseits und die Entschuldung andererseits in Frage kommt, scheint dem Entwurf zugrunde zu liegen. Natürlich bereitet die Beschaffung solch enormer Mittel große Schwierigkeiten, in welche die Währungsfrage, die Wirtschafts- und Handelspolitik, ja sogar die außenpolitische Situation hineinragen. Die Vergebung der Gelder soll durch die Industriebank erfolgen, zu der die ostpreußische Landwirtschaft gerade wegen ihrer sachlichen kaufmännisch-unpolitischen Arbeitsweise Vertrauen hat. Die Tatsache, daß von den 50-Millionen-Krediten der Obligationenbank bisher noch nicht ein Prozent verlorengingen, ist der beste Beweis für die innere Gesundung der ostdeutschen Landwirtschaft.

Der deutsche Außenhandel im Dezember und im Jahre 1931

Im Dezember 1931 hat die deutsche Einfuhr von 482 auf 488 Millionen RM. zugenommen. Die Ausfuhr wird mit 712 Millionen RM. ausgewiesen gegen 734 Millionen RM. im Vormonat. Die Reparationssachlieferungen, die im November 14 Millionen RM. betrugen, erscheinen im Dezember mit einem Betrage von 26 Millionen RM. Die Gesamtausfuhr beträgt daher 738 (749) Millionen RM. Die Handelsbilanz zeigt im Dezember eine Aktivität von 224 Millionen RM.; einschließlich der Reparations-Sachlieferungen beläuft sich der Ausfuhrüberschuß auf 250 Millionen RM. gegen 267 Millionen RM. im November.

Im ganzen Jahre 1931 betrug die tatsächliche Einfuhr 6632 (im Jahre 1930: 10 200) Millionen RM. und die Ausfuhr 9206 (11 329) Millionen RM. Die Reparations-Sachlieferungen haben sich von 707 auf 393 Millionen RM. vermindert. Die Handelsbilanz im Jahre 1931 (unter Berücksichtigung der Lagerabrechnungen) schließt mit einem Ausfuhrüberschuß von rund 2574 Millionen RM. und bei Einrechnung der Reparations-Sachlieferungen mit einem solchen von 2967 Millionen RM. ab. Gegenüber dem Vorjahre, das eine tatsächliche Aktivität von rund 1800 Millionen RM. aufwies, hat der Ausfuhrüberschuß mit um nicht ganz 1200 Millionen RM. zugenommen.

Die Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen in Preußen

Die Zahl der von den preußischen Gemeinden betreuten Wohlfahrtserwerbslosen ist im Dezember weiter sehr erheblich gestiegen. Nach der Erhebung des preußischen Statistischen Landesamtes vom 31. Dezember sind in Preußen 1 112 844 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose gezählt worden gegenüber 999 585 am Ende des Vormonats, so daß sich im Dezember eine Zunahme um 113 259 ergibt.

Die Preise!

Keine Verhandlungen über Senkung der Telephongebühren

Die von einem Teil der Presse gebrachte Meldung, daß zwischen dem Reichspostministerium und dem Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit dem Ziel einer Senkung der Telephongebühren im Gange seien, sind, wie wir vom Reichspostministerium erfahren, unzutreffend.

Stromtarifkrieg in Oberbayern

Die Gemeinde Harthausen bei Bad Aibling hat an die Oberbayerische Ueberlandzentrale ein Schreiben gerichtet, in welchem die Stromabnehmer von Harthausen ankündigen, daß sie die Januar-Rechnung der Strompreise selbst um 15 Prozent kürzen werden, da sich die Oberbayerische Ueberlandzentrale trotz der Preissenkungs-Notverordnung noch nicht bereit erklärt hat, ihre Stromtarife zu senken.

Die neue Butterzollregelung

Die Reichsregierung hat den autonomen Butterzoll von 50 RM. auf 100 RM. für den Doppelzentner erhöht. Auf die Einfuhr aus Ländern, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, wurde gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten über außerordentliche Zollmaßnahmen vom 18. d. M. ein Zuschlag von 15 Prozent des Wertes der Butter oder von 36 RM. je Doppelzentner eingeführt. Der dieser Berechnung des Zollzuschlags zugrunde gelegte Wert der Butter ist unter Berücksichtigung des Preises der Ware vor Sinken der Währungen unter die Goldparität auf 240 RM. je Doppelzentner angesetzt worden. Der Butterzoll für die Länder, mit denen das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht, wurde auf 170 RM. je Doppelzentner festgesetzt. Der autonome Zoll für Quark aus Magermilch, Molkeneiweiß wurde auf 17 RM. je Doppelzentner erhöht.

Außerordentliche Zollmaßnahmen

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung hat der Reichspräsident am 18. Januar 1932 folgendes verordnet:

Artikel 1: Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses

1. bei der Einfuhr von Waren, die aus Ländern stammen, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, für einzelne Waren oder Warengruppen Ausgleichszuschläge zu erheben;

2. für Waren, die aus einem Lande stammen, mit welchem das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht oder welches die deutschen Waren ungünstiger behandelt als die Waren eines dritten Landes, erhöhte Zollsätze festzusetzen. Von der Erhebung d. erhöhten Zollsätze kann bis zur Dauer von höchstens sechs Monaten Abstand genommen werden, wenn mit diesem Lande Handelsvertragsverhandlungen schweben oder bevorstehen. Die Reichsregierung kann bei einzelnen Waren von der Anwendung der erhöhten Zollsätze ganz oder teilweise absehen.

Artikel 2: Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Ausschreitungen

Am Montag, bei Anbruch der Nacht, wurden in Köln von einem Trupp Kommunisten zwei Fensterscheiben des Sektionsbüros der NSDAP. auf dem Krummen Büchel eingeworfen. Beim Eintreffen der Polizei hatten sich die Täter bereits entfernt. Auf Grund der sofort angestellten Ermittlungen wurden zwei Kommunisten, die der Tat dringend verdächtig sind, festgenommen.

Im Laufe des Montagnachmittags versammelten sich vor den Zeiß-Werken in Jena eine Anzahl Kommunisten, um die dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten zu verbotenen Demonstrationen anzureizen. Später kam es dann in der Stadt zu weiteren Zusammenrottungen, Zusammenstößen und schweren Ausschreitungen meist kommunistischer Demonstranten. Hierbei wurden die Polizeibeamten aus dem Hinterhalt mit faustgroßen Steinen beworfen und zum Teil verletzt. Die Täter konnten nicht ermittelt werden. Am späten Abend wurde von einer Polizeiabteilung eine kommunistische Funktionärversammlung ausgehoben, die Räume einer gründlichen Durchsuchung unterzogen und hierbei eine Anzahl Schriftmaterial beschlagnahmt.

Ein Nachspiel zum Drama im deutsch-holländischen Grenzwalde?

Aus Echt (Provinz Limburg), 19. Jan., wird gemeldet: Das aufsehenerregende Drama, das sich vor mehreren Wochen im hiesigen deutsch-holländischen Grenzwalde ereignete, und das bekanntlich seinerzeit zur Verhaftung zweier Jagdaufseher führte, scheint jetzt ein weiteres Nachspiel im Gefolge zu haben.

Seit Freitag, 8. d. M., wird aus der in der Nähe von Echt liegenden Ortschaft Hingen ein 19jähriger junger Mann namens Verkoyen vermißt. Er hatte an diesem Tage abends gegen 19 Uhr die elterliche Wohnung verlassen und ist seitdem nicht dorthin zurückgekehrt. Trotzdem inzwischen etwa 1 bis 1½ Wochen verstrichen sind, haben die eifrigen polizeilichen Nachforschungen bisher noch keinen Erfolg gehabt. Begreiflicherweise hat sich der Bevölkerung der umliegenden Ortschaften beim Bekanntwerden dieses rätselhaften Vorfalles große Erregung bemächtigt. Es wird behauptet, daß der vermißte junge Mann sich noch niemals eines Wilderervergehens schuldig gemacht habe.

Stosch-Sarrasani über den Brand seines Zirkus in Antwerpen

In einer Pressebesprechung erklärte nach einer Meldung aus Berlin Direktor Stosch-Sarrasani über den Brand seines Zirkus u. a.: Daß Brandstiftung vorgelegen hätte, sei allen sofort klar gewesen, habe doch der Brand an verschiedenen Ecken begonnen. Er sei aber, erklärte Direktor Stosch-Sarrasani, überzeugt, daß nicht ein Akt belgischer Chauvinisten vorliege, sondern, daß es sich um eine Tat handele, die von Nichtbelgiern ausgegangen sei, die vielleicht, so ließ Direktor Stosch-Sarrasani durchblicken, in Kreisen eines Konkurrenzunternehmens zu suchen seien. Was den Schaden anbetreffe, so belaufe er sich nach den gegenwärtigen Schätzungen, ohne die Tiere einzubeziehen, auf rund 600 000 RM., wovon nur der zehnte Teil durch Versicherung gedeckt sei. Zum Schluß verlas Direktor Stosch-Sarrasani ein Telegramm, das er aus Antwerpen erhalten habe, wonach bereits eine Verhaftung vorgenommen sei und das Alibi einer zweiten verdächtigen Person zurzeit noch nachgeprüft werde. In beiden Fällen handele es sich nicht um Belgier

Keine Schwierigkeiten im Rußlandgeschäft

Im Zusammenhang mit der Meldung, daß die Höchstgrenze der Ausfallgarantie des Reiches für das Rußlandgeschäft erreicht sei und keine weiteren Ausfallbürgschaften mehr übernommen werden können, sind Besorgnisse über die Durchführung des Rußlandgeschäftes geäußert worden.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, sind diese Besorgnisse abwegig, denn die Russen haben bisher alle Wechselverpflichtungen erfüllt, ohne daß irgendwelche Schwierigkeiten entstanden sind. Wenn behauptet worden ist, daß die Ausfallbürgschaft zwar für ein in Deutschland liegendes Unternehmen, aber für Lieferungen aus Luxemburg erfolgt sein soll, so hat eine Nachprüfung ergeben, daß die Ausfallbürgschaft tatsächlich für aus Deutschland gelieferte Waren erfolgt ist.

Schlagwetterkatastrophe in einem spanischen Bergwerk

In einem Schacht bei Moreda in der Provinz Oviedo ereignete sich eine Schlagwetterkatastrophe. Drei Bergleute wurden getötet und mehrere verletzt, darunter sechs schwer.

Die Probleme Asiens

Ein Sohn Gandhis verhaftet

Aus Surat, 19. Jan., wird gemeldet: Gandhijüngster Sohn Ramdas ist verhaftet worden.

Kirchliche Persönlichkeiten Amerikas bitten um Freilassung Gandhis

106 führende kirchliche Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten haben in einem Telegramm Macdonald um die Freilassung Gandhis gebeten, damit dieser an der Lösung des indischen Problems mitarbeiten könne.

Mordprozeß gegen zwei bengalische Studentinnen

In Kalkutta hat vor einem Sondergericht der Prozeß gegen die beiden 20jährigen Studentinnen aus Bengalen begonnen, die wegen der Ermordung des englischen Bezirksbeamten Stevens angeklagt sind. Der Mord war der erste Fall terroristischer Umtriebe in Bengalen, in dem Frauen eine Rolle spielten. Man behauptet, daß die Mädchen Stevens zur Besprechung einer Veranstaltung in seinem Hause aufsuchten und ihn während der Unterhaltung erschossen.

Anschluß der inneren Mongolei an eine mandschurische Republik?

Eine japanische Nachrichtenagentur meldet aus Mukden, die innere Mongolei habe beschlossen, an der Schaffung einer neuen Republik teilzunehmen, die binnen kurzem in der Mandschurei gebildet werden soll.

Die Aufnahme des russischen Paktvorschlages in Tokio

Aus Tokio, 19. Jan., kommt die Meldung: Der russische Paktvorschlag zum Abschluß eines russisch-japanischen Nichtangriffspaktes ist von den Behörden und der Presse sehr kühl aufgenommen worden, teilweise offenbar infolge der Verstimmung über die Veröffentlichung des Vorschlages in Moskau ohne Verständigung mit dem Außenminister in Tokio. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß die bestehenden freundlichen Beziehungen den Abschluß eines weiteren Paktes überflüssig machten, da eine Kriegsgefahr zwischen den beiden Staaten nicht bestehe und Rußland außerdem bis lange nach der vollendeten Durchführung des Fünfjahresplanes nicht gegen Japan Krieg führen könne. Andererseits könne Japan den Russen die offenbar gewünschte freie Hand gegen China nicht zugestehen. Daher entstehe die Frage, warum Rußland den Pakt jetzt zu schließen wünsche, offenbar sei es besorgt über die japanische Haltung in den für Japan bisher unbefriedigend erledigten Fragen der japanischen Fischereigerechtsame und der kommunistischen Propaganda in Japan, deren baldige definitive Lösung höchst erwünscht sei, jedoch nicht im entferntesten als Grund für einen Krieg betrachtet werde, zumal Japan zurzeit andere Sorgen habe.

Zwischenfall in der britischen Botschaft in Tokio

Vor der britischen Botschaft in Tokio kam es zu einem Zwischenfall mit 12 Leuten, die angeblich gegen die Festnahme Gandhis demonstrieren wollten. Sie drangen in die Botschaft ein und verlangten, vom Botschafter selbst empfangen zu werden. Als ihnen dies abgeschlagen wurde, benahmen sie sich äußerst renitent, flüchteten aber schließlich in einer Taxe. Der Minister für auswärtige Angelegenheiten hat dem Botschafter sofort sein Bedauern über diesen unliebsamen Zwischenfall ausgesprochen. Der britische Botschafter entgegnete, er messe dem Ueberfall keinerlei Bedeutung bei.

Rechtsanwaltsfragen

im Rechtsausschuß des Reichstages

Der Rechtsausschuß des Reichstages, der sich nach längerer Pause am Dienstag wieder versammelte, beschäftigte sich zunächst mit dem Antrag der Staatspartei, die Rechtsanwaltsordnung dahin zu ändern, daß ein bei einem Gericht zugelassener Rechtsanwalt auch vor jedem anderen Gericht, Verwaltungsgericht, Schiedsgericht und vor jeder Behörde selbst da, wo eine Vertretung durch Anwälte nicht geboten ist, als Rechtsbeistand auftreten darf.

Die Begründung des Antrages durch den Abg. Dr. Fischer-Köln (Staatspartei) rief eine eingehende Erörterung der Lage der gesamten Anwaltschaft und ihrer Stellung in der Rechtspflege hervor.

Die Aufhebung der in den einzelnen Reichsgesetzen enthaltenen Beschränkungen der Zulassung von Rechtsanwälten bei Gerichten, Schiedsgerichten und Verwaltungsbehörden wurde abgelehnt, da die Mehrzahl der Ausschußmitglieder der Meinung war, daß durch die Annahme des Antrages auch § 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes getroffen werde, eine Frage, die zunächst noch einmal vor dem Sozialpolitischen Ausschuß erörtert werden müsse.

Mit großer Mehrheit angenommen wurde jedoch ein Antrag des Abg. Schmid-Düsseldorf, die Reichsregierung solle auf die Landesregierungen einwirken, daß landesrechtliche Beschränkungen der Zulassung von Rechtsanwälten vor Verwaltungsgerichten, Disziplinargerichten und Verwaltungsbehörden getätigt werden.

Auf Antrag der Staatspartei wurde einstimmig eine vom Reichsjustizministerium entworfene Ergänzung zum § 59 des Handelsgesetzbuches angenommen, die sich mit der Bekämpfung des Provisionsvertreterunwesens beschäftigt.

Kleine politische Nachrichten

Der voraussichtliche Fehlbetrag im sächsischen Etat

Aus Dresden wird berichtet: Nach einer Zusammenstellung der voraussichtlichen Einsparungen im ordentlichen Haushalt 1931 betragen die Einsparungen gegenüber dem Voranschlag 39 809 000 RM., wovon 18 496 000 RM. auf Einsparungen im Personalaufwand entfallen. Demgegenüber stehen jedoch Haushaltsverschlechterungen infolge von Steuerausfällen von insgesamt 54 319 000 RM., so daß sich ein kassenmäßiges Defizit von 14 510 000 RM ergibt.

Revision im Breslauer Kommunistenprozeß

Aus Breslau wird gemeldet: Die Staatsanwaltschaft hat im sogenannten Kommunistenprozeß im vollen Umfange gegen das Urteil der Strafkammer vom 18. Jan. d. J. Revision eingelegt. Auch die Verteidigung beabsichtigt, in größerem Umfange Revision einzulegen.

Das deutsch-schweizerische Abkommen über die Vermeidung der Doppelbesteuerung

Aus Bern wird berichtet: Der Bundesrat hat das zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich getroffene Abkommen über die Vermeidung der Doppelbesteuerung auch auf dem Gebiete der direkten Steuern und Erbschaftssteuer gutgeheißen.

Die neue österreichische Studentenschaftsordnung

Der österreichische Bundesminister für Unterricht hat die Vorlage über eine Studentenschaftsordnung an den Hochschulen dem Präsidium des Nationalrates überreicht. Nach dem Entwurf können die Studierenden jeder an einer Hochschule vertretenen Nation einen Verein von national einheitlicher Zusammensetzung bilden. Alle Studentenschaften genießen volle Gleichberechtigung.

Engere lettisch-estnische Zusammenarbeit

Eine Meldung aus Riga berichtet: Der estnische Außenminister Tönissen besuchte am Sonntag und Montag Riga und konferierte mit dem lettischen Außenminister Sarinsch. Der Meinungsaustausch, der sich auf die Zusammenarbeit der beiden verbündeten Länder auf der Abrüstungskonferenz und auf die Nichtangriffspaktverhandlungen mit Rußland bezog, ergab, wie die Lettische Telegraphenagentur meldet, völlige Einmütigkeit. Zur Regelung der wirtschaftlichen Fragen wurde beschlossen, in der nächsten Zeit eine lettisch-estnische Wirtschaftskonferenz einzuberufen mit dem Ziel der Herbeiführung eines freieren und ausgedehnteren Warenaustausches.

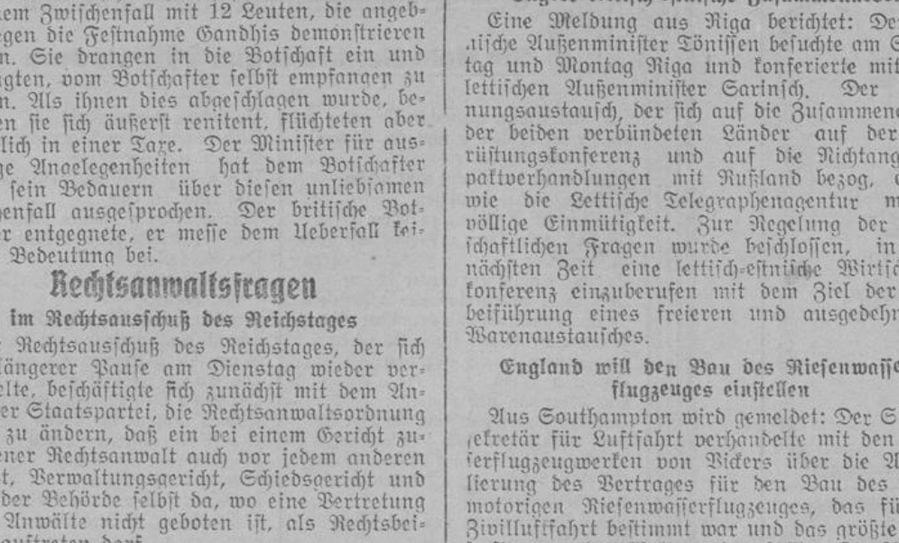
England will den Bau des Riesenwasserflugzeuges einstellen

Aus Southampton wird gemeldet: Der Staatssekretär für Luftfahrt verhandelte mit den Wasserflugzeugwerken von Vickers über die Annullierung des Vertrages für den Bau des sechsmotorigen Riesenwasserflugzeuges, das für die Zivilluftfahrt bestimmt war und das größte Wasserflugzeug der Welt werden sollte. Die Annullierung des Vertrages wird aus Ersparnisgründen beabsichtigt.

Dawes Leiter der Reconstruction Finance Corporation

Zum Leiter der neuen Reconstruction Finance Corporation ist Botschafter Dawes von Präsident Hoover auserwählt worden.

Wieder Unruhen in Spanien



In der spanischen Hafenstadt Bilbao ist es erneut zu Unruhen der radikalen Elemente gekommen. Unser Bild zeigt einen Umzug in einem Vorort von Bilbao, wo die Demonstranten gegen die Straßenbahn vorgegangen sind und einen Wagen umgeworfen haben

Reichsverweser und Postmeistertochter

In der Geschichte des Deutschen Reiches hat der vor 150 Jahren, am 20. Januar 1782, zu Florenz geborene Erzherzog Johann Baptist von Oesterreich eine nicht unwichtige Rolle gespielt. Ueber seine militärische Tätigkeit kann mit wenigen Worten berichtet werden: Er war schon als Jüngling von 18 Jahren Generalissimus des österreichischen Heeres in Bayern, zog sich, nachdem er die Schlacht bei Hohenlinden verloren hatte, für einige Zeit ins Privatleben zurück, leitete später die Bewaffnung und Erhebung des Volkes in Tirol, siegte gegen Napoleonische Heerführer, wurde besiegt, widmete sich, nachdem alle Kriege beendet waren, seinen naturwissenschaftlichen und historischen Studien, vor allem der Geschichte der Alpenländer.

Während der Erzherzog im Volke sehr populär wurde, wurde er am Wiener Hofe immer unbeliebter Was man Johann besonders zum Vorwurf machte, war seine 1827 geschlossene Ehe mit der Tochter des Postmeisters Plochl in Aussee. Diese „poetische Heiratsgeschichte“ ist von mehreren Dichtern besungen und schließlich sogar in Musik gesetzt worden. Der Wiener Hof mußte sich zuletzt mit dem Erzherzog versöhnen, und Anna Plochl, die Postmeisterstochter, wurde zur Baronin von Brandhofen und dann zur Gräfin von Meran „erhoben“. Sie ist 1855 gestorben, und sechs Jahre später folgte ihr ihr einziger Sohn, der Graf Franz von Meran, in den Tod.

Was aber den Erzherzog betrifft, so begann seine historische Rolle erst in der Revolutionszeit der vierziger Jahre. 1848 ernannte ihn nämlich der von der Revolution verfolgte und nach Innsbruck geflüchtete Kaiser Ferdinand zu seinem Stellvertreter, und dann ein paar Monate später wählte ihn die Nationalversammlung in Frankfurt am Main zum deutschen Reichsverweser. Allein bald wurde ihm selbst die Unhaltbarkeit seiner Stellung klar, und er tat das beste, was er tun konnte: er legte am 20. Dezember 1849 sein Amt wieder nieder und kehrte nach Steiermark zurück, wo er es wieder mit der Naturwissenschaft hielt. Im Mai 1859 ist er in Graz gestorben, und die Grazer haben ihm zwei Jahrzehnte später ein großes Brunnenmonument, das ihn in überlebensgroßer Figur zeigt, gewidmet. Noch bis zum heutigen Tage ist in der Steiermark der Name des Erzherzogs und der Postmeisterstochter von einem Schimmer von Poesie umgeben.

Schmeling ist bereit, Sharkey zu boxen.

Der ursprünglich für den Monat Februar vorgesehene Weltmeisterschaftskampf im Schwergewicht zwischen Max Schmeling und Micky Walker ist bekanntlich vor 14 Tagen ganz abgesagt worden, da Joe Jacobs wegen der zu geringen Börse dieses Treffen für Schmeling nicht vertraglich festlegte. Jetzt ist die Frage des Weltmeisterschaftskampfes erneut akut geworden.

Max Schmeling erklärte, daß er bereit sei, Jack Sharkey zu boxen. Bei diesem Kampf will Schmeling seinen Titel aufs Spiel setzen. Es scheint, daß man sich im Lager Schmelings schon ernsthaft mit diesem Kampf befaßt hat; denn es wird bereits der Monat Juni als Termin genannt und als Austragungsorte kämen Newyork oder Chikago in Frage. Joe Jacobs, Schmelings Berater, erklärte, daß, käme der Kampf Schmeling-Sharkey zustande, damit die Suspendierung Schmelings im Staate Newyork aufgehoben werde Jacobs stellt als Bedingung einen 15-Rundenkampf.

Schmelings Angebot hat auch in den Kreisen Sharkeys großen Widerhall gefunden. Sharkey gab Pressevertretern bekannt, daß es ihn freue, gegen den Deutschen kämpfen zu dürfen. Er nimmt alle Bedingungen an, und wenn der Kampf statt über 15 Runden über 50 (Fünfzig! Wie bitte?) gehen würde. Er selbst hofft bestimmt, Schmeling in der „Revanche“ schlagen zu können.

Sportallerlei

In Newyork konnte der deutsche Schwergewichtler Teddy Sandwina einen Sieg durch technischen Ko. feiern. Frank Montagna mußte in der 8. Runde bis neun auf die Bretter, stand vollkommen kampfunfähig wieder auf, so daß der Ringrichter den Kampf zugunsten Sandwinas abbrach. — Der ehemalige Schwergewichtsmeister Maurice Griselle scheint ein Pechvogel zu sein. Der Franzose borte in Leicester mit George Cook und mußte in der 12. Runde wegen Tiefschlags disqualifiziert werden.

Tilden und Nüßlein trugen in St. Paul ein weiteres Spiel aus, das Tilden erneut gewinnen konnte. Auch diesmal wurden fünf Sätze gespielt, von denen Nüßlein die beiden ersten 4:6, 4:6 gewann. Mit 6:4, 6:3, 8:6 in den drei übrigen Sätzen blieb aber Tilden schließlich doch erfolgreich.

Da sich das Wetter in Lake Placid, der Schaustätte der Olympischen Winterspiele 1932, nicht gebessert hat, mußten die Amerikaner ihre Vertreter zu den Bob-Wettbewerben aufs Geratewohl bestimmen. Aus der großen Zahl der Kandidaten hat der Verband jetzt die Vertretung für die Zweier- und Vierer-Bob-Rennen ausgesucht. — In London siegte die kanadische Eishockeymannschaft Ottawa gegen eine englische Vertretung 7:0 (2:0, 3:0, 2:0).

Ein Gerichtsvollzieher erzählt

„Ja," seufzte der große, kräftige Mann, „willkommene Gäste sind wir nicht, das können Sie glauben. Aufregung, Jammern oder gar wütende Beschimpfungen, wo wir hinkommen. Man kann es ja verstehen, aber die Leute sollten doch auch bedenken, daß wir nur das ausführende Organ der Zwangsvollstreckung sind. Ohne einen vollstreckbaren Titel vom Gericht können wir gar nicht pfänden." — „Was heißt das: Vollstreckbarer Titel?" — „Das ist ein rechtskräftiges Urteil; auch ein Anerkenntnis- oder Versäumnisurteil gehört dazu, was vielen Schuldnern nicht bekannt ist. Da gehen die Leute einfach nicht zum Termin hin, es ergeht gegen sie Versäumnisurteil, auf die Nachricht darüber rühren sie sich auch noch nicht, und nachher ist das Geschrei groß, wenn ich mit dem rechtskräftig gewordenen Versäumnisurteil komme, um zu pfänden. Aehnlich ist es übrigens mit dem Zahlungsbefehl. Wenn der Schuldner gegen ihn keinen Widerspruch erhebt, wird er auch vom Gericht für vollstreckbar erklärt, und man kann daraus vollstrecken." — „Na, es gibt auch überängstliche Gemüter," warf ich ein, „bei denen der Fall umgekehrt liegt. Kommt da neulich die alte Frau Berger, die ein Stockwerk über uns wohnt, weinend mit einem Zettel in der Hand: „Sie tragen mir meine Sachen heraus, sie räumen mir meine Wohnung aus!" „Wer denn, Frau Berger?" fragte ich erschreckt. — „Der Gerichtsvollzieher kommt! Hier, lesen Sie!" — „Was war es? Ein Zahlungsbefehl! Na, ich erklärte ihr, daß es so weit noch nicht wäre, daß man, wie Sie, Herr Gerichtsvollzieher, eben auch sagten, erst aus einem rechtskräftigen Urteil oder einem für vollstreckbar erklärten Zahlungsbefehl vollstrecken könnte." — „Sie hätten ihr noch sagen können," unterbrach mich hier mein Gegenüber, „daß auch dann noch nicht die Wohnung ausgeräumt wird. Wir nehmen nur Geld, Kostbarkeiten oder Wertpapiere mit, die anderen Sachen belassen wir in der Wohnung des Schuldners, wenn wir meinen, daß die Befriedigung des Gläubigers hierdurch nicht gefährdet wird, zu deutsch: Wenn wir glauben, daß die Sachen nicht verschwinden werden. Sehen Sie, hier in unserer kleinen Stadt kennt man ja die Leute. Ich weiß ganz genau, wem von meinen „Kunden" ich trauen kann." — „Aber ich denke, Herr Gerichtsvollzieher, es ist strafbar, wenn man gepfändete Sachen beiseiteschafft?" — „Es werden aber leider auch strafbare Handlungen begangen. Uebrigens ist sogar schon das Ablösen der Siegelmarke — wenn wir die Sachen beim Schuldner lassen, kleben wir den berühmten „Kuckuck" an — strafbar. Ich kann es ja verstehen, wenn die Leute ihren Besuch nicht in ein Zimmer führen wollen, in dem die Sachen mit dem Kuckuck verziert sind." — „Wieso? Man sieht doch die Marken gar nicht? Die müssen doch unsichtbar angebracht werden!" — „Nein, das ist ein Irrtum. Wir können den „Kuckuck" auch mitten auf den großen Spiegel im Wohnzimmer kleben, das liegt ganz in unserem Ermessen. Ich persönlich nehme dabei möglichst auf die Leute Rücksicht und bringe die Marke unauffällig an. Am besten ist es aber schon, wenn irgend welche Wertsachen da sind, die zur Befriedigung des Gläubigers und zur Deckung der Kosten ausreichen."

„Manchmal werden die Leute handgreiflich." — „Da ist Ihr Beruf ja geradezu gefährlich!" rief ich erstaunt. Er sah an seiner kräftigen Gestalt herunter. „Ich bin nicht ängstlich und bringe die Leute schon zur Ruhe, aber vorige Woche habe ich mir doch einmal einen Polizeibeamten zur Hilfe geholt." — „Steht Ihnen die Polizei zur Verfügung?" — „Ja, es ist erstaunlich, daß es so unbekannt ist. Es ist natürlich ein Unsinn, wenn die Leute Widerstand leisten wollen. In einem solchen Falle lasse ich die gepfändeten Sachen auch nicht in der Wohnung, um nicht ein zweites Mal Schwierigkeiten zu haben."

„Nun hätte ich die wichtigste Frage beinahe vergessen. Was können Sie pfänden, Herr Gerichtsvollzieher?" — „Das ist nicht mit einem Satz zu beantworten. Nicht alle Sachen, die der Schuldner in seiner Wohnung hat oder an seinem Körper trägt, sind pfändbar. Es müssen ihm belassen werden, um mit den Worten des Gesetzes zu reden: die Kleidungsstücke, die Betten, die Wäsche, das Haus- und Küchengerät, soweit diese Gegenstände für den Bedarf des Schuldners oder zur Erhaltung eines angemessenen Hausstandes unentbehrlich sind. Was dazu rechnet, muß ich im Einzelfall bestimmen. Je nach der Berufsstellung des Schuldners, der Größe seiner Familie usw." — „Leicht?" — „Nein, leicht ist das nicht. Sehen Sie, wenn die Familie aus vier Personen besteht und es sind fünf Betten da, kann ich das fünfte pfänden. Aber brauchen die Leute zwei oder drei Kleiderschränke? Auch die wirtschaftliche Existenz des Schuldners soll durch die Pfändung nicht vernichtet werden."

„Da können Sie wohl auch nicht die Nähmaschine meiner Schneiderin pfänden? Das arme Mädchen hat Angst um ihre Nähmaschine, weil sie das einzige Wertstück ist, das sie besitzt." — „Da können Sie sie beruhigen. Ihre Nähmaschine darf sie behalten, ebenso, wie ich auch bei einer Maschinenschreiberin (sofern sie nicht im Bureau als Angestellte schreibt) die Schreibmaschine nicht pfänden darf." — „Nun kann es doch vorkommen, daß Sie in zweifelhaften Fällen einen Gegenstand pfänden, der eigentlich unpfändbar ist. Wie kann der Schuldner sich dagegen schützen?" — „In diesem Falle kann er die sogenannte Erinnerung beim Amtsgericht einlegen, die überhaupt immer dann gegeben ist, wenn der Schuldner irgend welche Einwendungen gegen die Art und Weise der Zwangsvollstreckung zu haben glaubt."

„Was ich Sie noch fragen wollte: ich hatte vor einiger Zeit Bekannten mein Grammophon geliehen, das hat der Gerichtsvollzieher gepfändet, obgleich meine Bekannten ihm gesagt hatten, daß es mir gehöre. Durfte er das?" — „Doch, das durfte er pfänden! Sehen Sie, es gibt nicht nur arme, unglückliche, sondern auch böswillige Schuldner, die sich regelrecht vor der Zahlung drücken wollen. Die kommen dann zuerst mit dem Einwand: Die Sachen gehören mir nicht. Das kann der Gerichtsvollzieher im Moment nicht nachprüfen, auch nicht, wenn ihm zum Beispiel ein Sicherungsübereignungsvertrag vorgelegt wird. Gerade diese Verträge werden häufig nur zum Schein abgeschlossen, um dem Gläubiger die betreffenden Sachen zu entziehen. Deshalb werden die Sachen auf alle Fälle erst einmal gepfändet, und es ist Sache des Schuldners, den wahren oder vorgeblichen Eigentümer zu benachrichtigen. Dieser kann dann gegen den Gläubiger die Widerspruchsklage bei dem zuständigen Gericht erheben. In diesem Prozeß wird es sich dann herausstellen, wer der Eigentümer der Sachen ist. Ist es nicht der Schuldner, müssen die Sachen wieder freigegeben werden. Sie sehen, das Gesetz hat alle diese Fälle sorgfältig geregelt, um allen Beteiligten gerecht zu werden. Und wir Gerichtsvollzieher haben dasselbe Bestreben. Wenn uns nur das Publikum unsere ohnehin nicht leichte Arbeit nicht noch unnötig erschweren würde! Was die Leute tun sollen? Einen klaren Kopf und die nötige Ruhe behalten. Es ist gewiß nicht angenehm, wenn der Gerichtsvollzieher kommt. Aber wenn noch irgend ein Ausweg aus dieser Lage vorhanden ist, in der Aufregung wird er ganz gewiß nicht gefunden!"

---

4 K. 94/31/4.

Am **27. Januar 1932, vormittags 10 Uhr,** soll an der Gerichtsstelle, Gerichtsstraße 9, Zimmer Nr. 17, das im Grundbuch von Burscheid, Band 38 Blatt Nr. 1736 (Eigentümer: 1. Witwe Postagent Johannes Schmalz, Helene geborene Reimer, 2. deren Kinder a. Elfriede Schmalz, b. Ruth Schmalz, c. Paul Schmalz, d. Esther Schmalz, zu 2 a—d minderjährig zu 1 und 2 in Burscheid-Straßerhof Nr. 1069, in Erbgemeinschaft) eingetragene Grundstück:

Gemarkung Burscheid, Flur 4, Parzellen Nr. 1713/855, Geilenbach Nr. 1110a, bebauter Hofraum mit Hausgarten, groß 10,00 Ar, Gebäudesteuerrolle Nr. 1437 mit 486.— Mark Nutzungswert, Holzung, groß 25,24 Ar,

öffentlich zwangsweise versteigert werden.

Amtsgericht Opladen.

Rektoratschule Burscheid

AUFNAHME

in die Sexta, Montag, den 15. Februar. Anmeldungen bis zu diesem Termine nimmt entgegen

Der Leiter: Trimpop
Mittelschulrektor

Städtisches Lyzeum Opladen

Anmeldungen

für Ostern 1932 nehme ich in meinem Amtszimmer, rotes Gebäude auf dem Schulhof Düsseldorferstr. 32, entgegen:

Montags u. Donnerstags 11—12 Uhr Mittwochs 17—18 Uhr.

Geburts- und Impfschein sowie das letzte Schulzeugnis sind hierbei vorzulegen.

Die Anmeldungen zur Sexta müssen spätestens am 10. Februar erfolgen.

Dr. Meisenbach, Studiendirektor.

Guterhaltener weißer
Herd und Anrichte
billig zu verkaufen.
Burscheid, Büchelerstr. 10.

Schuster-Geräte mit Maschine und Walze
spottbillig zu verkaufen. Zu erfahren Burscheid, Luisenstraße 19 a.

Neu erschienen:

Aus Deutschen Gauen

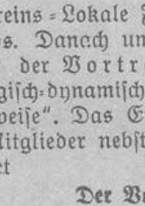
Album für frohe Kreise
6 der schönsten Stimmungs-Potpourris
Ein Melodienkranz aus 115 Liedern

u. a.:

Ich muß wieder einmal in Grinzing sein
Im Prater blüh'n wieder die Bäume
Im Rolandsbogen
Wien wird bei Nacht erst schön
Ein rheinisches Mädchen
Das ist der Frühling in Wien
Ich hab mein Herz in Heidelberg verlo-
In der Pfalz [ren
Es war einmal ein treuer Husar
Leb' wohl schwarzbraunes Mägdelein
O du wunderschöner deutscher Rhein
Warum ist es am Rhein so schön
Da draußen in der Wachau
Das is a Wein
Das Herz am Rhein
Das Band zerrissen und du bist frei
Jetzt trink'n wir noch a Flascherl Wein
Grüße an die Heimat (Teure Heimat)
Ein Vöglein sang im Lindenbaum
Beim Holderstrauch
Fein, fein schmeckt uns der Wein
Wein-Walzer
Lasset uns das Leben genießen
Aus der Jugendzeit
Schön ist die Jugend
Waldeslust
Wer das Scheiden hat erfunden
O Susanna
Es war ein Knabe gezogen
Horch die alten Eichen rauschen
Wie's daheim war
Verlassen, verlassen bin i
Zieh hinaus beim Morgengrau'n
Vom Rhein der Wein
Wer nicht liebt Wein, Weib und Gesang
Still ruht der See
Wir woll'n ein bißchen schunkeln
Der kreuzfidele Kupferschmied
Der Rixdorfer
Die schönsten Augen (Du hast Diamanten und Perlen)
O schöne Zeit, o sel'ge Zeit
Schaukellied (Springe mein Liebchen, ach)
Wenn die Blätter leise rauschen
Da, wo der Nektar glüht
Die alten Deutschen tranken noch eins
Keinen Tropfen im Becher mehr
O alte Burschenherrlichkeit
Warum sollt' im Leben
Hinaus in die Ferne
Im Wald und auf der Heide
O Straßburg, o Straßburg
Schatz, mein Schatz, reise nicht so weit von
An der Weser [hier
Auf Ihr Brüder, laßt uns wallen
Ich kenn' einen hellen Edelstein
Ich schnitt' es gern in alle Rinden ein
Lustig ist das Zigeunerleben
Was nützet mir ein schöner Garten
Herzliebchen mein unterm Rebendach
Mein Mädel hat einen Rosenmund
Vugelbäärbaam

usw. usw.

Elegante Ausstattung! 4 Farben-Titel! 76 Seiten stark!
Ausgabe für Klavier (mit überl. Text) **RM. 4.-**
Dazu erschien auch **Violine RM 2.—** und **Cello RM 1.50**
Zu beziehen durch jede Musikalien-, Instrumenten- u. Buchhandlung oder wo nicht erhältlich direkt vom Verlag ANTON J. BENJAMIN, A.-G., LEIPZIG C 1, Täubchenweg 20
Postscheck-Konto: Leipzig 654 31



Ballspiel-Verein Burscheid

Die für Donnerstag, den 21. Januar, vorgesehene
Jahresversammlung
muß auf einen späteren, demnächst noch bekanntzugebenen Termin **verlegt** werden.

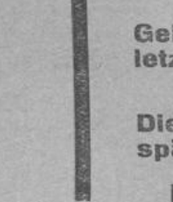
Der Vorstand.

Obst- und Gartenbauverein Burscheid

Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 6 Uhr
General-Versammlung
im Vereins-Lokale Friedrich Conrads. Danach um 8 Uhr beginnt der Vortrag über „Biologisch-dynamische Wirtschaftsweise". Das Erscheinen aller Mitglieder nebst Frauen erwartet

Der Vorstand.

Oskar Heinrichs
Holzhandlung und Holzbearbeitung
Burscheid, Höhestraße
empfiehlt
Bretter
Dielen
Rahmen
Dachlatten
Fußboden
und Sperrholz
in allen vorkommenden Längen, Breiten und Stärken. Bauholz in allen Dimensionen zu den billigsten Tagespreisen.



Wer einen
Stempel
braucht, wende sich an
Franz Ansin, Burscheid-Hauptstr. 33
Stempelkissen - Stempelfarbe

Zu vermieten
2 Zimmer-Wohnung
mit Garten ab 1. Februar 1932 in **Hilgen,** Witzheldenerstr. 38b
Frau Witwe Walter Roth.

Bundes-Kegelbahn
für Kegelklubs Montags und Mittwochs noch frei.
Paul von der Heyden
Kückenberg

Kipp & Grünhoff
Opladen, Telefon 45
Holz- u. Baustoffhandlung
Bord, Dielen, Latten
Fußboden, Rahmen
Pitschpine, Redpine
Poln. Kiefern
Sperrholz etc.

Winter-Fahrpläne
zum Preise von 30 Pfennig sind zu haben in der Geschäftsst. d. Zeitung

Bestellungen
auf gemahlenen
Dornaper Düngekalk
sowie
Stückkalk
nimmt entgegen
Wilhelm Haas
Burscheid, Telefon 595.

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Nr. 16 2. Blatt — Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Mittwoch, den 20. Januar 1932

Verwirrende Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes

Seit einiger Zeit begegnet die steuerliche Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes (RFH) einer steigenden Kritik. Daran sind nicht etwa nur die Fachkreise beteiligt, sondern es macht sich auch in Wirtschaft, in Handel und Gewerbe eine ständig zunehmende Unruhe bemerkbar. Gestützt auf den § 4 der Reichsabgaben-Ordnung mit seiner an sich selbstverständlichen Vorschrift, daß bei der Auslegung der Steuergesetze neben ihrem Zweck auch ihre wirtschaftliche Bedeutung und die Entwicklung der (wirtschaftlichen) Verhältnisse zu berücksichtigen sei, hat der höchste Steuergerichtshof eine „wirtschaftliche Betrachtungsweise" entwickelt, die zunächst sehr dazu angetan erschien, die mehr formale und darum auch strengere Praxis der Veranlagungsbehörden in etwas zu Gunsten der ohnehin schwer genug belasteten Steuerzahler aufzulockern. Daß das freilich oft nur dadurch möglich war, daß der RFH gegen den klaren Wortlaut der Steuergesetze entschied, wurde in der ersten Freude über das Wirtschaftsverständnis dieses Gerichtes entweder nicht beachtet, oder bei der überwiegend wenig freundlichen Einstellung zu den Steuerbehörden leichten Herzens mit in Kauf genommen.

Freilich wurden auch damals schon Stimmen laut, die auf das Bedenkliche einer Rechtsprechung hinwiesen, die sich das Recht beilegte, den Gesetzgeber weitgehend zu korrigieren. Hat es sich doch der RFH bei der Auslegung des § 7 des Umsatzsteuergesetzes sogar gestattet, einen angeblichen „Denkfehler" des Gesetzgebers „richtigzustellen", und zwar erst, nachdem Jahre hindurch nicht nur Wissenschaft und Veranlagungspraxis, sondern auch die Rechtsprechung des Umsatzsteuersenats des RFH die entgegengesetzte Auffassung vertreten hatten. Schon in diesem Falle wurde offenbar, daß die Rechtsprechung des RFH letzten Endes die Gefahr in sich barg, daß die dem einzelnen Zensiten gewährte Steuererleichterung durch eine allgemeine steuerliche Rechtsunsicherheit mehr als kompensiert werden würde.

Inzwischen hat diese Rechtsunsicherheit nicht nur Fortschritte gemacht, die „wirtschaftliche Betrachtungsweise" ist des öfteren auch zu Ungunsten der Wirtschaft angewendet worden. Es ist — um nur einige Fälle zu nennen — vorgekommen, daß bei Buchprüfung durch die Veranlagungsbehörde auf Grund der rechtlichen Konstruktion von Fabrikations- und Verkaufsgesellschaft „juristisch" zu Gunsten der Firma angenommen wurde, daß ein Organ-Verhältnis nicht gegeben sei, während im Rechtsmittelverfahren „wirtschaftlich" zu Ungunsten der Firma entschieden wurde. Oder Kaufgelddarlehn der Glieder eines öffentlich-rechtlichen Zweckverbandes wurden bei der Buchprüfung „juristisch" zu Gunsten des Verbandes als abzugsfähig vom steuerpflichtigen Vermögen anerkannt, wogegen der RFH „wirtschaftlich" zu Ungunsten des Steuerpflichtigen entschied. Es kommen aber auch Fälle vor, in denen die Veranlagungsbehörden sich diese „wirtschaftliche" Auffassung zu eigen machen, hinterdrein aber eine „juristische" Korrektur durch den RFH erfahren, einmal zu Gunsten, das andere Mal zu Ungunsten des Zensiten. Sehr oft ist es für das Rechtsmittelverfahren eines Steuerzahlers entscheidend, welcher Senat des RFH mit der Sache befaßt wird. So erklärt der eine Senat den Sanierungsgewinn einer GmbH für steuerpflichtig, der andere Senat verneint die Steuerpflicht des gleichen Gewinns bei offenen Handelsgesellschaften. Ja es kommt vor, daß sogar ein und derselbe Zensit sich eine unterschiedliche Behandlung gefallen lassen muß. Ein Senat des RFH anerkennt z. B. die Gemeinnützigkeit eines Unternehmens bei der einen Steuerart, der andere verneint sie bei der anderen Steuerart. Die Folge ist, daß ein solches Unternehmen etwa von der Vermögensteuer freigestellt, zur Umsatzsteuer aber herangezogen wird.

Die Folgen einer solchen Rechtsprechung müssen auf die Dauer geradezu verheerend wirken. Nichts kann die so entstandene Situation besser kennzeichnen, als eine Kritik, die Univ. Prof. Dr. Bühler-Münster s. Zt. an der Verlustvortrags-Entscheidung des RFH vom 8. August 1930 übte, wobei er feststellte, daß die Auslegung, die das oberste Steuergericht der Bestimmung über den Verlustvortrag gab, „für die gewandteren Steuerpflichtigen zu einem Geschicklichkeitsspiel, für die weniger Gewandten aber zu einem Glücksspiel werde". Die Steuerdeklaration als Glücksspiel! So ungeheuerlich das klingt, so richtig ist es doch, daß heute weder der Zensit, noch der Veranlagungsbeamte auch nur im entferntesten richtig zu „tippen" vermögen, wie der RFH in der Veranlagungspraxis erstmalig auftauchenden Schwierigkeiten entscheiden wird. Die Folge ist oft ein richtiger „Kuhhandel", wobei sich auch der Steuerpflichtige nicht selten zu Konzessionen entschließt, die er nur mit innerer Erbitterung macht, die er aber immer noch dem völlig ungewissen Rechtsstreit glaubt vorziehen zu müssen. Dem gewissenhaften Kaufmann aber wird durch diese Rechtsunsicherheit nicht nur jede Kalkulationsgrundlage von vornherein zerstört, die Allgemeinheit muß auch — um mit einem anderen Kritiker zu sprechen — von schwerem Mißtrauen erfaßt werden, je mehr sie erkennt, daß jemand, wenn er geschickt ist und sich kluger Helfer bedient, steuerlich seine Lage leidlich gestalten kann, während die Steuerehrlichen den dadurch entstandenen Ausfall noch mit aufbringen müssen. — Das Mißtrauen ist leider heute schon da! Es entlädt sich naturgemäß in erster Reihe gegen die Finanzämter als Veranlagungs- und Beitreibungsbehörden. Dabei leiden diese aber unter der hereingebrochenen Rechtsunsicherheit nicht weniger, als die ehrlichen Steuerzahler. Wie oft hat die Veranlagungsbehörde mit gebundenen Händen ansehen müssen, wie z. B. „reichliche Schwarzseherei" auf Grund einer Entscheidung des VI. Senats des RFH durch entsprechende Delkredere-Rückstellung der Jahresgewinn eines Unternehmens sich in Nichts verflüchtigt, während es ihr andererseits sehr erschwert, wenn nicht gänzlich unmöglich gemacht wurde, in dieser Zeit der Wirtschaftskrise durch milderen Zugriff die gebotene Rücksicht walten zu lassen. Die verworrene und verwirrende Rechtsprechung des RFH hat vielfach auch dazu geführt, daß in der Oeffentlichkeit der Kern des Uebels verkannt wurde. Unter ihrem Einfluß mußte die Veranlagungspraxis fast zwangsläufig als der Kern des Uebels erscheinen, während er doch in der Härte oder Lückenhaftigkeit des Steuergesetzes selbst zu suchen war. Das trug in der Vergangenheit nicht unwesentlich dazu bei, daß sich der bedauerliche Riß zwischen Finanzamt und Steuerpflichtigen auftat, während eine die Aenderung des Gesetzes anstrebende Politik das Richtigere gewesen wäre. Jedenfalls wird man sich abschließend des Eindrucks nicht erwehren können, daß die Rechtsprechung des RFH in eine Sackgasse geraten ist, aus der es nur einen Ausweg geben kann: Die unbedingte Bindung auch des Steuerrichters an das Gesetz. Das Gegenteil könnte nur das Ende des Rechtsstaates bedeuten.

Cromm ermordet gefunden

Am Montagnachmittag wurde am Eingang des Düsseldorfer Hafens gegenüber dem Landeshaus von der Besatzung des Proviantschiffes „Rodenkirchen" eine männliche Leiche aus dem Rhein geborgen, die schon längere Zeit im Rhein gelegen haben muß. Obwohl der Zustand der Leiche genauere Feststellungen erschwerte, kamen die zuständigen Kriminalbeamten nach der ersten Besichtigung zu der Annahme, daß es sich wahrscheinlich um die Leiche des seit dem Abend des 23. Novembers 1931 verschwundenen Kaufmanns Fritz Cromm aus Burscheid handele. Im späteren Verlauf der Untersuchungen bestätigte sich dann auch diese erste Annahme. Ein ganz besonderes Erkennungsmerkmal war der Verlobungsring, der an der linken Hand des Toten gefunden wurde, und die Gravierung „F. C. — G. S. 14. 10. 28", die den Anfangsbuchstaben des Vermißten und seiner Braut entsprechen, trug. Anverwandte des Cromm erkannten an der Kleidung und einer Verletzung der linken Hand aus früheren Jahren zweifelsfrei den vermißt gemeldeten Fritz Cromm.

Mit einem gelbbraunen Motorradüberanzug, Sporthemd und Pullover war die Leiche bei der Auffindung bekleidet; die Schuhe fehlten allerdings. In den inneren Taschen des Rockes staken die Gamaschen. Um den Hals der Leiche befand sich eine starke Schnur von etwa zehn Millimeter Durchmesser, die vorn verknotet war. Das eine Ende des Strickes war abgerissen. Um den Leib befand sich ein zweiter Strick. Die Stirnpartie wies zwei, etwa zwei Zentimeter lange, tiefe Stiche auf, und der Hinterkopf Merkmale der Einwirkung eines stumpfen Gegenstandes. Weiter wurde festgestellt, daß die Leiche mit Seilen verschnürt und mit Steinen beschwert in den Rhein geworfen worden ist.

Bei der Leichenobduktion, die in Gegenwart der leitenden Kriminalbeamten der Mordkommission vorgenommen wurde, ergab sich, daß sämtliche Verletzungen zu Lebzeiten beigebracht worden sind, sowohl die Stiche an der Stirn als auch die Verletzungen am Hinterkopf, die von einem Schlagwerkzeug herrühren dürften. Diese Verletzungen waren jedoch nicht sofort tödlich, sondern der Tod ist erst durch Erdrosselung herbeigeführt worden. Dieser Befund läßt einwandfrei die Behauptung zu, daß Cromm einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

Wie auswärtige Zeitungen melden, haben die in den unteren Rhein-Wupper-Kreis entsandten Beamten der Mordkommission der Düsseldorfer Landeskriminalpolizei, Kriminalrat Momberg und Kriminalkommissar Baus, sofort umfangreiche Ermittlungen angestellt, die auch zu der vorläufigen Festnahme eines Mannes führten, gegen den schwerwiegende



Indizien vorliegen. So wurde bei der Haussuchung eine mit Menschenblut und Straßenschmutz befleckte Jacke gefunden.

Ob die Spuren stichhaltig sind, den Täter zu überführen, müssen die weiteren Ermittlungen der Düsseldorfer Kriminalpolizei ergeben. Warten wir in Ruhe dieselben ab, ohne neue Hirngespinste und Vermutungen in die Welt zu setzen.

*

Die Ereignisse des 23. November sind noch in guter Erinnerung, sodaß wir darauf verzichten können, dieselben nochmals aufzufrischen.

Gestern brachten schon eine Reihe von auswärtigen Zeitungen die Ansicht, daß die im Düsseldorfer Petroleumhafen angeschwemmte Leiche, die des verschwundenen Cromms sei, zum Ausdruck. Wir unterließen dieses, da wir nicht unnötig Aufregung hervorrufen wollten, bis die Untersuchungen zum Abschluß gebracht waren. Unsere Anfragen bei der hiesigen wie auch bei der Düsseldorfer Kriminalpolizei wurden mittags dahingehend beantwortet, daß vermutlich die gefundene Leiche die des Kaufmanns Cromm sei; jedoch stehe dieses noch nicht einwandfrei fest. Erst am Spätnachmittag wurde uns von der Düsseldorfer Kriminalpolizei mitgeteilt, daß die Vermutung sich rechtfertigt habe, doch könne noch nicht gesagt werden, ob Mord in Frage komme, da die Obduktion der Leiche noch andauere.

*

Das Rätsel um den seit dem Abend des 23. November 1931 verschwundenen Kaufmanns Fritz Cromm von hier hat sich in trauriger Weise gelichtet. Als Leiche wurde er vom Rhein im Düsseldorfer Hafen angeschwemmt; mit schweren Kopfverletzungen gab der Strom die leibliche Hülle des Vermißten nach mehr als acht Wochen wieder zurück.

Ein trauriges Ende hat dieser Fall Cromm gefunden; tiefes Mitgefühl wird den Eltern, Geschwistern und Anverwandten seitens der Bürgerschaft entgegengebracht. Sie haben es auch verdient, denn über acht Wochen in der Ungewißheit zu leben, wo ist der Sohn, Bruder und Bräutigam, ist eine harte Zeit, denen nicht jeder gewachsen ist. Und nun, wo ihnen die Gewißheit sicher ist, senkt sich tiefe Trauer um den allzufrüh Verstorbenen in ihre Herzen; und diese Trauer wird von allen denen mitempfunden, die ihn als einen treuen Sohn seiner Eltern kannten. Jetzt, wo es amtlich bestätigt wird, daß Fritz Cromm einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, wächst die Empörung in unserer Stadtgemeinde über diese gemeine Tat und wird der Hoffnung lebhaften Ausdruck gegeben, daß es der Kriminalpolizei bald gelingen möge, die Täter zu fassen und der irdischen Gerechtigkeit zuzuführen.

Bezirksturntag des 4. Bezirks

Am vergangenen Sonntag fand im „Deutschen Haus" hierselbst der Bezirksturntag des 4. Bezirks statt, an dem etwa 40 Abgeordnete aus allen Vereinen des 4. Bezirks erschienen waren.

Bezirksvertreter Plasberg eröffnete die Sitzung mit dem gemeinsam gesungenen Turnerliede „Wem der Jugend Ideale . . " und begrüßte die zahlreich Erschienenen, besonders die Gauvorstandsmitglieder Gauvertreter Siebold und Gauoberturnwart Benscheidt. Mit seiner Begrüßung verband er die besten Wünsche für das kommende Jahr. Aber, so fügte er hinzu, wenn man bedenke, daß selbst im vergangenen Jahre nicht alle Wünsche in Erfüllung gegangen seien, die man auf dem vorjährigen Bezirksturntage in Burg gehegt habe, und im Jahre 1932 die wirtschaftliche Lage sich eher noch verschlechtern als besseren könne, so könne einem ja Angst und Bange werden. Und trotzdem: nicht Trauern um vergangene Zeiten könne uns helfen, sondern nur ein zielbewußtes Arbeiten im Vertrauen auf die Zukunft, auf eine bessere Zukunft. Nur nicht verzweifeln, jeder Nacht folgt der Tag und jedem Winter der Frühling.

In turnerischer Hinsicht kann allerdings der Bezirk sehr zufrieden sein. An Veranstaltungen fanden im vergangenen Jahre der Geländelauf in Dabringhausen und das Bezirkskinderturnfest in Hilgen statt. Das Bezirksturnfest ist allerdings der schlechten Lage zum Opfer gefallen. Dafür wurde eine Werbeveranstaltung in Verbindung mit der 10jährigen Jubelfeier der Burger Turngemeinde veranstaltet. Außerdem fanden im Jahre 1931 ein Bezirksturntag, ein Treffen der Kinderturnwarte, eine Tagung der Frauenturnwarte und 4 Bezirksvorstandssitzungen statt.

Dann nahm Gauoberturnwart Benscheidt das Wort zu einem Vortrag über „Deutschland, Turnerschaft, Jugend". Was der Redner hier ausführte, zeigte so recht deutlich, die Ziele und Bestrebungen der DT neben der Pflege der Körperschulung. Nicht Parteipolitik, aber doch nationale Politik pflege die DT. Er sprach dann über die Ursachen der Deutschen Not. Als Hauptursache bezeichnete er den Schuld- und Schandvertrag von Versailles, der dem deutschen Volke aufgezwungen wurde.

Frankiert die Ortsbriefe richtig

Wir haben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß das Porto für Ortsbriefe nach wie vor 8 Pfg. beträgt. Hier hat keine Senkung stattgefunden. Also richtig frankieren!

Die Gebühren betragen:

1. Für Briefe im Ortsverkehr: Bis 20 Gramm 8 Pfg., über 20 bis 250 Gramm 15 Pfg., über 250 bis 500 Gramm 20 Pfg.

Für Briefe im Fernverkehr: Bis 20 Gramm 12 Pfg., über 20 bis 250 Gramm 25 Pfg., über 250 bis 500 Gramm 40 Pfg.

2. Für Postkarten im Ortsverkehr 5 Pfg., im Fernverkehr 6 Pfg.

Waffen anmelden

Aus dem Landratsamt wird uns geschrieben:

Es wird darauf hingewiesen, daß am heutigen 20. Januar die Anmeldefrist für Schußwaffen und Munition abläuft. Eigentümer und Besitzer von Schußwaffen und Munition, welche die Frist versäumen, haben schwere Strafen zu gewärtigen.

Hiervon ausgehend glaubt sich auch die DT für die Beseitigung dieses Vertrages, zum wenigsten der darin enthaltenen Rechtsschuldlüge einsetzen zu müssen. Er richtet dann einen Appell an die Jugend: Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern. Er fühle sich eins mit der Jugend, die heute vor viel schwerere Aufgaben gestellt sei, als früher. Die Jugend sei nicht, wie heute vielfach behauptet werde, schlechter geworden, sondern im Gegenteil sie beweise, daß sie diese schweren Aufgaben gut zu meistern verstehe. Er glaube vertrauend an die deutsche Jugend und damit an die deutsche Zukunft.

Es fand dann eine Besprechung der Tagesordnung für den am nächsten Sonntag in Radevormwald stattfindenden Gauturntag statt. Es interessierte vor allem die Festsetzung der Gausteuer. Gaukassenwart Siebel sagte zu, sich für eine Ermäßigung der jetzigen Gausteuer von 40 auf 35 Pfg. einsetzen zu wollen. Es wurde ein Antrag an den Gauvorstand gestellt dahingehend, die Nenngelder und Strafgelder für Schiedsrichtersitzungen, Vorturnerstunden und dergl. zu ermäßigen. Dann soll weiterhin den Vereinen nahe gelegt werden, bei Anfragen an die Gau- und Bezirksfachwarte stets Rückporto beizulegen, um dadurch die Gau- und Bezirkskasse nicht zu belasten. Ein weiterer Antrag des Bezirks für die Tagesordnung des Gauturntages steht mit den Wahlen zum Gauturnrat in Verbindung. Es wurde beantragt, daß nach dem Gauturntage in Radevormwald Mitglieder, die aus dem Gauturnrat ausscheiden und zu Ehrenmitgliedern des Gaues ernannt werden sollen, nicht mehr Sitz und Stimme im Gauturnrat bekommen.

Den nächsten Verhandlungspunkt bildeten die Wahlen zum Bezirksvorstand. Der gesamte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Es gehören also auch ferner dem Bezirksvorstand an: A. Plasberg, Bezirksvertreter, Hedwig Paas, Kassiererin und Schriftführerin, 1. Turnwart Willi Heyder, 2. Turnwart Alfred Röhrig, Sportwart Alfred Werner, Spielwart Erwin Bachhaus, Kinderturnwart Lehrer Schröder, Pressewart Otto Hackenberg.

Zu Punkt Veranstaltungen wurde folgendes beschlossen: Im kommenden Jahre sollen wieder zwei Vorturnerstunden eingerichtet werden. Das Kinderturnfest findet im Mai oder Juni in Dabringhausen statt. Hierzu wird ein Festbeitrag von 10 Pfg. pro teilnehmendes Kind erhoben. Ein Bezirksturnfest soll auch in diesem Jahre nicht gefeiert werden mit Rücksicht darauf, daß das Gauturnfest wieder in größerem Rahmen stattfinden wird. Es wurde beschlossen, vor dem Gauturnfest ein Probeturnen zu veranstalten.

Die Bezirkssteuer wurde in drei Stufen gestaffelt und zwar für die größeren Vereine 6 RM, für die mittleren Vereine 4 RM und die kleineren 3 RM.

Aus der Heimat

Sextaner anmelden!

Die Aufnahme für die Sexta an der hiesigen Rektoratschule findet am Montag, den 15. Februar, statt. Die Anmeldungen haben bis zu diesem Termine zu erfolgen und werden vom Leiter der Schule, Herrn Mittelschulrektor Trimpop, entgegengenommen.

Berichtigung

In unserer letzten Montagsausgabe brachten wir im politischen Teil das endgültige Ergebnis der Gemeindewahlen in Lippe. Leider hatte sich in diese Meldung ein Druckfehler eingeschlichen und zwar war die Stimmenzahl der Sozialdemokraten mit 44 620 angegeben, während sie in Wirklichkeit nur 24 620 beträgt.

Fünf Stück Vieh durch elektr. Strom getötet

Das Elektrizitätswerk Berggeist in Düsseldorf-Reisholz schreibt uns: Zu der Notiz in Ihrer Zeitung Nr. 9 gestatten wir uns, Ihnen folgende Berichtigung zu übermitteln:

Großer Schaden durch Schwarzarbeit in einer elektr. Anlage!

Die nähere Untersuchung in der Anlage des Herrn Peter Selbach in Kalmünten bei Odenthal, in welcher 4 Kühe und 1 Jungvieh durch elektrischen Strom getötet wurden, hat ergeben, daß eine Nachinstallation ausgeführt wurde, bei welcher die Sicherheitsvorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker in gröbster Weise verletzt wurden und die auch dem stromliefernden Elektrizitätswerk trotz bestehender Vorschriften nicht gemeldet wurde. Die Nachinstallation ist ausgeführt worden durch einen Schwarzinstallateur, d. h. durch einen Arbeiter, dem mangels genügender Vorbildung oder aus anderen Gründen eine Konzession zur Ausführung elektrischer Anlagen im Anschluß an öffentliche Elektrizitätswerke nicht erteilt wird. Drei Wochen vor dem Unglücksfall erlitten die Kühe schon einmal einen leichten Schlag, der aber nicht tödlich verlief und als der Anlagenbesitzer sich damals an den Schwarzarbeiter wendete und ihn fragte, ob er den Fall nicht dem Elektrizitätswerk melden müsse, erhielt er den Rat, von einer Meldung Abstand zu nehmen, dem leider Herr Selbach Folge leistete.

Preisschilder und Preisverzeichnisse

Die Solinger Industrie- und Handelskammer weist darauf hin, daß am 18. Januar die Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung über Preisschilder und Preisverzeichnisse in Kraft getreten ist. Danach ist derjenige, der die nachstehend aufgeführten Waren in Läden, Schaufenstern, Schaukästen, auf den Wochenmärkten, in der Markthalle oder im Straßenhandel sichtbar ausstellt oder anpreist, verpflichtet, die Waren mit Preisschildern zu versehen, aus denen der genaue Preis je Pfund sowie die handelsübliche Qualitätsbezeichnung der einzelnen Waren ersichtlich ist. Soweit das Pfund als Verkaufseinheit nicht handelsüblich ist, kann die Preisauszeichnung nach Stück oder nach einer anderen handelsüblichen Verkaufseinheit erfolgen. Es handelt sich um folgende Waren: Weizenmehl, Roggenmehl, Grieß, Graupen, Haferflocken, Nudeln, Grütze, Makkaroni, Reis, Erbsen, geschält oder ungeschält, Bohnen, Linsen, Zucker, Eßkartoffeln, Salzheringe, Schweineschmalz, Butter, Margarine, Kokosfett, Kunstspeisefett, Käse, Kakao, Bohnenkaffee, Malzkaffee, Kornkaffee, Obst, Gemüse. Wer diese Waren im Kleinhandel absetzt, ohne sie sichtbar auszustellen, hat in seinen Läden, Schaufenstern, und Schaukästen und an seinem Verkaufsstand für die nicht ausgestellten Waren gut sichtbar ein Preisver-

Deutsche Not, deutsche Hoffnung

Die Deutsche Welle begann mit einem Vortrag, den Exzellenz Oskar von Miller, der Schöpfer des deutschen Museums in München hielt, eine neue Vortragsreihe, mit der sie an die im Vorjahr gebotene Serie „Im Kampf gegen die Krise" anknüpfte. Wie damals versucht wurde, durch den Rundfunk gegen das in der Notzeit aufkommende Gefühl des Pessimismus anzukämpfen, so wird auch die neue Vortragsreihe „Deutsche Not, deutsche Hoffnung" bemüht sein, den Hörern das Lebensvertrauen zu stärken. Oskar von Miller fand in seiner ganz persönlich und menschlich starken Ansprache die rechten Worte, mit denen er die Gegensätze der Weltleistungsfähigkeit und der herrschenden gegenwärtigen Weltnot kennzeichnete. Für den deutschen Menschen forderte er Opferwilligkeit, Gemeinschaftssinn und die Abkehr von der partei-politischen Zerrissenheit. Ein im Aufstiegswillen einiges Volk muß die Krise der Wirtschaft und damit die schwere Zeit der Volksnot überwinden können.

Am 21. Januar wird mit einer Ansprache des Wirklichen Geheimen Rates Oberpräsident a. D. von Batocki die Vortragsreihe fortgesetzt werden. Am 23. wird Dr. Hugo Eckener, der durch seine Arbeit so viel für Deutschlands Weltansehen geleistet hat, und am 25. wird der Philosoph Eduard Spranger sprechen. Die Reihe wird fortgeführt durch den süddeutschen Bauernführer Georg Heim und Theodor Leipart, den langjährigen Vorsitzenden des deutschen Gewerkschaftsbundes.

Repräsentative Männer aller geistigen Richtungen werden also im Rahmen dieser Vorträge zu Worte kommen.

Bemerkungen zur Berufswahl

Die Frage der Berufswahl für die zur Entlassung kommenden Schüler wird in den nächsten Wochen ernsthaft geprüft werden müssen. Für Eltern, die für ihre Söhne den Kaufmannsberuf bereits in die engere Wahl gezogen haben, dürfen einige aufklärende Hinweise auf diesen Beruf sicher interessant und wertvoll sein.

Zur Ergreifung des Kaufmannsberufes bedarf es einer gewissen Qualifikation. Folgende zehn Gebote wurden von einem Berliner Berufsberatungsamt zusammengestellt: Kaufmann soll werden, wer diese zehn Bedingungen erfüllt:

der geistig beweglich ist und schnell auffaßt,
der fehlerlos schreibt und sicher rechnet,
der eine schöne Handschrift besitzt,
der aufmerksam und pünktlich ist,
der schnell und sicher antwortet,
der ein sauberer Junge ist,
der ein flinker, fixer Kerl ist,
der ehrlich und zuverlässig ist,
der ein anständiges, höfliches Wesen hat,
der mit offenen Augen durch die Welt geht.

Wenn jemand die vorgelegte Frage, ob er diese zehn Gebote erfüllt, nach reiflicher Selbstprüfung und Ueberlegung bejahen kann, dann steht nichts im Wege, den Kaufmannsberuf zu ergreifen.

Eine wichtige Frage ist die der Vorbildung und der körperlichen Voraussetzungen. Oftmals wird die sehr irrige Auffasung vertreten, daß ein körperlich schwacher Junge für die Tätigkeit im Büro usw. am besten in Frage kommt. Diese Auffassung ist falsch, denn die vorwiegend sitzende Tätigkeit im Büro, die Arbeit in einem geschlossenen Raum und das Stehen im Laden stellen hohe Anforderungen an den Körper des jungen Menschen. — Wenn der Eintritt in den Kaufmannsberuf auch an eine bestimmte Art der Schulvorbildung nicht gebunden ist, so ist doch ein abgeschlossener Schulbesuch unbedingt notwendig, d. h. der erfolgreiche Besuch der obersten Klasse einer Volks- oder Mittelschule. Schüler höherer Lehranstalten müssen das Zeugnis für die Obersekundareife erworben haben, denn die Anforderungen, die an einen Kaufmannsgehilfen gestellt werden, sind gegenüber früheren Jahren sehr gestiegen.

Zusammenfassend kann bemerkt werden, daß sich der Interessent für die Ergreifung des Kaufmannsberufes reiflich überlegen soll, ob er die hier aufgeführten Voraussetzungen für einen beruflichen Erfolg besitzt. Kann diese Frage mit gutem Gewissen bejaht werden, dann wird der Kaufmannsberuf dem jungen Menschen auch heute noch eine gute Existenzmöglichkeit bieten.

Die Geschäftsstelle Köln, Göbenstraße 10, des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes hat zur Beratung aller mit der Berufswahl zusammenhängenden Fragen besondere Sprechstunden, Dienstag und Freitag zwischen 17—19 Uhr, eingerichtet. Allen Eltern, deren Söhne Kaufmann werden sollen, empfehlen wir die Benutzung dieser kostenfreien Einrichtung sehr.

Geringe Bierpreissenkung

Wie wir erfahren, hat der Preiskommissar auf Grund seiner Verhandlungen mit den Brauereien angeordnet, daß der Bierpreis ab 1. Februar um 2 Mark je Hektoliter Vollbier gesenkt wird, also von 49,85 auf 47,85 Mark. Der Ausschankpreis soll eine entsprechende Senkung erfahren.

Die Russen zu Bourscheid

(Aus dem Bergischen Volksboten, Jahrgang 1871)

Die Schlacht bei Leipzig am 18. Oktober 1813 war vorbei, deren Donner bis in die östlich ziehenden Thäler der Eifel ertönte, und ebenfalls bei Dierath gespürt wurde. Napoleon mußte zum Rhein zurück, und sein Bruder Hieronymus, der König von Westfalen, war Ende Oktober gezwungen, seinem himmlischen Leben zu Wilhelmshöhe und Kassel zu entsagen, und nach Köln zu flüchten, wo er am 3. November ankam. Die Reiterei, welche ihn begleitete, sandte er zurück, welche am 3. November durch Kaltenherberg aufwärts zog. Die letzten Franzosen zogen am 7. November aus Solingen, nachdem sie die dasigen Einwohner sehr bedroht hatten.

Eine große Abtheilung Russen näherte sich über Neustadt, Wipperfürth und Hückeswagen dem Rhein. Sie war irrig gelockt worden, indem sie über Siegen nach Frankfurt bestimmt war. Es war am Samstag den 13. November zwischen 5 und 6 Uhr Abends, wo gerade ein wässeriger Schnee fiel. Da rückten 1100 russische Infanteristen von der genannten Abtheilung in's Dorf. Den Einwohnern war befohlen worden, eine Leuchte an ihrer Hausthür anzubringen, um die Nachbarschaft zu erhellen. Sie waren über die Menge der Soldaten erstaunt. Einige ergriffen die Flucht; jüngere Frauenzimmer machten sich aus dem Staube. Alle Häuser waren von diesen Gästen überfüllt. Die meisten Soldaten drängten sich beim Metzger Wilhelm Sauer zusammen; dort, wo jetzt Hr. Balthasar wohnt, (heute Schneidermeister Robert Erlenköser). Es waren ihrer 128 Mann. Das Haus schien eine russische Herberge zu sein. Später wurden Stube, Kammer, Vorhaus und Söller mit Stroh belegt, auf welchem die Söhne des Nordostens sich ausstreckten. Ungefähr 300 wurden zu Rötzinghofen, Kemershelde, Repinghofen, Hiddinghofen usw. untergebracht.

Das Gewirre im Dorfe war groß. Es handelte sich vor allen Dingen um die Sättigung dieser Menschenzahl. Gleichsam mit Dampfesschnelle mußte gearbeitet werden. Die Gärten lieferten den Einwohnern Kappusköpfe. Diese wurden summarisch mit Haut und Haar, mit Allem was darin lebte und webte, in den Stoßtrog gestürzt. Das Stoßmesser wurde tapfer gehandhabt, bis die Köpfe so weit zertheilt waren, daß ihre Theile eben in den Mund passiren konnten. Der große „Muhrpott" nahm das Ganze auf. Dieser mußte auch bei vielen Einwohnern die Erdäpfel mundgerecht machen, die eben abgewaschen und in ihren Röcken ihm anvertraut wurden. Kaum hatten die Sachen eine Zeitlang gekocht, da griffen schon einige das halbgahre Zeug heraus. Der eingemachte Kappus wurde von ihnen aus der Tonne gegessen. Einige bissen in einen „Butterklutten", Andere kniffen ein großes Stück mit den Fingern ab und steckten es in den Mund, noch Andere tauchten mit einem Löffel in das „Krükchen" und führten es sich zu Gemüthe, ohne sammt den Vorigen, an den dazu nöthigen Begleiter zu denken.

Bevor es aber zum Einhauen gekommen war, mußten die Einwohner ihnen mit ihrem Göttertranke „Wuttka" (Branntwein) aufwarten und ihre Kehle naß halten. Hier half kein Kafüppchen oder Vögelchen; nur hohe irdene oder steinere Gefäße mit weiter Mündung konnten gebraucht werden. Sie waren bald leer. Es dauerte nicht lange, da saßen schon alle Wirthe des Dorfes auf dem Trocknen. Sie waren gezwungen beim Johann Paas zu Hamberg, einem „Fusselsstöcher", neuen Vorrath holen zu lassen. Das Brod ging ebenfalls zur Neige. Die nächsten Müller waren ausgekauft; die zum Schüddig und Wersbach mußten in Anspruch genommen werden.

Viele Soldaten hatten schlechtes Fußzeug oder liefen barfuß einher. Daher suchten sie dergleichen den Einwohnern abzunehmen. Holzschuhe, Schuhe und Stiefel waren ihnen willkommen. Dabei gab es oft komische Scenen. So wollte ein Herr Blissenbach von Kriesberg sich einmal die Söhne des Nordens ansehen. Kaum war er aber bei Sauer eingetreten und hatten sie seine Stiefel wahrgenommen, da wurde er gleich von drei Russen ergriffen. Wie der fromme Joseph von Potiphar's Weibe, so riß sich Blissenbach auch aus ihren liebevollen Armen, indem er einen Flügel seines Rockes in ihren Klauen ließ. Ein Unterlehrer des Schullehrers Rauh, Namens Haag, hatte eben guten Abend gesagt: da ergriffen ihn schon vier Russen, setzten ihn auf die Treppe nieder und zogen ihm seine Stiefel aus. „Ein Hesse-Friddrich" hatte mehrere Soldaten im Quartier, wovon zwei seine Füße ergriffen, um ihm seine Stiefel auszuziehen, während er auf dem Boden lag. Da er aber die Füße hakenförmig bog, so war das nicht möglich. Dann versuchten es Andere. Dabei wurde er wiederholt aus der Stube in's Vorhaus und wieder zurück geschleift, obschon er ihnen zurief: Donnerkihl, sie gonnt nit uhß! was seine Gäste aber nicht verstanden. Er behielt aber seine Stiefel. Bei einem andern Besuche der Russen wünschte Hölzer zum Büchel, welcher später im Dorfe wohnte, dieselben einmal zu sehen. Um vor ihnen stattlich zu erscheinen, zog er seine Stiefel an. Kaum hatte er sich aber dem Dorfe genähert, da wurde er schon von zwei Russen willkommen empfangen. Sie setzten ihn auf die Erde und zogen ihm die Schusters-Rappen aus. Seiner Frau stand der Verstand still, wie sie ihn bei der Kälte als barfüßiger Pilger, im Schnellschritt, wieder nach Hause kommen sah.

Andere Russen waren bis Bettenhenne vorgerückt. Da der hiesige Kommandant an den dasigen Befehlshaber, der dort lag, in der Nacht noch zwei Soldaten zu senden hatte, so wurden Heinrich Liesendahl zu Rötzinghofen und Mebus zu Massiefen mit ihren Pferden in's Dorf geboten. Der Letztere sandte damit seinen Eidam Peter Johann Fritz. Die Soldaten bestiegen die beiden Pferde und beide Männer schritten vor ihnen her. Diese glaubten ihre Sendung abkürzen zu müssen. Im Blechener-Siefen angekommen warfen sie daher die Soldaten von den Pferden, und zogen mit diesen wieder nach Hause. Sobald aber davon die Nachricht im Dorfe angelangt war, ließ der Kommandant den Wirth Richartz in strengen Arrest nehmen. Der Polizeidiener Röthgen wurde hart geschlagen. Gleich wurden Soldaten nach Massiefen und Rötzinghofen geschickt, wo beide Wegweiser sich vorfanden und festgenommen wurden. Liesendahl entsprang aber aus dem Arreste bei Peter Johann Funke an der Kirchen-Roster, und lief

Unser neuer Roman

Im Gutshaus von Mahlow

In vorliegender Ausgabe beginnen wir — nach dem vollendeten Abdruck des mit großem Beifall aufgenommenen Kriminal-Romans „Der Herr von Chicago" — mit dem Gert Rothberg-Roman „Im Gutshaus von Mahlow".

Er schildert das Schicksal der Familie Mahlow, das nicht alltäglich ist. Die Familie Mahlow sind Menschen, die sich allen Gefühlen mit größter Leidenschaft hingeben. Ihre Liebe kennt keine Grenzen, aber sie gehen auch dem Leid, den Entbehrungen, den Entsagungen nicht aus dem Wege. Schicksalsschläge treffen sie mit doppelter Gewalt. Zähneknirschend richten sie sich wieder empor. Insbesondere Dorette und Horst sind Menschen, wie man sie selten trifft. Gert Rothberg stellt die Personen und die Vorgänge auf Mahlow so farbenfreudig dar, daß es uns ist, als sähen wir die Menschen leibhaftig vor uns.

Wir hoffen, daß auch dieser Roman den gleichen Beifall findet, wie unsere vorherigen Romane.

---

zeichnis anzubringen, das den für die Preisschilder aufgestellten Erfordernissen entspricht. Käse unterliegt den Vorschriften dieser Verordnung nur hinsichtlich der wichtigsten Sorten. Maßgebend hierfür sind die örtlichen Verhältnisse; im Zweifel werden die einzelnen Sorten durch die von den obersten Landesbehörden zu bestimmenden Stellen festgesetzt.

Behandlung aufgefundener Luftballone mit wissenschaftlichen Apparaten

Zur Sicherung der Luftfahrt und zu wissenschaftlichen Zwecken werden von verschiedenen metereologischen Instituten im Deutschen Reich mittels Ballone und Drachen Instrumente aufgelassen, die die Temperatur und andere Wetterelemente selbsttätig aufzeichnen. Die Finder solcher Ballone oder Drachen mit Registrierinstrumenten werden gebeten, die an denselben befindlichen Anweisungen genau zu befolgen. In diesen Anweisungen ist stets die Drahtanschrift oder der Fernruf des in Frage kommenden Instituts angegeben. Dem Finder werden die Unkosten für die Benachrichtigung erstattet. Bei richtiger Behandlung der Instrumente, die genau angegeben wird, erhält der Finder außerdem eine Belohnung.

Die Ballone, Drachen, sowie die mitgeführte Apparatur sind Staatseigentum. Böswillige Beschädigung oder Entwendung wird strafrechtlich verfolgt.

Rundfunk und Lichtbild

Einen überaus interessanten Versuch unternimmt, wie die „K. Z." berichtet, am 22. Januar um 15 Uhr der Westdeutsche Rundfunk, der im Auftrage des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen einen Vortrag von Tierzuchtdirektor Dr. Pflaumbaum-Bonn sendet. Die Rede wird in den verschiedenen Lokalen, in denen die einzelnen Kreisvereine dieser Organisation tagen, durch Rundfunk vermittelt und nach vorher festgelegten Anweisungen durch Lichtbilder erläutert. Die technische Schwierigkeit, die dieser Versuch bietet, liegen also nur in der gegenseitigen Abstimmung von Bild und Rede.

Man kann jetzt nach Bulgarien telephonieren

Am 11. Januar ist der Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und Bulgarien aufgenommen worden. Zum Sprechverkehr sind alle deutschen Orte, auf bulgarischer Seite vorerst nur die Hauptstadt Sofia zugelassen. Vermittelt werden außer gewöhnlichen und dringenden Privat- und Staatsgesprächen Monatsgespräche in der verkehrsschwachen Zeit, V- und XP-Gespräche, Festzeitgespräche, dringende Luftgespräche und Auskünfte. Für ein gewöhnliches Gespräch von 3 Minuten Dauer zwischen der 1. deutschen Zone und Sofia werden 10,80 RM erhoben. Für jede weitere deutsche Zone erhöht sich die Gebühr um 0,50 RM. Die weiteren Einzelheiten sind beim zuständigen Fernamt zu erfragen.

Er fand sich wieder ein

Leichlingen, 20. Jan. Der seit acht Tagen vermißte Kellnerlehrling H. hat sich wieder daheim eingefunden, nachdem er acht Tage lang umhergebummelt und seine Eltern in große Aufregung gebracht hatte. Der bereits seit vierzehn Tagen vermißte Arbeiter Albert H. ist noch nicht aufgefunden worden. Es wird mit Bestimmtheit Freitod vermutet.

Aufgeklärte Diebstähle

Wermelskirchen, 20. Jan. Im Laufe dieses Monats machten eine Anzahl Ladeninhaber der Innenstadt die Wahrnehmung, daß ihnen tagsüber wiederholt Waren aus dem Laden gestohlen wurden, ohne daß es ihnen jedoch gelang, den Dieb oder die Diebe zu ermitteln. Jetzt ist die Sache geklärt worden. Es handelte sich um eine aus acht Schülern von hier bestehende Bande, die sich auf dem Gebiete „betätigten". Sie gingen folgendermaßen vor: Zwei oder drei von den Burschen gingen in ein Geschäftshaus, fragten um eine leere Kiste oder einen Karton. Während nun die Geschäftsleute nachsahen, benutzten die Betreffenden die Gelegenheit, von den im Geschäft ausgelegten Sachen zu stehlen. Die Burschen wurden immer dreister. Waren es anfangs Naschereien, so stahlen sie später auch wertvolle Sachen. Zum Glück hat man der Gesellschaft beizeiten das Handwerk gelegt, es wäre sonst vielleicht viel Unheil entstanden.

Aus der Gemeinde Odenthal

Jünglingsverein von Altenberg feiert sein Winterfest in neuzeitlicher Art

Der katholische Jünglingsverein von Altenberg beging im Saale Baumann zu Eichholz sein diesjähriges Winterfest und gestaltete es in neuartig interessanter Weise zu einem bunten Abend lustiger Art, worin neue Formen echter Jugendfreude in Theater, Gesang, Volksreigen und Volkstänzen gezeigt werden sollten. Aus dem ganzen Pfarrbezirk diesseits und jenseits der Dhünn war man recht zahlreich der Einladung der Jünglinge gefolgt.

Zu Beginn der Veranstaltung entbot der Präfekt, Herr Johann Müller, Kochshof, allen Erschienenen einen herzlichen Willkommen und begrüßte mit aufrichtiger Freude den Präses des Vereins, Herrn Pfarrer Mäurer, sowie Herrn Bürgermeister Brochhagen, Odenthal, und die Lehrerschaft des Pfarrbezirks, weiter Herrn Lehrer Heinemann, Odenthal, für dessen vielseitiges Können, das er dem Vereine widme, der Verein zu besonderem Danke verpflichtet sei. Herr Pfarrer Mäurer verbreitete sich in einer Ansprache über seine Einstellung zu dem Vereinsleben in einem Jungmännerverein. Nicht griesgrämig und kopfhängerisch wolle er den katholischen Jungmann sehen, sondern stark mit Glauben und Hoffnung und gewappnet, die Schwierigkeiten des Lebens zu überwinden, die Zeit zu meistern, die Lebensstürme zu überstehen. Weiterhin gab er einen Ueberblick über das Programm des Abends, das ausschließlich auf lustige Geschichten eingestellt sei und neben Gesang sinnvolle Reigentänze bringen werde.

In abwechslungsreicher Reihenfolge gab es nun Musikvorträge, ein- und mehrstimmige Lieder und zwei einaktige Lustspiele, 1. Schäl vor Gericht, 2. Schäl als Kurpfuscher. In diesen Stücken waren die Rollen so glücklich den Darstellern auf den Leib geschrieben und wurden Dank guter Vorbereitung so drollig in der Mundart gegeben, daß des Lachens schier kein Ende war. Den jugendlichen Spielern die nötigen Gesichter zu geben, das hatte Herr Johann Förster, Schmeisig, recht meisterhaft verstanden, und das trug wesentlich zu den Heiterkeitserfolgen bei. Die Gesangabteilung des Jünglingsvereins unter der geschickten Leitung von Domorganist Herrn A. Piel verstand es, zu rechter Zeit und in rechter Art mit volkstümlichen Liedern Abwechslung zu bringen. Drei Musiker für Geige, Klavier und Cello unter Leitung des Violinisten Herrn Josef Hambüchen, Bömerich, sorgten für angenehme musikalische Umrahmungen. Sehr gut gefielen und wurden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt die schönen Reigen- und sinnvollen Tanzspiele, ausgeführt von Jungmännern und Mädchen. Gerade diese Aufführungen hoben das Fest in vortrefflicher und vorteilhafter Weise vor Veranstaltungen früherer Jahre hervor und entlockten dem Munde der Besucher des Abends den Ausruf: Einen so schönen Abend haben wir bei den Jünglingen noch nicht erlebt. Das betonte in seiner Ansprache auch Herr Bürgermeister Brochhagen und bemerkte, daß es ihn nicht gereue, aus der Zahl der Einladungen für diesen Sonntag, die der Altenberger Jünglinge angenommen zu haben und erklärte weiter, daß der Verein richtunggebend unter vortrefflicher Leitung stehe und er ihm ein weiteres Blühen und Gedeihen wünsche. Mit dem gemeinsam gesungenen Liede „Kein schöner Land" schloß die glänzend verlaufene Veranstaltung.

Eine aufregende Kunde für Landwirte

Vor einigen Tagen revidierte der Herr Kreisarzt im nahen Schickberg und Kleingrimberg die Viehställe und stellte bei den Landwirten Tillmann in Schickberg und Neuhaus in Kleingrimberg die mit Recht gefürchtete Maul- und Klauenseuche fest. Da die beiden Landwirte auf Frischmilchverkauf eingestellt sind und einen großen Viehbestand haben, ist der Schaden sehr empfindlich. Hoffentlich wird die Seuche durch Befolgung der ärztlichen Anordnungen gehemmt und kommt bald zum Erlöschen.

---

auf's Möschen-Kämpchen zu. Der Andere wurde von den Russen als Geißel auf dem Rückmarsche über Wipperfürth mitgenommen Bei Rümbrecht entfloh er aber unter dem Beistande eines Freundes durch das Loch eines Kellers, in welchen man ihn eingesperrt hatte und bewachen ließ. Am 18. November kam er ohne Stiefel wieder zu Hause an.

Die Russen waren Naturkinder. Was sie sahen und gebrauchen konnten, wollten sie haben. Daher entwendeten sie den Einwohnern viele Sachen. Der „Krämer-Noltes" zu Wermelskirchen hatte einen Sack mit Strümpfen im Dorfe stehen, die man ihm alle mitnahm. Der Schuster P. J. Liesendahl verlor viel Leder. Der Pastorshalfe hatte 15 Mann gehabt, die dem Pastor einige Sachen mitnahmen. Man sah einen Offizier seine Nase in das Tischtuch schneuzen. Viele Einwohner fanden nach ihrem Abzuge, daß es Vögel gewesen, die nicht gewohnt waren, ihr Nest rein zu halten, weßwegen sie die Schaufel zur Hand nehmen mußten.

Am Sonntag-Morgen zogen die Truppen ab. Es herrschte Brodmangel. Am 19. November wurden 49 russische Dragoner und Kosacken im Dorfe einquartirt. Es waren hier noch mehrmals Russen einquartirt. Zuletzt kamen am 1. März 1814 3000 Infanteristen von Wermelskirchen herunter, von welchen 1000 an der Straße und im oberen Kirchspiel übernachteten. Diese waren sehr unrein und nahmen den Einwohnern viele Sachen mit. Ein Einwohner zu Hürringhausen, der sich an einem Russen vergriffen, wurde ebendaselbst bei Herbert Willms eingesperrt. Andere Einwohner befreiten ihn aber wieder.

Einmal drohte ein mit einem Messer bewaffneter Russe dem Adolf Schmitz im Dorfe, ihm den Hals abzuschneiden. Da ein paar Einwohner gegenwärtig waren, wurde derselbe beim Kommandanten verklagt. Dieser ließ ihm dann am anderen Tage im Hofe des Rütger Schmitz neben der Kirche, 50 Hiebe geben. Weil ein Soldat nicht tüchtig zuhieb, erhielt er einen Hieb mit dem Säbel, worauf ein anderer an seine Stelle treten mußte.

Eines Tages (12. Februar 1814) rollte um 11 Uhr Vormittags der Donner von Geschützen vom Rheine her, über die Höhen von Burscheid hin. Die Franzosen vernichteten nämlich mit 41 Schüssen eine von den Verbündeten zu Wiesdorf errichtete Schiffbrücke. Man hatte in der vorhergehenden Nacht begonnen dieselbe zu errichten, wobei auch hiesige Einwohner helfen mußten. Durch das Klirren der Eisschollen an die Nachen, waren die französischen Zollwächter aufmerksam geworden, und setzten den Kommandanten der Dragoner zu Merkenich davon in Kenntniß.

Gegen 9 Uhr Morgens war die Brücke beinahe fertig. Gegen 11 Uhr kamen sechs Geschütze von Köln, wo General Sebastiani kommandirte, an, die auf dem halben Wege zwischen dem Dorfe und dem Rheine aufgestellt wurden. Die Brücke wurde innerhalb einer Viertelstunde zusammengeschossen. Dann begann das Schießen auf Wiesdorf selbst, wodurch dort viel verdorben wurde. Ein Haus und zwei Scheunen geriethen in Brand. Ein Kosack wurde mitten im Dorfe getödtet. Eine Ecke des Kirchthurms wurde so stark verletzt, daß man durch das Gemäuer sehen konnte. Die Einwohner flüchteten mit ihrem Vieh und der übrigen Habe aus dem Dorfe landeinwärts.

Sowohl vor wie nach dieser Zeit hatten die Bourscheider das Vergnügen, das dasige Rheinufer in der Gesellschaft mit den Kosacken gegen die Franzosen bewachen zu müssen.

Das Wetter von heute und morgen

Fortdauer des beständigen, zeitweise nebligen Wetters, nur Tagestemperaturen über Null.



Auf der Karsten-Zentrums-Grube bei Beuten wurde heute früh der dritte Tote geborgen.

In Memmingen (Schwaben) verletzte am gestrigen Abend der Arbeiter Joos durch Messerstiche seine Frau, seine Tochter und seinen Sohn schwer. Nach der Tat versuchte Joos sich das Leben zu nehmen. Die Tochter ist bereits ihren Verletzungen erlegen. Der Grund zu der Bluttat scheint in Familienzwistigkeiten zu liegen.

Die französische Regierungspresse und ein Teil der gemäßigteren Blätter stimmen der Regierungserklärung Lavals rückhaltlos zu. Die Linkspresse zeigt sich über die unnachgiebige Haltung der Regierung wenig erfreut.

Lavals Erklärungen über die Tributfrage haben in der englischen Presse Enttäuschung hervorgerufen. In Londoner Citykreisen insbesondere verlangt man eine grundlegende Lösung der Schuldenfrage.

Die „Times" meldet, daß die Nachrichten über eine englisch-französische Einigung hinsichtlich einer Verlängerung des Zahlungsaufschubs um 6 oder 12 Monate verfrüht seien. Die Verhandlungen seien vielmehr noch in vollem Gange.

Im Haushaltsausschuß des polnischen Sejm wurden anläßlich einer Aussprache über die polnische Handelspolitik scharfe Zollmaßnahmen gegen Deutschland gefordert.

Der dänische Außenminister Munch hat in der „Politiken" Stellung gegen die deutsche Butterzollerhöhung genommen, die in ganz Dänemark starkes Befremden erregt habe.

Durch die Ueberschwemmungen in Wadheim (Norwegen) explodierte das Natriumlagerhaus der dortigen chemischen Fabrik. Menschenleben sind nicht zu beklagen, doch ist der Sachschaden sehr hoch.

Der Juristenausschuß in Madrid hat die Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit einer Jesuitenausweisung aus Spanien bejaht. Man vermutet, daß der Justizminister demnächst den Jesuitenorden auflösen wird.

In Peru ereigneten sich binnen 24 Stunden zwei Erdbeben. Ueber Menschenverluste und Sachschaden ist noch nichts bekannt.

Das Staatsdepartement hat den amerikanischen Botschafter in Paris ermächtigt, Laval mitzuteilen, daß die Vereinigten Staaten augenblicklich eine verbindliche Stellungnahme über eine Verlängerung des Schuldenmoratoriums ablehnten.

Aus Westdeutschland

Haussuchung bei der kommunistischen Arbeiterstimme

Solingen, 20. Jan. Die Redaktion der hiesigen kommunistischen Arbeiterstimme ist am Montag von einem großen Aufgebot Schutzpolizei- und Kriminalbeamten durchsucht worden. Die Haussuchung, die über vier Stunden in Anspruch nahm, förderte Schriftsätze und illegale Druckschriften zutage, die von der Polizei beschlagnahmt wurden. Zurzeit ist man damit beschäftigt, das umfangreiche Material zu sichten. Während der Durchsuchung der Redaktionsräume bildeten sich auf der Straße große Ansammlungen, die von einem Ueberfallkommando zerstreut wurden. Hierbei wurden zwei Personen zwangsgestellt, die Schmähruse auf die jetzige Regierung ausbrachten.

Schluß mit den Belästigungen

Solingen, 20. Jan. Da die fortdauernden Belästigungen der Arbeitswilligen der Firma Jagenberg in Papiermühle nicht aufhörten, hat sich die Firma veranlaßt gesehen, den Schutz der Polizei in Anspruch zu nehmen. Am Dienstagmorgen begab sich ein stärkeres Polizeiaufgebot zu einer größeren Aktion an den Tatort. Dabei wurden auch die umliegenden Berge, von denen aus die Fabrik und die Belegschaft mit Steinen beworfen worden waren, gründlich abgesucht. Leuchtkugeln und Spürhunde fanden bei der Polizeiaktion Verwendung, der auch ein gutes Ergebnis beschieden war. Nicht weniger als zwanzig Personen wurden festgenommen und in das Polizeigefängnis Solingen eingeliefert.

„Sie werden am Fernsprecher gewünscht!"

Gladbach-Rheydt, 20. Jan. Unter dem Vorwand, er werde am Fernsprecher gewünscht, wurde ein Mann von der Hofstraße zu einer Wirtschaft in der Nähe seiner Wohnung gerufen. Als er die Wirtschaft, die von einem Anruf nichts wußte, wieder verließ, fiel ein Mann hinterrücks über ihn her und schlug ihn zu Boden, wo er besinnungslos liegen blieb. Wie die Polizei hierzu mitteilt, ist der Täter bekannt.

Ein Nationalsozialist erschossen

Essen, 20. Jan. In den Abendstunden des Dienstags entstand in der Pferdebahnstraße zwischen mehreren Kommunisten und Nationalsozialisten eine Schlägerei, in deren Verlauf mehrere Schüsse fielen. Der 21 Jahre alte Nationalsozialist Arnold Guse erhielt einen Schuß in die Lunge. Auf dem Wege zum Krankenhaus erlag er seinen Verletzungen. Die Mordkommission leitete sofort umfangreiche Ermittlungen nach dem Täter ein. Eine Anzahl Personen sind noch in der Nacht ermittelt und sistiert worden.

Schöner Erfolg der Kölner Nothilfe.

Köln, 19. Jan. Die zweite Straßensammlung der Kölner Nothilfe hat dank der eifrigen Tätigkeit von 800 Sammlern den schönen Betrag von mehr als 6200 Mark ergeben.

Nächtliche Schießerei im Hofgarten.

Düsseldorf, 18. Jan. Nachts gegen zwei Uhr ist im Hofgarten ein Kaufmann von zwei Unbekannten beschossen worden. Die Täter haben den Kaufmann, der aus dem Stahlhelmheim kam, verfolgt und haben dann in der Mitte des Hofgartens aus allernächster Nähe aus einer Pistole drei Schüsse abgefeuert. Einer der Schüsse durchschlug den Mantel des Kaufmanns, ohne ihn jedoch zu verletzen.

Tragischer Tod eines greisen Schäfers.

Krefeld, 19. Jan. Ein 82jähriger Schäfer, der einen Trupp Schafe nach Linn trieb, wollte die Tiere vor einer herannahenden Straßenbahn in Sicherheit bringen, doch geriet er dabei unter den Straßenbahnwagen und wurde so schwer verletzt, daß er kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Das „verwandelte" Finanzamt.

Duisburg-Hamborn, 18. Jan. Einen üblen Scherz verübten unbekannte Täter am Finanzamt Hamborn. Das über der Tür befindliche Schild „Finanzamt" war mit einem gelben Plakat überklebt worden, das in roten, schwarz umrandeten Buchstaben die Aufschrift trug „Tributbank". Das Plakat wurde entfernt. Die polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet.

Polizeipräsident Dr. Wiesner verabschiedet sich von der Presse.

Recklinghausen, 19. Jan. Der scheidende Polizeipräsident Dr. Wießner hat an die Tagespresse des Präsidialbezirks ein Rundschreiben gerichtet, in dem er sich für die verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Polizei und Presse bedankt und bedauert, daß es ihm nicht möglich wäre, sich persönlich zu verabschieden.

Mordversuch am Ehemann.

Saarbrücken, 19. Jan. In Altenwald ist ein Ehemann einem furchtbaren Tod entgangen. Seine Frau hatte ihn, als er noch schlafend im Bett lag, mit Petroleum übergossen. Als sie nun mit einer brennenden Zeitungsfackel das Feuer entfachen wollte, erwachte der Mann und konnte im letzten Augenblick seiner Frau das brennende Papier aus der Hand schlagen.

Keine Zahlungseinstellung der Stadt Mülheim.

Mülheim-Ruhr, 19. Jan.

Zu einer in der Presse erschienenen Notiz, Mülheim habe die Zahlungen eingestellt, außer Unterstützungen, Gehältern und Handwerkerrechnungen, erklärt der Stadtkämmerer, die Meldung entspreche nicht den Tatsachen, denn die Stadt habe ihre Zahlungen an alle Privatgläubiger aufrechterhalten. Richtig sei nur, daß in Mülheim die Anforderungen der Wohlfahrtspflege so groß seien, daß sie auf die Dauer aus eigener Kraft nicht mehr aufgebracht werden können.

Begehrte Posten

Großer Andrang der Kandidaten für die saarländische Regierungskommission.

Saarbrücken, 19. Jan.

Wie aus Genf gemeldet wird, soll der Andrang für die durch den Rücktritt Wiltons und Vezenskys freiwerdenden Posten in der Regierungskommission des Saargebietes außerordentlich groß sein. Nach wie vor sei die Frage der Wahl eines englischen Mitgliedes in die Regierungskommission offen. Unter den zahlreichen Kandidaten werden neben dem Engländer Sir John Fisher-Williams das spanische Mitglied des Mandatsausschusses des Völkerbundes, Leopold Talasios und der Westschweizer Oberst de Reynier, der zurzeit Vorsitzender des Hafenausschusses von Danzig ist und früher Kommissar der Saar-Abstimmungsarchive war, genannt.

Das Recht der Wehrfreiheit

Aufrüstungskundgebung in Duisburg.

Duisburg, 19. Jan.

Der Duisburger Stahlhelm veranstaltete eine Aufrüstungskundgebung in der Städtischen Tonhalle, die kaum die Zahl der Teilnehmer zu fassen vermochte. — Der Hauptredner des Abends, Admiral a. D. Zenker, besprach das Thema

„Wehrhoheit und Rüstungsfreiheit"

Der Vortragende wies darauf hin, daß Deutschland mit seiner Forderung nach Aufrüstung bei den kommenden Verhandlungen in Genf auf den schärfsten Widerstand der anderen Mächte stoßen werde, Italien vielleicht ausgenommen. In der Hauptsache komme es auf die Wachhaltung des Wehrwillens an. Besonders wandte er sich an die deutschen Frauen, die den Schlüssel zum Herzen der Jugend hätten. Ein Volk, das sich nicht wehren will und kann, habe das Recht auf Freiheit und Ehre verwirkt. Da in Genf eine Abrüstung der anderen nicht zu erreichen sei, weil Frankreich seine schon vorhandenen Kriegswaffen nie verschrotten werde, so gebe es nur eins:

Wir erklären in Genf, daß wir uns die Wehrfreiheit wieder nehmen!

Bei dem dann tobenden Sturm heiße es, die Nerven zu behalten. Zum Schluß wurde eine Aufforderung an den Reichskanzler und den Reichswehrminister verlesen, in welcher auf die unwiderlegbaren Rechtsgrundlagen für die Forderung nach Gleichberechtigung Deutschlands hingewiesen wird.

Schmuggler auf der Flucht angeschossen.

Aachen, 19. Jan Zollbeamte verfolgten auf dem Wiesengelände bei Lichtenbusch eine größere Schmugglerbande, die trotz mehrfacher Anrufe zu entkommen suchte. Darauf machten die Beamten von der Schußwaffe Gebrauch. Einer der Fliehenden wurde durch einen Schuß in die Schulter getroffen. Seine Verletzungen werden als nicht lebensgefährlich angegeben.

Dr. Humann gestorben.

Aachen, 19. Jan. In Aachen starb der in kunstgeschichtlichen Kreisen hochgeschätzte Dr. e. h. Georg Humann im Alter von 84 Jahren.

Um Sebastiani

Jetzt stehen wir schon vor Sebastiani. Und wenn es einmal um diese Zeit ist, wenn der Frost- und Eismonat Januar zur Hälfte um ist, wenn wir erstmals die Zunahme des Tageslichtes deutlich spüren, dann soll, so erzählt man, der Winter auf seinem Höhepunkt angelangt sein. So soll es wenigstens früher, in der guten, alten Zeit, gewesen sein. Da knirschte und krachte der Schnee, wenn es auf Sebastiani zuging, da fesselte Kälte die Erde, dickrustige Eisblumen blühten an den Fenstern, und meterlange Eiszapfen hingen von den Dächern. Und wer genug hatte von Eis und Kälte, der frohlockte „endlich", wer aber nicht satt bekam an Schnee und Eis, der seufzte „leider", wenn Sebastiani, der Höhepunkt des Winters, anrückte.

Und diesmal? Ein Blick in den Kalender: Jawohl, es stimmt, Fabian und Sebastian stehen vor der Tür. Ein Blick auf das Thermometer: sechs Grad und noch mehr über Null. Ein Blick auf die Menschen: sie sonnen sich auf den Ruhebänken, schieben Kinderwagen hin und her, streifen die Handschuhe ab und knöpfen den Mantel auf. Ein Blick in die Natur: die Wiesen fangen an, grün zu werden, und auf den Bäumen schwatzt und scharmuziert es wie mitten im März.

Können wir da noch an einen grimmigen Winter glauben, wenn alles ringsum sich schon frühlingshaft gebärdet? Kann da der Winter noch seine Herrschaft aufrichten, wenn sein Nachfolger schon halb im Lande ist, oder ob es schon Frühling wird, trotz Sebastiani?

Irrungen sind es, Launen der Jahreszeit. Auch sie rächen sich. Meist dann, wenn wir nicht darauf gefaßt sind. Um so härter und herzloser empfinden wir dann die „Revanche".

Bonner Markt

Bonn, 19. Jan.

Es kosteten im Großhandel: Kartoffeln: Nieren 5,50—6, Oberländer Industrie 3,50—3,80, Industrie 3,20—3,50, Spätwirsing 2,5—3,5, Weißkohl 2,5—4, ausländ. 5—6, Rotkohl 3,5 bis 4, ausländ. 6—7, Blumenkohl, ausländ. 15 bis 30, Krauskohl 2,5—3, Rosenkohl 6—7,5, Knoblauch 60—80, Kohlrabi 3—4, Möhren 4—5, Karotten 3—4, Rettich 3—5, Meerrettich 20—30, weiße Rüben 3—4, Schwarzwurzeln 8—12, ausländ. 22—25, Spinat 2,5—3,5, Sellerie 5—15, Breitlauch, 2—4, Kopfsalat, ausländ. 10—20, Endivien 5—10, ausländ. 5—20, Feldsalat 10 bis 18, Zwiebeln 12—13, ausländ. 11—12, Palmsalat 18, Tomaten, ausl. 40—50, Aepfel, ausländ. 30—35, Eßäpfel 8—15, Kochäpfel 5—8, Apfelsinen 3—10, Bananen 26—30, Zitronen 3 bis 10, Walnüsse 25—50, Haselnüsse 45—50, Eier, je Stück 8¼—11, Molkereibutter 135—145, Landbutter 110—120.

Börsen Märkte Handel

Amtlicher Preisbericht der Kölner Produktenbörse.

Köln, 19. Jan.

Es bedeutet Rg.-Roggen, F.-Futter, W.-Winter S.-Sommer.

Weizen, rhein 71 Kg.	24.00		Weizenkl.	brutto mit Sack	8.75—10.75
Weizen, ausl.	30,00—31,00		Roggenkl.		8,25— 8,75
Roggen, rhein. 66—67 Kg.	21,50		Biertreber		11,75—12,50
			Leink. 38 Pr.		12,50—13,00
			Erdnußkm.		
Rg., rh. neu.E.	—		50 Prz.		13,00 13,25
Roggen, ausl.	22,75—23,25		„ 54 „		14,00—14,25
Hafer, hiesiger	14 25—15 25		Sonaschr.		
Hafer, nordd.	16,50—17,50		46 Prz.		11,50—11 75
Hafer, ausl.	—		Rapsk. 38 Prz.		9,00
F.-Gerste, ausl.	17,25—17,50		Palmkernk. los.		11,00—11,25
W.-Gerste, inl.	17.25—17,75		Trockenschn. l.		6,00— 6,50
S.-Gerste, inl.	17 25—18,00		Zuckerschn. los.		8,25— 9,00
Mais, grober	16,75—17,75		Rohmelasse		6,25— 6,75
Mais kleiner	18,25—18,50		Wiesenheu, inl.		
Weizenmehl, 70 Prz., inl.	32,50		lose neu		4,50—5,00
			gepreßt		
Rhein. Weizenbäckermehl m.			Kleeheu inl. lose neu		6,00— 7,00
Auslandswz.	34,50		gepreßt		
Roggenmehl 70 Prz.	30,75		auslandischer Roggenstr.		–
70 Prz. m. ausländ. Roggen	31.00		gepr. neu		2,10— 2,40
			Weizenstr.		
Roggenschrot, inländisches	25,25		gepr. neu		2,10— 2,40
ausländisch.	25.75		Haferstroh gepreßt	rhein. St.	1,70— 2,00

Stimmungsbericht. Geringes Angebot hatte eine kleine Preissteigerung zur Folge, die sich bei Getreide und Mehl besonders auswirkte. Während Futtermittel allgemein ihren Preisstand behaupteten, waren die Preise bei Trocken- und Zuckerschnitzeln etwas höher.

Massen von Kohlgemüse am Kölner Markt.

Köln, 19. Jan.

Der Hauptmarkt war wieder sehr reich beschickt. Allein aus der Neußer Gegend zählte man über 20 Wagen Kohlgemüse und nach 7 Uhr trafen noch mehrere Wagen Gemüse und Obst vom Bonner Markt ein. Da sich viele auswärtige Aufkäufer eingefunden hatten, setzte schon vor Beginn des Marktes ein lebhaftes Geschäft ein, das für einige Artikel wie Rosenkohl und Spinat eine kleine Preissteigerung brachte. Nachdem die Auswärtigen ihren Bedarf gedeckt, flaute das Geschäft wieder sehr ab und eine Räumung des Marktes erscheint fraglich. Auf dem Obstmarkt gibt es immer noch schöne Ware trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit. An den Fischständen war es still. Rheinfische sah man keine. Auf dem Geflügel- und Wildmarkt vollzog sich der Verkauf schleppend. Die letzten frischen Hasen waren angeboten, während es in den Kühlräumen noch viel Wild geben soll. Heute wurden in der Markthalle schon frische Pflaumen und Pfirsiche vom Cap der guten Hoffnung angeboten. Es kosteten im Großhandel: Kartoffeln, Industrie 3—3,30 Mark, Nieren 4,50—4,80 Mark der Zentner. Grünkohl 2—3, Rotkohl 3,5, Rosenkohl 5—7, Weißkohl 2—3, Wirsing 2—2,5, Spinat 4—6, Steckrüben 2—2,5, Zwiebeln 11—12, weiße Rüben 2,5—3,5, Möhren 2,5—3, Kettensalat 60 bis 80, Feldsalat 8—15 Pfg. das Pfund. Rettich 3—4, Meerrettich 15—30, Endivien 4—14, Selleriekollen 5—22 Pfg. das Stück. Schwarzwurzel 10—20 Pfg. das Gebund. Kochäpfel 6,5 bis 8, Eßäpfel 9—35, Birnen 10—20, Molkereibutter 120—135, Landbutter 110—120 Pfg. das Pfund. Eier 6¾—7½ Pfg. das Stück. — An Auslandswaren: Tomaten 40—50, Schwarzwurzel 22—25 Pfg. das Pfund. Endivien 15 bis 17, Kopfsalat 17—19, Blumenkohl 20—45 Pfg. das Stück. Zitronen, Kiste zu 150 Stück 7,50 bis 9 Mark, zu 300 Stück 10—13 Mark, Apfelsinen, Kiste 12—18, amerik. Aepfel, Kiste 11 bis 17, Almeria-Trauben, Faß 16—20, Birnen, Kiste 21—22 Mark, Ananas 80—90, Bananen 28 bis 30, holl. Aepfel 10, holl. Trauben 130, belg. 190—200, Haselnüsse 45—55, Walnüsse 25—45 Pfg. das Pfund. Datteln, Karton 60—70 Pfg.

Vom Lebensmittelmarkt

Essen, 19. Jan.

Das Kartoffelgeschäft verlief in Anbetracht der anhaltend milden Witterung bei verhältnismäßig geringer Nachfrage ruhig. Die etwas größeren Verladungen wurden ohne Preisdruck aufgenommen. Besonders das rhein. Oberland war zu Beginn vergangener Woche sehr abgabewillig, schränkte zum Schluß jedoch die Lieferungen merkbar ein. Aus Hannover-Altmark und Mitteldeutschland lagen nur vereinzelte Angebote vor. Das Exportgeschäft nach England ist erheblich abgeflaut. Der Saatkartoffelmarkt war bisher noch ohne nennenswerte Umsätze und dürfte erst Ende des Monats richtig in Gang kommen. Gefragt waren besonders Erstlinge, Böhms Allerfrüheste und Julinieren. Die Kartoffelpreise lagen unverändert und dürften auch weiterhin ihren stetigen Charakter beibehalten. Sie schwankten für Industrie fr. Ruhrst, von Hannover-Altmark zwischen 2,90 bis 3,00 Reichsmark, von Thüringen-Magdeburg zwischen 2,75 bis 2,85 Reichsmark und vom rhein. Oberland zwischen 2,75 bis 2,95 Reichsmark. Weiße Feldkartoffeln wurden stark gefragt, aber wenig angeboten.

Das Gemüsegeschäft

verlief unter Verbleib von Ueberständen schleppend. Selbst Kopfkohl konnte sich nicht ganz behaupten. Auch der französische und italienische Blumenkohl mußte zufolge stärkerer Zufuhr erheblich nachgeben. Das überreichliche Angebot von Rosenkohl konnte trotz stärkster Preisherabsetzung nicht abgesetzt werden. Aehnlich ungünstig war die Marktlage für Grünkohl. Die größeren Zufuhren von franz. Kopfsalat bedingten weichende Preise. Inländischer Endiviensalat geht zur Neige; entsprechend stiegen die Anlieferungen aus dem Ausland, namentlich von Italien. Feldsalat mußte bei stärkerem Angebot ermäßigt werden. Das Gleiche gilt in noch größerem Maße für Spinat. Kanarische Tomaten konnten sich befestigen. Das Wurzelgemüsegeschäft verlief gedrückt. Der Zwiebelmarkt wurde nach weiterer Befestigung wieder schwächer.

Auf dem Aepfelmarkt

zeigte sich für schönfarbiges Tafelobst eine leicht anziehende Tendenz. Das etwas geringere Angebot fand besseren Absatz. Die Preise sollten sich angesichts der jetzigen Versorgungslage und im Hinblick auf die festere Stimmung beim Apfelsinenmarkt allmählich auch weiterhin erholen. Amerikanische Aepfel fanden langsamen Abgang. Tafelbirnen blieben trotz geringen Angebotes vernachlässigt. Auch die amerik. Ware wurde langsam umgesetzt. Der Apfelsinenmarkt konnte sich infolge geringerer Anlieferung bei mittlerer Nachfrage befestigen. Das Mandarinengeschäft dürfte bald beendet sein. Tafeltrauben hatten schleppenden Absatz.

Das Angebot von heimischer Butter

war in Erwartung einer baldigen Zollerhöhung nicht mehr so dringend. Andererseits hatten die letzten starken Preisermäßigungen eine Belebung des Konsums zur Folge. Die Auslandszufuhren hielten sich im bisherigen Rahmen. Australische und argentinische Butter waren wenig angeboten. Holl. Ware kam wegen des höheren Preises nicht infrage. Auch die Umsätze in Randstaatenbutter blieben klein. Dagegen war die preiswerte sibirische Butter gut gefragt. Die weitere Entwicklung muß im Hinblick auf die großen, billigen Ueberseezufuhren und die starken Preisrückgänge auf allen Märkten weiterhin ungünstig erscheinen

Das Käsegeschäft

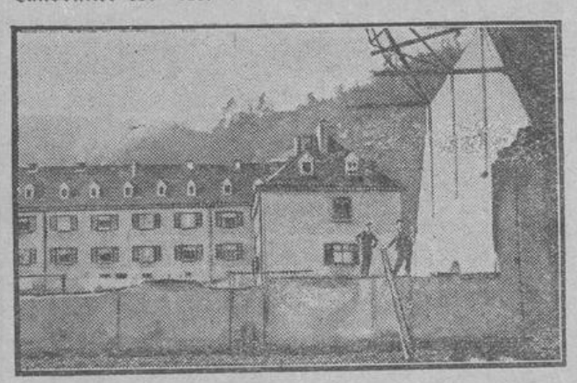
verlief bei weiterhin gedrückten Preisen unverändert ruhig. Nur in Holland konnte sich bei Gouda in Anbetracht der geringen Produktion und vor allem des guten Exportes nach Frankreich und England ein lebhaftes Geschäft bei erhöhten Preisen entwickeln. In Westdeutschland war die Nachfrage nach Gouda weiterhin sehr gering. Das dringende Angebot von Emmentaler fand trotz gedrückter Preise kaum Absatz. Tilsiter konnte sich bei teilweise etwas besserer Nachfrage behaupten. Limburger blieb nach wie vor gedrückt. Das Quarkkäsegeschäft verlief befriedigend. Speisequark fand gleichmäßigen Abgang.

Der Eiermarkt

lag bei etwas zunehmendem heimischen Angebot nicht ganz einheitlich. Während die kleineren Sorten sehr gesucht waren und schlanken Absatz fanden, verlief das Geschäft im übrigen ziemlich schleppend. Dementsprechend mußten auch die Preise erneut erheblich nachgeben, nur die kleinere Ware konnte sich einigermaßen behaupten. Die Anlieferung von holl. Frisch-Eiern war in schweren Sorten bei wiederum ermäßigten Preisen dringend. Die Marktlage muß angesichts der milden Witterung weiter unaünstig beurteilt werden.

Kölner Butternotierungen vom 19. Januar.

Butter (inländische) Erzeugerpreis ab Verladestation ohne Verpackung für 100 Kilogramm in Reichsmark: 1. Qualität 220, 2. Qualität 200. Tendenz: Stetig.



Deutsche Kasernen müssen abgerissen werden

In Trier werden jetzt auf Grund der Bestimmungen über die Entmilitarisierung der Rheinlandzone alle diejenigen Kasernen niedergerissen, die nicht einem rein wirtschaftlichen Zweck dienen. Unser Bilddokument gibt die Abbrucharbeiten in der Jägerkaserne VIII wieder, die neben anderen Gebäuden ein Opfer dieser unsinnigen Bestimmungen geworden ist



Albert der Große wird heilig gesprochen.

In der Privatbibliothek des Papstes überreichte der Kanzler der römischen Kirche, Kardinal Frühwirth (Mitte), einer Abordnung des Dominikanerordens die Päpstliche Bulle über die Heiligsprechung Alberts des Großen, der bekanntlich im 13. Jahrhundert als Dominikanermönch wirkte.

Diese Ausgabe umfaßt 12 Seiten

einschl. der Beilage „Aus dem Reiche der Frau"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Nr. 16 3. Blatt — Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Mittwoch, den 20. Januar 1932

Der gute Ton im Parlament

Drei bis vier Ordnungsrufe täglich.

Berlin, im Januar.

Der gute Ton in den Parlamenten läßt manches zu wünschen übrig. Die Präsidenten haben keinen leichten Stand, und ihre Glocke muß dauernd mahnend eingreifen. Ein Parlamentsstatistiker hat jetzt festgestellt, daß in der letzten Tagung des Reichstages, die sich über vier Tage erstreckte, insgesamt 16 Ordnungsrufe erteilt wurden und daß ein Abgeordneter auf zwei Tage von den Sitzungen ausgeschlossen werden mußte. Schon diese kleine Aufzählung zeigt, daß es oft recht hart zugeht im Reichshause. Die meisten Ordnungsrufe entfielen auf die Kommunisten, die mit besonderem Eifer scharfe Worte gebrauchen. Sie sind gern geneigt, den politischen Gegner als „Schwindler" und „Lügner" zu bezeichnen. Auch auf die religiösen Gefühle Andersdenkender nehmen sie keine Rücksicht. Hin und wieder lassen sie auch Sprechchöre mitten in der Sitzung auftreten, die den Ruhm der Sowjetunion verkünden. Gelegentlich wird auch ein donnerndes „Hoch" auf die russischen Machthaber von ihnen ausgebracht. Das Reichstagspräsidium ist dafür bekannt, daß es sehr milde mit diesen Störenfrieden umgeht und daß es sich mehr auf sanfte Mahnungen verlegt als auf eine scharfe Durchführung der Geschäftsordnung. Die größten Schimpfworte sind im Reichstagssaal schon gehört worden. Freilich wurden sie stets mit einem Ordnungsruf gerügt oder führten sogar zum Ausschluß des Uebeltäters aus der Sitzung. Die freundlichen Zurufe: „Aufgeblasener Frosch" oder „Unerhörte Frechheit" gehören schon zu den ganz milden Aeußerungen gegnerischen Zornes. Die neue bevorstehende Tagung des Reichstages wird sicherlich eine weitere Bereicherung der Liste derjenigen Ausdrücke bringen, die man nicht anwenden darf, ohne einen Ordnungsruf zu riskieren.

Im Preußischen Landtag liegen die Verhältnisse ähnlich. Dort wurden in der letzten Dezembertagung, die ebenfalls 4 Tage währte, neun Ordnungsrufe verteilt. Hier fielen liebenswürdige Bemerkungen wie „Gemeiner Schwindler", „Ehrloser Ehrabschneider", „Gesinnungslump", „Unverschämter Bursche". Ein Kommunist war sogar so unliebenswürdig, eine Kollegin aus einer anderen Fraktion als „Alte Hexe" zu bezeichnen. Als ein Abgeordneter in seiner Rede bemerkte, daß eine Schlachtsteuer geplant sei, rief ihm ein politischer Gegner zu: „Keine Sorge, die Ochsen werden ausgenommen!" Worauf der Redner dem Zurufer aber schlagfertig antwortete: „Deswegen sind Sie wohl so froh!" Dieses kleine Zwischenspiel glättete ein wenig die Wogen der sonst hochgehenden Erregung.

Des Landwirts Merkbuch

Wasser-Kläranlage.

Um das Regenwasser der Straßengräben klar in den Teich zu bringen, lasse man die offenen Gräben nicht im Teich ausmünden. Dies ist mit wenig Kosten zu erreichen. Legen Sie am letzten Ende der Gräben unter der Sohle, quer zu dieser, Dränageröhren. Diese Röhren müssen ziemlich dicht liegen, etwa alle zwei Meter, damit sie alles Wasser restlos aufsaugen können. Diese Saugröhren münden,, wie bei einer Entwässerungsanlage, in ein Sammelrohr, das parallel zum Graben läuft, und in den Teich mündet. So wird nur vollständig klares Wasser in den Teich gelangen. Die entstehenden Kosten werden gering sein, wenn man die jetzt fortfallende Arbeit des Ausschlämmens des Teiches abrechnet. Allerdings wird sich jetzt aller Schlamm im Graben ansammeln, so daß dieser des öfteren gereinigt werden muß, damit er stets größere Mengen Regenwasser aufnehmen und festhalten kann, bis die Röhren alles abgesogen haben.

Die besten Wiesengräser.

Als die besten Grasarten für Wiesen sind, nach Ober- und Untergräsern geordnet, folgende anzusprechen: Obergräser: Wiesenfuchsschwanz, Wiesenlieschgras (Timothy), Wiesenschwingel, Glatthafer, (französisches Raigras), Knaulgras. Untergräser: Goldhafer, Wiesenrispengras, Gemeines Rispengras, Deutsches Weidelgras (englisches Raigras) Weißes Straußgras (Fioringras), Kammgras, Rotschwingel.

Wildschaden in Wintersaat.

Im allgemeinen steht Rot-, Reh- und Schwarzwild jetzt an den wärmsten Ständen im Walddickicht. Doch streift Rotwild sehr weit, um auf Wintersaaten Aesung unter Schnee zu suchen, wird aber von solchen Streifereien abgehalten, wenn man Weichhölzer in nächstes Frühjahr zum Hieb kommenden Schlägen fällt (Espen, Vogelbeerbäume, Salweiden, deren Rinde und weiche Teile sehr gern angenommen werden). Das Reh wird mehr den Junghölzern — Buche ausgenommen — nachteilig als den Feldern, welche es erst im Sommer aufsucht, wenn es sich zum Schutz gegen beästigendes Ungeziefer in hohem Getreide niederläßt. Wo Sauen Standwild sind, muß auch ihnen nachgeholfen werden durch Schutten von Eicheln und Roßkastanien, Abfällen von Kohl und Rüben.

Erfrorene Runkelrüben.

Erfrorene Futterrunkeln lassen sich durch Einsäuerung sehr wohl in einen haltbaren Zustand überführen. Sie müssen jedoch vor dem Zerkleinern vom Schmutz befreit werden, desgleichen sind schon in Fäulnis übergegangene Teile zu entfernen. Die aufgetauten und so behandelten Rüben können dann in die Silokammer eingeschnitten werden, vorausgesetzt, daß der Silo dicht ist. Die Schnitzel werden fest eingestampft, um die Luft möglichst zu entfernen, und dann die Grube so hoch befüllt, daß noch eine etwa ein halbes Meter starke Spreuschicht aufgebracht werden kann. Hierauf kommt dann ein Bretterbelag, oder falls Sie eine Presse haben, der Preßdeckel. Ist keine Presse vorhanden, so beschwert man den Bretterbelag mit Steinen oder benutzt eine Lehmschicht.

Weißt du, wieviel Wagen fahren?

Der Verkehr auf den deutschen Landstraßen.

Die wachsende Bedeutung des Straßenverkehrs macht es erforderlich, ein klares Bild über Umfang und Art des Verkehrs zu erhalten. Und für die Aufstellung eines Straßenbauprogramms sind Verkehrszählungen eine unentbehrliche Unterlage. So hat denn der Deutsche Straßenbauverband in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. September 1929 die zweite deutsche Verkehrszählung veranlaßt, deren Ergebnisse er jetzt in einem umfangreichen statistischen Heft veröffentlicht.

Der Zeitraum von mehr als zwei Jahren zwischen der Zählung und der Veröffentlichung der Ergebnisse erklärt sich aus den außerordentlich umfangreichen Arbeiten zur Durchführung der Zählung, die sich auf 25 403 Strecken ausdehnt. Die Länge der von der Zählung erfaßten Straßen beträgt 132 601 Kilometer, von denen 55 953 Kilometer Staats- und Provinzialstraßen (alle Zahlen mit Einschluß Danzigs) sind. Natürlich ist nicht auf allen Straßen gezählt worden; allein als sogenannte Durchgangsstraßen kann man in Deutschland einschließlich der Ortsdurchfahrtsstraßen rund 200 000 Kilometer bezeichnen, zu denen noch die Stadt- und Landstraßen örtlicher Bedeutung kommen.

Durchschnittlich fahren an jedem Punkt des in der Zählung berücksichtigten Straßennetzes täglich 65 bespannte Fahrzeuge (135 Tonnen), 124 Krafträder und Personenkraftwagen (178 Tonnen), 27 Lastkraftwagen und außergewöhnliche Lasten (171 Tonnen), insgesamt 216 Fahrzeuge (484 Tonnen) vorbei. Die tägliche Transportleistung auf dem deutschen Straßennetz betrug 28,5 Millionen Fahrzeugkilometer und 64 Millionen Tonnenkilometer, das sind jährlich etwa 10,5 Milliarden Fahrzeugkilometer und 23,75 Milliarden Tonnenkilometer. Gegenüber 1924-25 hat der bespannte Verkehr um etwa 14 Prozent abgenommen, der Verkehr der Krafträder und Personenkraftwagen um etwa 15 Prozent und der der Lastkraftwagen und außergewöhnlichen Lasten um ungefähr 130 Prozent zugenommen, was einer Gesamtverkehrssteigerung um etwa 79 Prozent entspricht. Trotzdem ist die Zahl der Pferdefuhrwerke heute noch größer als 1913. — Den dichtesten Verkehr haben die Rheinprovinz und das Land Sachsen. Die am stärksten belastete Landstraße Deutschlands ist die Straße Köln—Bonn.

Eine Einbeziehung der Verkehrszählung in die Ergebnisse der Straßenfinanzstatistik, die von Preußen jetzt durchgeführt wird, gibt interessante Aufschlüsse über das Verhältnis des Verkehrs zu den Kosten des Straßennetzes. Für 103 574 Kilometer preußische Landstraßen (ohne Ortsdurchfahrtsstraßen) sind im Jahre 1929 insgesamt 363 Millionen Mark ausgegeben worden; davon für die laufende Unterhaltung 162 Millionen. Unter Berücksichtigung der niedrigen Verkehrsleistung auf den in diese Verkehrszählung nicht eingeschlossenen Straßen kann man annehmen, daß diese 363 bzw. 162 Millionen Mark Straßenbauausgaben für eine Verkehrsleistung von täglich 18,5 Millionen, also jährlich 6,8 Milliarden Fahrzeugkilometern, aufgewendet worden sind. Ein Fahrzeugkilometer erfordert danach einen Aufwand von insgesamt 5,5 Pfennig für Neubauten, Verbesserungen und laufende Unterhaltung bzw. einen laufenden Unterhaltungsaufwand von 2,5 Pfennigen. Der Aufwand für die Leistungseinheit je Fahrzeugkilometer wird um so geringer, je stärker der Verkehr auf der Straße ist, weil die Straßenkosten bei weitem nicht in demselben Maße wachsen wie der Verkehr zunimmt. So würde man z. B. bei einer Verdoppelung des Verkehrs, die nach der Verordnung ja ausschließlich durch Zunahme der straßenschonenden luftbereiften Kraftwagen herbeigeführt würde, nur noch mit einem laufenden Straßenunterhaltungsaufwand von etwa 1,5 Pfennigen je Fahrzeugkilometer zu rechnen haben. Der gegenwärtige Aufwand für Straßenunterhaltung in Höhe von 2,5 Pfennigen je Fahrzeugkilometer entspricht übrigens ungefähr der durchschnittlichen Ersparnis der Fahrzeuge an Betriebskosten, die durch eine Verbesserung des Straßennetzes erzielt werden kann. Selbst wenn die Benutzung der Landstraßen nicht zunehmen würde, so würde also der Verkehr und damit die Volkswirtschaft durch die Straßenverbesserungen so viel gewinnen, wie gegenwärtig die laufenden Straßenunterhaltungskosten ausmachen. Umgekehrt ergeben sich durch eine Verschlechterung des Straßenzustandes in entsprechendem Umfange unproduktive Mehrausgaben. Mit einer Anpassung des Straßennetzes an den modernen Verkehr sinken gleichzeitig die laufenden Unterhaltungskosten für den Wegeunterhaltungspflichtigen. Durch diese sich nach zwei Seiten hin auswirkende Produktivität ist eine bevorzugte Berücksichtigung des Straßenbaues vor anderen öffentlichen Bauarbeiten gerechtfertigt.

Landfrau und Dienst am Kunden

Die Deutschen Wochen, die im Herbst o. J. in vielen deutschen Städten zur Werbung für die deutsche Ware stattgefunden haben, haben auch die Hausfrauen, die noch immer in dem Glauben, das ausländische Erzeugnis müsse besser als das deutsche sein, die heimische Ware verschmähten, nachdrücklich eines Besseren belehren können. Eine härtere Lehre noch erteilt uns das Ausland, — ein Land nach dem andern stellt sich auf den Verbrauch der eigenen Erzeugnisse ein, meist mit der sehr deutlichen Abwendung von der deutschen Ware, — und so werden wir, bald gänzlich von jeder Ausfuhrmöglichkeit entblößt, zwangsläufig auf den Verbrauch der eigenen Ware angewiesen sein.

Das entbindet freilich den deutschen Erzeuger nicht von der Pflicht, seine Marktlieferungen denen des Auslandes anzugleichen und den Wünschen der Verbraucher entgegenzukommen. Noch kann man häufig genug beobachten, daß die einzelne den Markt beliefernde Landfrau nicht den richtigen Weg zur Kundenwerbung einschlägt. Den städtischen Hausfrauen gegenüber, die ihre Kundinnen sind, kommt es heut in der Mehrzahl der Fälle nicht mehr so sehr darauf an, auf die nationale Notwendigkeit des Verbrauchs deutscher Ware hinzuweisen. Oekonomische Forderungen stehen im Vordergrunde. Es ist also viel eher notwendig, die städtiche Hausfrau zu belehren, daß sie mit der deutschen Ware, die stets frischer als die ausländische ist, vom Standpunkt der modernen Ernährungslehre auch die bessere Ware kauft, also zumeist auch preiswerter kauft. Eine zweite Notwendigkeit ist, die Städterin darüber aufzuklären, was jeweils an deutscher Ware auf dem Lebensmittelmarkt zu haben ist, und eine dritte: sie zu belehren, was die Landfrauen bereits taten, um sich den deutschen Markt zu erobern. Auf beiden Gebieten herrscht große Unkenntnis, — die Aufklärung über den letztgenannten Punkt enthält zudem ein sehr beachtliches psychologisches Moment.

Führt man der Stadtfrau vor Augen, wie groß die Mühen und Lasten ihrer Schwester auf dem Lande sind, wie schwer der Kampf um den Markt und wie unsicher der ausreichende Lohn für alle Mühen, so wird ihr Interesse für die deutsche Ware geweckt und damit ist viel gewonnen. Man sollte, wie es viele städtische Hausfrauenvereine bereits getan haben, durch Aushang von Tabellen auf den Märkten und in Lebensmittelgeschäften über die Ware, die in den jeweiligen Monaten aus deutscher Scholle geliefert werden können, die Käuferinnen zum Kauf deutscher Ware anleiten. Die Werbung des gepriesenen Empire Marketing Board — des englischen staatlichen Werbeinstituts — geht ja in ähnlicher Weise vor.

Die kommende Grüne Woche, die auch zahlreiche Tagungen der Berufsorganisation der Landfrauen, der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine bringen wird, wird in diesen Verhandlungen auch viele Punkte berühren, wie die Landfrau, die ihre Zeit erkannt hat, der Kundenwerbung dient.

Zuerst heißt es da, durch Können, Kenntnisse und mustergültige Arbeit das gute deutsche Erzeugnis zu schaffen. Hier haben die LHV. vielseitige Arbeit zu verzeichnen. Zunächst auf dem Gebiete der Milchwirtschaft. In Preußen veranstaltete man Melkkurse und Lehrgänge in einwandfreier Milchbehandlung, — in Sachsen richteten die LVH. eine bäuerliche Beispielswirtschaft ein, in der den Räumen zur Milchbearbeitung ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Umfrangreicher noch sind in fast allen Provinzen die Bestrebungen in Gartenbau und Geflügelhaltung. Hier werden Beraterinnen in die Vereine geschickt, die den Nachdruck ihrer Belehrung auf die einwandfreie Marktbelieferung legen. Lehrgänge für Obstverpackung, für Marktfertigmachen von Geflügel werden veranstaltet, — auch Obstsammel- und -packstellen eingerichtet, die für die Belieferung großer Obstmärkte unerläßlich sind. Weiter hat man damit begonnen, die Landfrauen durch die großen Markthallen zu führen, um ihnen praktisch an den Auslandssendungen zu zeigen, wie die Ware aussehen soll.

Die Fühlungnahme mit städtischen Hausfrauenvereinen wurde aufgenommen, auch mit anderen städtischen Frauenorganisationen, von denen die etwa vor Jahresfrist aufgenommene Zusammenarbeit mit den werbetätigen Frauen von besonderem Wert werden kann. Auch in der diesjährigen Grünen Woche werden die werbetätigen Frauen wieder die Stadtfrauen durch die Grüne Messe am Kaiserdamm führen lassen, um sie über den Wert des deutschen Marktes zu belehren.

So darf man von der Erziehungsarbeit der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine Gutes für den deutschen Markt erwarten, besonders, wenn die Landfrau neben der fachlichen Belehrung dem Dienst am Kunden noch stärker als bisher ihre Aufmerksamkeit schenkt

E. H.

Wie Ebert und Hindenburg gewählt wurden

Zur bevorstehenden Reichspräsidentenwahl.

Die Deutsche Nationalversammlung hat am 11. Februar 1919 den Volksbeauftragten Friedrich Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt, und zwar ohne Festlegung der Präsidentschaftsdauer. Die Wahl erfolgte in geheimer namentlicher Abstimmung. Die Mehrheitsparteien hatten sich vorher auf die Kandidatur Ebert geeinigt. Ebert erhielt 277, Graf Posadowsky 49 Stimmen. Der neugewählte Reichstag hat dann, nachdem die mit den oberschlesischen Kämpfen verbundenen Wirren eine frühere Entscheidung nicht zugelassen hatten, am 24. Oktober 1922 mit 314 gegen 76 Stimmen, also mit Zweidrittelmehrheit, einen Antrag zum Gesetz erhoben, der die Amtszeit Eberts bis zum 30. Juni 1925 festlegte. Nach dem am 28. Februar 1925, also ungefähr vier Monate vorher erfolgten Ableben des ersten Reichspräsidenten wurde durch Reichstagsbeschluß Reichsgerichtspräsident Dr. Simons zum Stellvertreter des Reichspräsidenten bestimmt und vereidigt. Am 9. März verabschiedete der Reichstag die mit dem Wechsel in der Reichspräsidentschaft zusammenhängenden Gesetzentwürfe, durch die auf Vorschlag des Reichsinnenministers der 29. März und für einen etwaigen zweiten Wahlgang der 26. April als Wahltage bestimmt waren. Im ersten Wahlgang erhielten Dr. Jarres (Rechtsp.) 10 416 658, Braun (Soz.) 7 802 497, Dr. Held (Bayer. Volksp.) 1 007 540, Dr. Hellpach (Dem.) 1 568 598, Ludendorff (Völkisch) 258 793, Marx 3 887 734 und Thälmann (Komm.) 1 871 815 Stimmen. 25 761 Stimmen waren zersplittert; außerdem wurden 150 654 ungültige Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug 68,9 Prozent. Damit hatte keiner der Anwärter die nach dem Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten erforderliche Hälfte der gültigen Stimmen erhalten. Im zweiten Wahlgang am 26. April wurden 30 576 874 Stimmen abgegeben, was einer Wahlbeteiligung von 77,6 Prozent entsprach. Davon entfielen auf v. Hindenburg, den Kandidaten der Rechtsparteien, 14 655 641 oder 48,3 Prozent der abgegebenen Stimmen, auf Marx, der vom Zentrum, den Sozialdemokraten und den Demokraten aufgestellt war, 13 751 605 Stimmen, gleich 45,3 Prozent, und auf Thälmann 1 931 151 Stimmen oder 6,4 Prozent. 216 061 Stimmzettel waren ungültig. 13 416 lauteten auf andere als die vorgesehenen drei Kandidaten. Damit war v. Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt. Am 12. Mai 1925 erfolgte in einer feierlichen Sitzung des Reichstages, an der die Kom-

munisten nicht teilnahmen, die Vereidigung v. Hindenburgs, woran sich dann im Hause des Reichspräsidenten die offizielle Amtsübergabe durch Dr. Simons schloß. Von Hindenburg richtete zu seinem Amtsbeginn Kundgebungen an das deutsche Volk und an die Wehrmacht und empfing die Vertreter der fremden Staaten, der Reichs- und Landesbehörden, der kirchlichen Organisationen und der Wirtschaftsverbände.

Staatspräsidenten

Wahl und Amtszeit.

Nach Artikel 41 der Reichsverfassung wird der Reichspräsident vom ganzen deutschen Volke gewählt. Nun kann bekanntlich der Reichstag verfassungsändernde Gesetze beschließen, wenn zwei Drittel seiner Mitglieder sich dafür einsetzen. Die Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg könnte also über die in Artikel 43 der Reichsverfassung auf sieben Jahre festgelegte Dauer hinaus verlängert werden, wenn von den 577 Reichstagsabgeordneten mindestens 385 für die Verlängerung stimmen würden. In diesem Falle wäre das Volk, dem verfassungsmäßig die Wahl des Reichspräsidenten zusteht, ausgeschaltet. Dieses Recht des Volkes auf direkte Wahl seines Staatsoberhauptes findet sich in den europäischen Republiken übrigens nur einmal wieder, und zwar in Oesterreich, wo der erste Beamte des Staates, dort Bundespräsident genannt, gleichfalls in unmittelbarer, geheimer Volkswahl auf sechs Jahre gewählt wird. Die letzte Wahl wurde durch besonderen Beschluß vom Parlament vorgenommen. In den anderen europäischen Republiken erfolgt die Wahl des Staatsoberhauptes durch die Volksvertretung. In Frankreich wird der Präsident der Republik mit einfacher Stimmenmehrheit von der Nationalversammlung, die sich aus Senat und Deputiertenkammer zusammensetzt, auf sieben Jahre gewählt. Die gleiche Amtsdauer gilt auch in Polen und in der Tschechoslowakei, nur daß in Polen die Wahl des Präsidenten mit absoluter und in der Tschechoslowakei sogar mit Dreifünftelmehrheit der Nationalversammlung erfolgen muß. In Griechenland ist die Amtszeit des Präsidenten auf fünf Jahre, in der Türkei auf vier Jahre bemessen. In beiden Ländern steht die Wahl des Präsidenten der Nationalversammlung zu, die mit einfacher Stimmenmehrheit beschließt. In der Schweiz wird der Bundespräsident alljährlich im Dezember von der Bundesversammlung aus der Mitte der Bundesratsmitglieder (so nennt man in der Schweiz die Minister) gewählt. Auf ein Jahr beläuft sich auch die Amtszeit des Vorsitzenden im Präsidium des Bundeshauptvollzugsausschusses der Sowjetunion (zurzeit Kalinin), dessen Stellung etwa der eines Staatsoberhauptes entspricht.

Die jüngste europäische Republik, Spanien, hat ihren Präsidenten durch die verfassungsgebende Nationalversammlung auf 6 Jahre gewählt. Hier wird auch in Zukunft nicht das Volk direkt, sondern das Parlament gemeinsam mit einer bestimmten Anzahl von Wahlmännern den obersten Staatsbeamten wählen. Von den außereuropäischen Ländern seien die Vereinigten Staaten von Amerika erwähnt, deren Präsident von soviel unmittelbar gewählten Wahlmännern gewählt wird, als jeder Bundesstaat Mitglieder zum Senat und zur Abgeordnetenkammer stellt. Die Amtszeit des amerikanischen Präsidenten ist auf vier Jahre festgesetzt.

Dreitausend Kandidaten

Vorbereitungen für die Preußenwahl.

In allen politischen Lagern sind die ersten, grundlegenden Vorbereitungen für die bevorstehenden Neuwahlen zum Preußischen Landtag getroffen worden. In parlamentarischen Kreisen wird zurzeit als voraussichtlicher Wahltag der 8. Mai genannt. Dem preußischen Volk steht damit ein Wahlkampf von ungewöhnlicher Schärfe und Bedeutung bevor, soll doch für die nächsten vier Jahre die Zusammensetzung des Parlaments und damit auch der Regierung des größten deutschen Einzelstaates bestimmt werden. Bei der Bedeutung der Wahl kann man sich darauf verlassen, daß die Parteien diesmal tatsächlich den berühmten „letzten Mann" an die Urne bringen werden. Das neue Preußenparlament wird wesentlich kleiner sein als das gegenwärtige, da durch Notverordnung der bisherige Wahlquotient von 40 000 auf 60 000 hinaufgesetzt worden ist. Diese Verordnung tritt mit dem Tage in Kraft, an dem die nächsten Wahlen bestimmt werden. Da schon bei der letzten Preußenwahl die Beteiligung 76,4 Prozent im Durchschnitt betrug, ist mit einer erheblichen Steigerung der Wahlbeteiligung nicht zu rechnen. Der neue Landtag wird also bestenfalls nur noch 300 Mitglieder gegen 450 jetzt haben. Die kleinen Parteien, deren Erfolgsaussichten durch die Erhöhung des Wahlquotienten stark abgenommen haben, wollen den Hauptteil ihrer Agitation in wenigen Wahlkreisen zusammenfassen, um wenigstens dort einige Grundmandate zu erobern und damit die Ausnutzung der Reststimmen aus den übrigen Wahlkreisen auf der Landesliste zu ermöglichen. Wie weit ihnen das gelingt, muß abgewartet werden. Waren schon bei der letzten Wahl mehr als 920 000 Stimmen unverwertbar, so wird sich diese Zahl bei der kommenden Wahl wahrscheinlich noch erhöhen, wenn nicht die vor jeder Wahl auftauchenden Splitterparteien die Aussichtslosigkeit ihres Beginnens einsehen und auf die Aufstellung eigener Listen verzichten. Das Hilfsmittel der Listenverbindung befreundeter Gruppen wird eine noch größere Rolle spielen als bisher. Innerhalb der einzelnen Parteien hat die Erhöhung der für ein Landtagsmandat erforderlichen Stimmenzahl ein zähes Ringen um die aussichtsreichen Stellen auf den Listen zur Folge, das hinter den Kulissen schon jetzt zu beobachten ist. Bei den einzelnen Parteien liegen Entwürfe für die Kandidatenlisten bereits vor. Wie früher werden auch jetzt wieder schätzungsweise mehr als 3000 Kandidaten von den Parteien aufgestellt werden.

Unterlassungssünden

Ein Londoner Brief.

London, im Januar.

England hatte nach dem Kriege ebensowenig wie etwa Amerika oder Frankreich das volle Ausmaß der Wirtschaftsveränderung erfaßt, die der Weltkrieg mit seiner Revolutionierung des gesamten Fühlens und Denkens aller Menschen, und der Veränderung des gesamten Wirtschaftsaufbaues der Erde mit sich bringen mußte. Die englische Wirtschaft hat eine Geschichte fast regelmäßig steigenden Aufbaues hinter sich. Allerdings hat sie auch Krisen zu verzeichnen, die an Herz und Nieren gingen. Die schlimmste und der heutigen ähnlichste Krise war vielleicht die der napoleonischen Zeit vor einem Jahrhundert. Die Krise hat sich über drei Jahrzehnte ausgedehnt und endete schließlich doch wieder glücklich. Deshalb glaubt jeder Engländer auch an einen glücklichen Ausgang der heutigen Krise. In der Redensart, die hier jedem Menschen geläufig ist: England gewinnt doch die letzte Schlacht, mag auch der ganze Feldzug unglücklich gewesen sein — prägt sich das deutlich aus. Der Verlauf früherer Krisen hat dem Engländer die kaufmännische Ruhe und die starke Selbstkontrolle gegeben. —

Der Sturz des Pfundes hat bisher hier noch wenig Wirkung ausgelöst. Die Preise des Alltags sind unverändert geblieben und das ist bekanntlich der beste Maßstab für den täglichen Beobachter einer Währungsveränderung. Allerdings hat England so ungeheure Mengen von Rohstoffen und Fertigfabrikaten aller Art überall aufgestapelt, daß es immer noch vom Vorrat zehren kann, ohne genötigt zu sein, die Preise merkbar zu verändern. Die Nerven des Inselvolkes sind gesünder als die anderer Völker. Darum hat auch hier keine Jagd nach Vorräten eingesetzt, wie sie in Deutschland sicher sofort beginnen würde. Und wo doch gehamstert wurde, trat dies noch nicht in die Erscheinung, weil es für den Engländer unschicklich ist, Angst zu zeigen. Man hat aber doch gehamstert, allerdings in anderer Art. Jetzt zeigt sich das allmählich. Durch die Entwertung des Pfundes hatte sich die Ausfuhr sehr belebt. Viele Ausfuhrfirmen haben das Geld für gelieferte Ware im Ausland gelassen. Man beginnt immer mehr von Kapitalflucht zu munkeln, und es wird schon irgend etwas dran sein.

Das alte Prinzip des englischen Kaufmanns war: großen Umsatz bei kleinem Nutzen, stärkstes Vertrauen bei unbedingter Sauberkeit des Geschäfts. Der Umsatz ist aber gewaltig zurückgegangen, und der kleine Nutzen wirft nicht mehr die Profite ab, die man seit Jahrhunderten gewohnt ist. Die Sauberkeit der Weltgeschäftsführung ist im großen und kleinen dahin. — Während der Londoner Kaufmann noch auf Treu und Glauben durchhielt, hatte man in anderen Weltzentren schon eine Aussaugungspolitik in Gang gesetzt, die auf Kosten Englands ging. London mußte schließlich auf fremde Kapitalmärkte gehen und borgen, um selbst den Umsatz seines Handels zu halten. So war schließlich die Golddecke zu dünn geworden, Frankreich war es, das diese Gelegenheit benutzte, um die Kontrolle des Welthandels an sich zu reißen, für die es weder begabt noch ausgerüstet ist. Frankreich drang in die englische Goldburg ein mit dem Erfolg, den wir alle kennen. Es wurde in der Kreditgewährung an England hart und wucherisch. Der englische große und kleine Kapitalist wurde schließlich ängstlich. Hierzu kam als sehr schwerwiegende Folge, daß die sogenannten „unsichtbaren" Importe, nämlich die Zinsen und Rückzahlungen für die in der ganzen Erde angelegten englischen Kapitalien aus vielen Teilen der Welt ausblieben, aus Südamerika, Indien und China. So wurde England langsam zum Schuldner der Welt, ein Zustand, den England in seiner modernen Wirtschaftsgeschichte noch nicht gehabt hat.

Der Kampf um den Wiederaufstieg wird sehr hart sein. Denn er wird jedem Engländer Verzicht auf vieles, was ihm seit Generationen lieb war, aufnötigen. Die englische Lebenshaltung muß eingeschränkt werden. Wenn man die Importrechnungen und Zahlen der letzten fünf Jahre durchsieht, so ist die Steigerung der Luxusimporte erstaunlich. Wenn man sieht, wie bestimmte Einfuhrartikel, die früher nur einer bestimmten Gruppe als notwendig erschienen, heute auch für die Masse eine Selbstverständlichkeit geworden sind, und wenn man bedenkt, wieviel Geld dafür aus dem Lande gegangen ist, so wird einem manche Ursache des Pfundsturzes klar. Die englische Lebensauffassung wird den stärksten Stoß bekommen, seit der napoleonischen Zeit. Das englische Leben wird in Zukunft anders aussehen wie bisher. Der Engländer wird mehr die Tagesarbeit steigern müssen. Jeder Engländer war ein Kaufmann, ein kleiner Bankier. In Zukunft wird er mehr Arbeiter sein müssen.

Härten der Bürgersteuer

Der Gewerkschaftsring verlangt Milderung.

Auf Grund von aus allen Teilen des Reiches einlaufenden Hilferufen, die zu schnellstem Handeln drängen, hat der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände eine Eingabe an das Reichsfinanzministerium gelangen lassen, die die Erhebung der Bürgersteuer 1931 zum Gegenstand hat.

Bekanntlich wird für die Bürgersteuer 1931 das Einkommen 1930 zugrunde gelegt, was unter den inzwischen völlig veränderten Einkommensverhältnissen zu ganz untragbaren Härten führt.

Im Laufe des Jahres 1931 sind bei allen Gruppen der Arbeitnehmer mehrere Male die Einkommen empfindlich gekürzt worden. Die letzte Notverordnung hat noch einmal schematisch eine Kürzung bis zu 15 Prozent gebracht, die praktisch gerade dann wirksam wird, wenn die Zahlungen zur Bürgersteuer 1931 beginnen. Diese Kürzungen haben zur Folge, daß Minderungen des früheren Einkommens bis zu 50 Prozent eintreten.

Die Errechnung der Bürgersteuer nach dem Einkommen von vor zwei Jahren muß um so mehr zu untragbarer Belastung für die Betroffenen führen, als die meisten Kommunen dazu übergegangen sind, ein mehrfaches des Landessatzes zu erheben. Was bei Erhebung des einfachen Landessatzes — noch dazu bei ganz anderen wirtschaftlichen Verhältnissen — vielleicht erträglich sein mochte, ist es nach der gewaltigen Herabsetzung der Gehälter und Löhne nicht mehr, nachdem die Kommunen den Landessatz bis zu 500 Prozent erheben.

Der Gewerkschaftsring fordert Revision der Vorschriften über Erhebung der Bürgersteuer durch eine beschleunigt zu erlassende Verordnung der Reichsregierung und verlangt im einzelnen: Einführung einer weiteren Staffelung bei Einkommen bis zu 4500 Mark mit entsprechend niedrigen Steuersätzen; Zugrundelegung des Einkommens für die Bürgersteuer, das der Steuerpflichtige am 10. Januar 1932 tatsächlich bezog; Ausdehnung der bisher vorgesehenen Befreiungen. (Berücksichtigung der Kurzarbeiter, Erhöhung der allgemeinen Freigrenze von 500 Mark usw.)

Das Schaf des Siedlers

Besserung und Sicherung der Einnahmen.

Nach einem Runderlaß des preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Landeskulturamtspräsidenten sind bei der Besiedlung von Gütern mit Schafhaltung in den letzten Jahren die Schafherden in der Regel ohne Rücksicht darauf, ob es sich um züchterisch wertvolle oder um Gebrauchsherden handelte, zu Schlachtzwecken verkauft worden. Die hiermit verbundene Vernichtung großer Werte ist um so mehr zu bedauern, als dadurch der zahlenmäßig geringe Schafbestand in Deutschland weiter herabsinkt, vor allem aber, weil die Nutzbarmachung der Schafherden für die Siedler in manchen Fällen möglich und zweckmäßig gewesen wäre.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Abschaffung der Schafhaltung im allgemeinen eine Ausdehnung der Rindvieh- und Schweinehaltung zur Folge haben muß, wodurch vielfach das große Angebot der Erzeugnisse dieser Nutzvieharten zuungunsten der Preisbildung noch verstärkt wird. Demgegenüber ist der Preisrückgang für die Produkte der Schafhaltung erheblich geringer gewesen. Die Preise für Schlachtschafe haben sogar jahrelang eine gleichmäßige und günstige Höhe gehalten. Das ist um so bedeutungsvoller, als heute die wichtigste Nutzung des Schafes die Fleischerzeugung sein muß. Der Wollerlös stellt in einer zeitgemäßen Schafhaltung den geringeren Anteil an der Gesamteinnahme dar.

Daß die Futteransprüche des Schafes auch im Kleinbetrieb mit der im allgemeinen knappen Wirtschaftsfutterdecke befriedigt werden können, beweisen diejenigen Gebiete besonders in West-, Mittel- und Süddeutschland, in denen das Schaf auch in diesen Betriebsgrößen häufig zu finden ist. Das Schaf ist in der Lage, manches Futter auszunutzen, das in vielen Betrieben als unverwertbar anzusehen ist. Wenn diese Futtermenge bei der Bemessung der im einzelnen Betriebe zu haltenden Schafzahl berücksichtigt wird, steht das Schaf mit dem Rind nicht im Nahrungswettbewerb, sondern die Schafhaltung stellt vielmehr eine nutzbringende Ergänzung der übrigen Viehhaltung des Kleinbetriebes dar. Da der Schafbestand aus einer Anzahl kleiner Nutztiere besteht, so ist seine Anpassung an die verfügbare Futtermenge leichter möglich als beim Großvieh, so daß auch dieser Gesichtspunkt für die Schafhaltung des Siedlerbetriebes spricht.

Die Unterbringung der Schafe im Kleinbetrieb wird, insbesondere, wenn es sich um eine rauhere Haltung vertragende Schafschläge handelt, bei den geringen Ansprüchen an Stallung keinen großen Schwierigkeiten begegnen. Die Schafhaltung kann deshalb in manchen Fällen berufen sein, auch den Siedlerbetrieben eine Besserung und Sicherung der Wirtschaftseinnahmen zu gewährleisten, sofern die Voraussetzungen richtig genutzt werden und die Handhabung dieses Betriebszweiges zweckentsprechend erfolgt.

Für die Schafhaltung der Siedler werden sich in vielen Fällen, in denen die zur Herdenbildung erforderliche Schafzahl erreicht wird, gemeinsame Betriebsformen empfehlen, wobei entweder eine Genossenschafts-, Gemeinde- oder Vereinsschäferei zu betreiben ist.

Diktatur des Pfennigs

Das Reichsfinanzministerium hat nunmehr den sechs staatlichen Münzen in Berlin, München, Hamburg, Karlsruhe, Stuttgart und Fuldenhütte den Auftrag zur Herstellung der Vierpfennigstücke im Gesamtbetrage von zwei Millionen Mark erteilt. Es ist also zu erwarten, daß die neue Münze bald in den Verkehr kommen wird. Neben der Tatsache, daß das neue Geldstück eine rein technische Angelegenheit zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs darstellt, ist es aber auch zugleich eine Mahnung, daß die Großzügigkeit und Geringschätzung des Pfennigs endgültig vorüber ist. Das Sprichwort: „Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert," soll wieder Geltung erlangen. Während in Tarifverhandlungen um einen halben Pfennig Stundenlohn erbittert gekämpft wurde, war im Zahlungsverkehr die runde Summe bevorzugt. Sie erleichterte das Rechnen und Zahlen; Kupfergeld war im Beutel nicht gern gesehen. Allein beim Großhandel fand der Pfennig seine Würdigung, denn ein Pfennig je Pfund mehr, das der Händler auf dem Viehmarkt herausschlägt, macht beim ganzen Stück schon eine schöne Summe aus. Im Kleinverkehr hat man dagegen von der „Diktatur des Pfennigs" wenig bemerkt, weil hier seine Bedeutung nur nach und nach zum Bewußtsein kommt.

Jetzt muß der frühere Zustand wieder hergestellt werden. Die Pfennigrechnung wird einmal dazu beitragen, daß die Aufrundungen unterbleiben, daß also zwei mal zwei nicht fünf, sondern wieder vier ist. Dann aber soll sie die Hausfrauen, die den größten Teil des Volksvermögens ausgeben, zu Preisvergleichen anhalten und sie veranlassen, die Preisherabsetzungen, die oft nur Pfennige betragen können, auch wirklich auszunützen. Das Vierpfennigstück muß der besondere Freund der Hausfrau werden. Welche Frau geht nicht von einem Laden zum anderen, wenn sie einen neuen Hut oder ein neues Kleid kauft! Möge sie auch dieselbe Ausdauer und Energie aufbringen, wenn es sich um die Einkäufe für ihre Familie handelt! Sie würde bis zum Ende des Jahres manches Silberstück erübrigt haben, das sie heute so gerne mehr in ihrem Geldbeutel hätte!

Der Kater als Konzertsänger

Sensation auf der Katzenausstellung.

Die Vereinigung deutscher Katzenfreunde veranstaltete in Berlin die 6. Große Katzenausstellung, deren Hauptanziehungsstück „der sprechende und singende Kater" war. Murri von der Paßburg ist ein eher zart als robust gebauter weiß-blaugrauer Angorakater, sechs Jahre alt, der vor anderthalb Jahren zufällig seine Begabung für die menschliche Sprache entdeckt hat. Sorgfältig in eine Wollschachtel verpackt, wie ein verwöhnter Tenor, wird er auf die Vortragsbühne gebracht, mustert etwas nervös das hundertköpfige Publikum, und beginnt dann wohlgemut seine Leistungen vorzuführen. Einfachere Worte wie „Nein", „Ja" usw. spricht er nicht nur so deutlich aus, wie man das von einem guten Papagei gewohnt ist, sondern er wendet sie auch sinngemäß an. Noch viel überraschender sind aber seine gesanglichen Leistungen. Er trägt Kinder- und Volkslieder in den Katzenlauten, aber in der Melodie so treffsicher vor, daß man sie auf eine Grammophonplatte aufnehmen kann. Kürzlich hat er Geschmack an Schlagern gefunden und nach dem Vortrag von Richard Tauber durch genaues Zuhören vor dem Lautsprecher seiner Herrin sich selbst die ersten Verse von „Ich habe dich einmal geküßt" beigebracht, die er nun mit Vorliebe singt. Murri hat gar kein Lampenfieber. Er ist schon so oft bei Schallplattenaufnahmen und im Tonfilm aufgetreten, daß er sich seines Wertes voll bewußt ist. In der Ausstellung ist bei seinen Vorträgen kaum ein Platz zu finden, so groß ist der Andrang des Publikums.

Die Schau bot mit etwa 200 Tieren, die aus allen Gegenden Deutschlands geschickt worden waren, eine sehr schöne Uebersicht über alle vorhandenen Rassen, von den verschiedenen Schlägen der Hauskatze bis zu persischen, siamesischen und indischen Edelkatzen sowie seidenhaarigen Angoras in allen Farben. In der Abteilung „Tierfreundschaften" wurden wieder Katzen in friedlichem Zusammenleben mit Hunden, Füchsen, Kaninchen, Meerschweinchen, ganzen Scharen von Singvögeln und sogar von weißen und grauen Mäusen vorgeführt zum Beweise, wie gut sich eine Katze erziehen läßt, wenn der Mensch sie verständnisvoll und liebevoll behandelt, so daß sie ihre ursprünglichen Raubtierinstinkte ganz verliert und zum liebenswürdigen und peinlich sauberen Haustier wird.

Sch.

Aus dem Reiche der Frau

Beilage zum Bergischen Volksboten (Burscheider Zeitung)

Die Braut und ihre Hochzeitsgäste



Wo keine Verkaufsstelle am Ort, bezieht man alle Schnitte durch den Verlag Otto Beyer, Leipzig, Weststraße 72.

Das Brautkleid wird aus Spitze und Seide zusammengestellt und so gearbeitet, daß es sich als Gesellschaftskleid weiter tragen läßt. Spitzenstoff kann gefärbt, die Schleppe abgenommen werden. Aeltere Damen erscheinen in Schwarz, die Jugend in zartfarbigen, duftigen Kleidern, für die wir einige hübsche Vorlagen zeigen.

Ein breiter Schulterkragen garniert das elegante Brautkleid **K 28 009** aus weißem Krepp-Satin, dessen Schleppe später abgenommen werden kann. Dazu lange Handschuhe aus Spitze. Erforderlich: 6 Meter Stoff, 100 cm breit. Beyer-Schnitte für 88 und 96 cm Oberweite zu je RM 1.—.

Mit langen Aermeln ist das Prinzeßkleid **K 28 287** gearbeitet und rückwärts mit einem aufgesetzten Glockenvolant garniert. Erforderlich: 6,15 Meter Spitzenstoff, 100 cm breit. Beyer-Schnitte für 100 und 112 cm Oberweite zu je RM. 1.—.

Das Brautkleid **K 37 195** wird über einem Unterkleid mit breitem Spitzenansatz getragen, das später fortbleiben kann. Das Bolerojäckchen aus Spitze ist lose für sich angezogen. Erforderlich: 3,15 Meter Stoff, 100 cm breit, 3,60 Meter Spitze, 90 cm breit. Beyer-Schnitte für 92 und 100 cm Oberweite zu je RM. 1.—.

Mit runder Passe ist das ringsum in Falten geordnete Kleid **MK 47 128** aus Seide oder Voile gearbeitet. Erforderlich: etwa 2 Meter Stoff, 80 cm breit. Beyer-Schnitte für 2, 4 und 6 Jahre zu je 70 Pfg.

Abstechende Blenden zieren das Festkleid **MK 47 112** mit Faltenrock und glockigen Aermeln. Erforderlich: 1,60 Meter Stoff, 100 cm breit. Beyer-Schnitte für 3, 5 und 7 Jahre zu je 70 Pfg.

Die Brautmutter trägt ein schwarzes Seidenkleid **K 37 197** mit bogenförmig angesetzter Spitzenpasse, dreiviertellangen Spitzenärmeln und weitem Glockenrock. Erforderlich: 4 Meter Stoff, 100 cm breit, 1,40 Meter Spitze, 75 cm breit. Beyer-Schnitte für 96 und 104 cm Oberweite zu je RM. 1.—.

Das jugendliche Tanzkleid **K 37 154** kann aus Spitzenstoff oder einfarbigem Fleurette hergestellt werden. Es ist reich mit Fälbelchen verziert. 3.25 Meter Stoff, 100 cm breit. Beyer-Schnitte für 88 und 96 cm Oberweite zu je RM. 1.—.

Leicht nachzuarbeiten ist das jugendliche Abendkleid **K 37 152** aus Georgette, das durchgehend plissiert ist und durch ein ärmelloses Bolero vervollständigt wird. Erforderlich: 5 Meter Stoff, 100 cm breit. Beyer-Schnitte für 84 und 92 cm Oberweite zu je RM. 1.—.

Neue Abendeleganz

Wir haben auch in diesem Jahr, trotz aller Not der Zeit wieder einen Gesellschaftswinter. Allerdings nur in bescheidenem Rahmen. Auch wer in der glücklichen Lage ist, diesen Rahmen nicht allzueng spannen zu brauchen, beschränkt sich aus Gründen des Taktes. Die Mode ihrerseits hat diesen neuen Gesellschaftsstil mitschaffen helfen und mehr als das, wir haben heute modisch eine Linie, die man nach Jahren wieder als Kleidkultur bezeichnen kann. Eine Eleganz, sehr damenhaft, ist aber durchaus unbetont. Es ist eine Eleganz der leisen Klänge, ohne Rauschen, Wogen, Glitzern, ohne Effekthascherei. Das Abendkleid von Rang hat ruhige, weichfließende Linien, selten eine Garnitur, höchstens die, die sich aus der Zusammenverarbeitung von zweierlei Material ergibt. Die Taille ist denkbar einfach, je schlichter, desto eleganter. Der schöne, klassische Eindruck des Kleides wird allein durch den Rock erreicht; durch die elegante Linienführung und die anmutige, fließende Weite. Trotz aller Stoffülle aber muß die Silhouette schmal und gestrafft erscheinen. Das bedingt besonders weiche, gleitende Gewebe (Crepe georgette, Crepe marocain. Crepe de chine, Satin, Velourchiffon, Spitze). Für die Schleppe sind zahllose Lanzen gebrochen worden, trotzdem haben sich die modernen Frauen doch nicht mit ihr befreunden können. Auch das große Abendkleid läßt in der Regel den Fuß frei, berührt höchstens hinten ein wenig schleifend den Boden.

In Farben herrscht ebenfalls Zurückhaltung. Man trägt ruhige, nicht allzu kräftige Töne: grün, kupfer, lind, und besonders gern schwarz und weiß, und schwarzweiße Verbindungen. Das weiße Abendkleid mit dem schwarzen Velourchiffonjäckchen, und umgekehrt, das schwarze Kleid mit dem weißen Pannejäckchen, das mit weißem oder schwarzem Pelz besetzt ist. Das Abendjäckchen gehört heute eigentlich immer zur Toilette, oder der dreiviertellange Mantel, oder der breite, weiche Capeschal. Sehr schön, wenn sie irgend etwas an Pelz aufweisen, aber unbedingt nötig ist das nicht. Ein origineller Schnitt, eine gutberechnete Kragenform, ein schöner Aermel tuen schon ein übriges. Diesem Beiwerk der Mode schenkt man gerade bei dem heutigen Stil eine ganz besondere Aufmerksamkeit, vor allem auch dem Schmuck. An sich werden Ketten, Armbänder, Agraffen, Blumen nur sparsam verwandt, aber gerade darum muß die Wahl um so sorgfältiger geschehen. Es ist durchaus schlechter Stil, verschiedene Sorten Schmuck durcheinander zu tragen. Viel richtiger ist es, die Kette, das eine oder das andere Armband, eine nicht passende Agraffe fehlen zu lassen. Nie aber fehlt heute der Handschuh. Er ist durch den Kleidertyp bedingt. Man trägt Abendhandschuhe in fast jeder Farbe, nur nicht in Weiß. Dieses kalkige Weiß früher mochte eine besondere Note von Festlichkeit haben — schön war es nie. Der moderne Abendhandschuh ist hautfarben, eierschalenfarben, ocker, schwefelgelb und vor allen Dingen schwarz. Zu weißen und pastellfarbenen Kleidern ist dieser lange, weiche, schwarze Handschuh ein besonders schöner Gegensatz.

Die Frau vor dem Mikrophon

Wohl keine Erfindung der letzten Jahrzehnte ist von so epochemachender Auswirkung gewesen und hat so überraschend schnell Verbreitung gefunden, wie der Rundfunk. Er ist schon irgendwie ein großes Geheimnis und selbst für den technisch Einsichtsvollen ist er im letzten Grunde mystisch und seltsam erregend. Auch die Frau stand vor dieser Merkwürdigkeit mit Staunen und Bewunderung, rätselte an ihr herum und suchte sich über diese neuen Möglichkeiten klar zu werden. Mit der ihr eigenen intuitiven Gabe hatte sie bald entdeckt, wie sie sich selbst in die große Wellenbewegung des Aethers einschalten könnte. In den um diese grandiose Erfindung gebildeten Männerkreis wußte ihre Vitalität eine Bresche zu schlagen.

Im Kulturbeirat des Berliner Senders sitzt als einzige Frau die Gattin des Abgeordneten Theodor Heuß, Frau Elli Heuß-Knapp. Ein Fräulein Doktor prüft die für die Frauenstunde eingehenden Manuskripte. In fast allen Sendern Deutschlands liegt die Leitung der Frauenstunde in weiblichen Händen. Vor dem Mikrophon haben kluge Frauen schon manch kluges Wort gesprochen, haben gesungen oder in Hörspielen mitgewirkt.

Der Rundfunk hat der Frauenwelt einen neuen Wirkungskreis geschaffen, den Beruf der Ansagerin. Dem Laien erscheint diese Tätigkeit sehr langweilig und geisttötend. Selbstverständlich ist es nicht besonders originell, sich auf die Worte beschränken zu müssen: „Sie hören jetzt Frau XYZ oder Herrn Müller . . .“ Die Ansagerin muß aber auch prüfen, ob das Gesprochene mit dem eingereichten Text übereinstimmt, muß ihr Urteil über die Sprechweise und Eignung der Stimme der Vortragenden geben. Meist wird sie daneben auch noch mit organisatorischen Arbeiten beschäftigt. Vor allem verlangt man von ihr Geistesgegenwart und große Gewandtheit. Versagt irgend ein Sprecher oder bleibt plötzlich unentschuldigt aus, so muß sie das Manuskript selbst lesen oder erfinderisch eine andere Disposition treffen. Mit Grazie und Liebenswürdigkeit heißt es da manchmal, unwilligen Hörern, die sich auf einen besonderen Vortrag oder eine musikalische Darbietung gespitzt haben, einen Programmwechsel plausibel zu machen. Die Aufgabe der Ansagerin ist im Grunde doch nicht so eintönig, wie es scheint.

Allerdings eignen sich nur sehr wenige Frauenstimmen für den Rundfunk. Die meisten sind zu hell, werden leicht ein wenig schrill, hoch und grell. Die Stimme der Rundfunksprecherin muß dunkel getönt und weich sein, muß trotz des dunklen Timbres eine weite Skala umfassen und Musikalität besitzen. Entweder muß die Ansagerin sprechtechnisch geschult sein oder ihre Stimme muß von Natur vorn sitzen und jede gutturale Entgleisung vermeiden. Solche Naturstimmen sind aber äußerst selten

Die erste deutsche Ansagerin war Margarete Wolf in Frankfurt am Main. In Hamburg arbeiten Maria Einödshöfer und Edith Scholz. Am Süddeutschen Rundfunk in Stuttgart Ilse Kamnitzer.

Vor der Schauspielkunst hat der Rundfunk ein ungeheures Plus voraus. Man kann am Mikrophon so herrlich mit Würde alt werden.

Zweifellos wird eine Frau, die geistig sehr beweglich ist, gut zu sehen vermag, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu scheiden weiß und gewandt in Ausdruck und Wortprägung ist, imstande sein, eine Reportage flott, amüsant und schmissig hinzusetzen. Vielleicht wird sie sogar psychologisch manch einem scheinbar nur äußerlich interessanten Ereignis mehr Tiefe geben können, als ein Mann. Sicherlich wird sie sprühend und voll Witz, grazil und mit künstlerisch eigener Note Bilder skizzieren und umreißen.

Dr. Elisabeth Brüning.

Verwendung von Weißkäse

Der Weißkäse, der bei uns eigentlich wenig verwendet wird, erfreut sich in anderen Ländern weitaus größerer Beliebtheit In der Tat sind seine mannigfachen Verwendungsmöglichkeiten recht zahlreich.

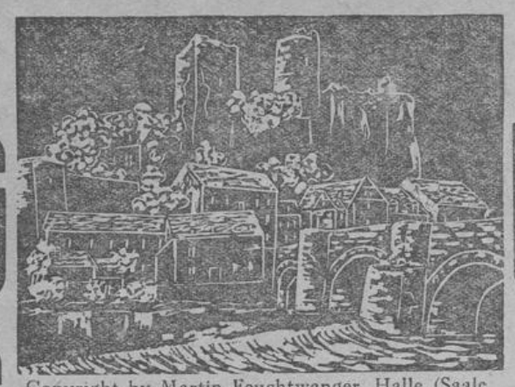
In Spanien werden Hammelkoteletts gebraten, auf einer Schüssel angerichtet und mit kleinen Häufchen von Weißkäse, durch den feingehackter Dill, Kerbel und Petersilie gezogen wurde, geziert. Das schmeckt ganz vorzüglich.

In Böhmen werden Quarktascherln als beliebte Mehlspeise serviert. Ein weicher nudelartiger Teig wird ausgewalkt. Man schneidet mit einem zierlichen Zickzackmesser, dessen Schneide kleine Zacken aufweist, Vierecke und füllt sie mit folgender Mischung: Weißkäse mit etwas Milch zertrieben, ein oder zwei Eidotter, Zucker, Rosinen. Je ein Kaffeelöffel dieser Fülle wird in ein Teigstückchen gelegt, dasselbe wird geschlossen, die Tascherln sodann in Salzwasser aufgekocht, mit Zimt, Zucker, zerlassener Butter begossen. Das ist eine sehr leichte und bekömmliche Mehlspeise!

Als Brotaufstrich sind die Verwendungsmöglichkeiten des weißen Käses ebenfalls recht groß. Man unterscheidet hier zwei Sorten: den billigen Quark, der mit Butter vermischt, sogleich an Geschmack und Nährwert gewinnt, und den sogenannten Sahnenschichtkäse, der teurer ist, dafür aber weniger Buttervermischung benötigt. Mit Paprika und einer Prise Zucker, mit verschiedenen feinen Kräutern, unter denen Schnittlauch überwiegt, mit feingehackter Zwiebel und Tomatenstücken ist er wohl jeder Hausfrau bekannt. In den Balkanländern wird Weißkäse mit gehackten und zerweichten Feigen vermischt und als Abendgericht gegessen.

Li.

Im Gutshaus von Mahlow



Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

1

Frau Mahlow zählte seufzend ihr Wirtschaftsgeld. Es war wenig genug. Sie wußte beinah nicht, was sie damit anfangen sollte. Ihrem Manne durfte sie nichts vorklagen. Er war gewiß ein guter Gatte und Vater, aber wenn es um das Wirtschaftsgeld ging, dann wurde er wild. Also schwieg sie lieber.

Sie legte jetzt ihr Geldtäschchen in ihren kleinen Schlüsselkorb und erhob sich, um mit Guste, ihrer alten Getreuen, zu beraten, was man wohl wieder auf den Tisch bringen könnte.

Guste war ein Juwel. Aus wenigem stellte sie vier, fünf Gänge her — und was für Gerichte! Im besten Hotel konnte es nicht besser schmecken. Die Tischzeit war wohl sie die einzige am Tage, in der sämtliche Mahlows zufrieden waren. Dann gab es fröhliche Gesichter, Unterhaltungsstoff in Menge, und der Vater war zugänglicher wie sonst nie.

Sibylle und Edelgard, die zwei bildschönen Großen, dann der Primaner Fritz, der jeden Tag früh zur Schule fuhr, und zwar auf einem neuen Rade, über das er wachte wie ein Teufel, damit nur keiner etwa einmal dieses Rad bestieg. Er hatte es an seinem letzten Geburtstage von Tante Lene geschenkt bekommen. Tante Lene war die einzige Schwester des Herrn Mahlow, unvermählt, und lebte mit hier in dem kleinen Gutshaus von Mahlow. Der Himmel mochte wissen, wo sie das Geld zu dem Rad hergenommen hatte. Herr Mahlow hatte sie im Verdacht, etwas von ihrem Schmuck verkauft zu haben.

Dann war da noch ein Familienmitglied!

Dorette, die jüngste Tochter.

Wenn Dorette mit am Tisch saß, oder wenn sie unerwartet irgendwo eintrat, wo vielleicht irgendein schwarzer Streit entbrannt war, sei es, daß die beiden großen Schwestern sich um etwas zankten, sei es, daß der Primaner der Mutter eindringlich erklärte, mit einer Mark Taschengeld wöchentlich nicht auskommen zu können, sei es, daß der Vater sich aufs höchste erbittert mit einem Viehhändler herumstritt, sei es, daß Guste mit dem jungen Dienstmädchen Martha nicht zufrieden war — dann war es wie ein warmer, versöhnender Sonnenstrahl, wenn Dorette kam.

In einem feinen Gesicht standen große, blaugrüne Augen wie zwei strahlende Sterne. Der Mund war blaß, aber von einem entzückenden Schnitt, und er paßte in dieses schmale, feine Gesicht. Die Hände waren weiß und sehr klein; aber diese kleinen Hände waren wie zwei Machthaber. Sie brauchten sich nur zu heben, und man tat, was Dorette wollte.

Sogar dem Vater erging es so.

Dorette half nicht in der Wirtschaft, fertigte keine Handarbeiten an, konnte weder plätten noch nähen, aber sie fehlte mehr wie jeder andere Bewohner von Gut Mahlow, wenn sie einmal auf einige Tage abwesend war.

„Die Sonne von Mahlow!“ hatte jemand sie einmal getauft.

Den Namen hatte sie nun behalten.

Für alle Zeiten würde er ihr verbleiben!

Wenn Dorette lachte, dann war es, als zwitscherten Tausende von Vögeln, als lächelte die ganze Welt, als leuchteten unzählige Lichter in Sorge und schlechte Laune hinein. Es wurde ringsum hell, ganz hell, wenn Dorette lachte.

Die alte Frau Ahnert drüben im Dorfe schneiderte für wenig Geld die herrlichsten Kleider für die vier Mahlower Damen. Daß das Kleid für Dorette immer am besten ausfiel — dafür konnte schließlich Frau Ahnert doch nicht? Das machte eben, weil Dorette der Liebling aller Menschen war, wohin sie auch immer kommen mochte. Diese allgemeine Anbetung machte sogar der bissige Hofhund des Dorfschulzen mit. Er wand sich schweifwedelnd zu Dorettes Füßen, wenn ihre kleine weiße Hand ihn streichelte.

So stand es also zur Zeit in Mahlow, das einst der stattlichste Besitz ringsum gewesen war und nun mit seinem schönen, alten Gutshaus und seinen wenigen, mageren Feldern und Wiesen den Besitz der Mahlows bildete.

Ein verarmtes Geschlecht!

Wie es heutzutage viele gab.

Wer war der Schuldige am Zusammenbruch der einst so glänzenden Mahlowschen Herrlichkeit?

Horst, der Spieler.

Horst, der das Geld verspielte, wettete und dessen unzählige Liebschaften eine Unsumme Geld verschlungen hatten.

Die Wechsel, die eingelöst werden mußten, wenn der alte Name makellos bleiben sollte — diese Wechsel fraßen damals Wohlstand und Zufriedenheit im alten Gutshaus von Mahlow. Daß nicht der ganze Besitz verlorenging, war den Freunden und Bekannten der Mahlows noch jetzt ein Rätsel.

Freilich: es wußte ja niemand, wie man sich bescheiden einrichten mußte im alten Mahlow!

Die Mahlows waren ja schließlich auch alle zufrieden dabei, denn man dankte dem Herrgott schon für den stillen Frieden, der nun herrschte, seit Horsts Schulden getilgt waren und er selbst ins Ausland gereist war.

Niemand sprach mehr von Horst.

Es war, als sei er gestorben.

Vielleicht lebte er auch längst in Wirklichkeit nicht mehr.

Jedenfalls hatte Herr Mahlow seiner Familie verboten, jemals Horsts Namen auch nur zu nennen, ihm nie zu schreiben, wenn er etwas von sich hören lassen sollte.

Aber Horst Mahlow ließ nichts von sich hören!

Fünf Jahre war er nun schon fort.

Frau Mahlow bekam noch jetzt nasse Augen, wenn sie an den schönen, leichtsinnigen Stiefsohn dachte, der vielleicht irgendwo da draußen in bitterster Not war.

Wenn die vier anderen Kinder hier auch in Armut lebten, so saßen sie doch immerhin im warmen Nest.

Er aber war vielleicht obdachlos.

Ein furchtbarer Gedanke war es für sie.

Der Sohn, der einzige Sohn der stolzen, schönen Frau, die Friedrich Mahlows erste Gattin gewesen und so jung gestorben war.

Wie eine fortwährende Abbitte war es, wenn die jetzige Frau Mahlow fast jeden Tag einige frische Blumen vor das Bild der Verstorbenen stellte.

Horst!

Groß, schlank, das schöne, frohe Gesicht dem freudebringenden Leben zugewandt, so stand er in deutlicher Erinnerung seiner Stiefmutter, die damals alles versucht hatte, ihren Gatten umzustimmen.

Er war hart geblieben.

Ein ernstliches Zerwürfnis drohte in der sonst immer gleichmäßigen guten Ehe. Da hatte Frau Mahlow endlich geschwiegen.

Doch in ihrem weichen Herzen war grenzenlose Trauer um den schönen, leichtsinnigen Stiefsohn.

Aber in Dorettes hellen Jungmädchenstübchen stand ein großes Bild von Horst.

Sie war die einzige, die dem Willen des Hausherrn getrotzt hatte.

Herr Mahlow tat, als wüßte er es nicht.

Aber er hatte das Bild längst gesehen.

Die Mutter und die Geschwister wußten es auch, und doch sprach keines auch nur ein Wort darüber.

Es war wie eine stille Vereinbarung.

Und so stand das Bild des Gescheiterten eben in Dorettes Zimmer.

Dorette küßte es manchmal.

Sie stellte die ersten Veilchen vor das Bild, holte die letzte Rose im Herbst aus dem Garten, schmückte das Bild am Weihnachtsheiligabend mit Tannengrün.

Daran würde nie jemand etwas ändern.

Nie!

Horst gehörte mit nach Mahlow.

Für alle Zeiten gehörte er mit hierher.

Dorette war zwölf Jahre alt, als Horst an jenem furchtbaren Novemberabend sein Vaterhaus verließ.

Niemand hatte ihm mehr die Hand geschüttelt. Ganz Mahlow stand unter dem Eindruck der ungeheuren Schuldenlast, die abgezahlt werden mußte.

Und Horst war gegangen — nur zwei mittelgroße Koffer in den Händen.

Am Kreuzweg stand mitten in Sturm und Regen eine schmale, kleine Gestalt.

„Horst!“

Der junge Mann hatte die Koffer fortgeworfen, das Mädelchen zu sich emporgerissen, es geküßt.

„Meine kleine Dorette! Wenn ich draußen den Kampf manchmal satt habe, dann werde ich ihn um deinetwillen weiterkämpfen! Leb wohl, liebe, kleine Dorette!“

Und sie hatte den Arm um seinen Hals geschlungen und ihr weiches Gesicht gegen ihn gepreßt.

„Komme bald wieder, Horst! Ohne dich ist es nicht halb so schön in Mahlow.“

Er küßte sie noch einmal, brachte sie dann noch zurück bis in den Garten und war dann gegangen.

Und war von da an verschollen — blieb es auch.

Frau Mahlow ging jetzt in ihre Küche, die groß und blitzsauber zu ebener Erde lag und wo Guste eifrig hantierte.

Guste knixte nach der gnädigen Frau hin, ohne sich in ihrer Arbeit stören zu lassen.

Sie nahm gerade einen Puter aus.

„Ach, Guste, du hast unser Mittagessen schon in Arbeit genommen?“ fragte Frau Mahlow sehr erleichtert.

Guste nahm vorsichtig die Därme heraus. Diese heimtückische Galle; bei jedem Vieh lag sie anders. Und wenn man sie auch nur ein bißchen verletzte, war das Fleisch nicht mehr schmackhaft.

Also mußte sie aufpassen.

Guste sagte:

„Der Kerl mußte weg, denn er hat ja immer nur Streit gesucht auf dem Hühnerhof. Alle Hähne hat er verunziert. Und fett war er obendrein.“

„Natürlich, Guste! Das überlasse ich sehr gern dir allein. Und der gnädige Herr ißt für sein Leben gern Putenbraten.“

„Der Herr Horst hat ihn auch sehr gern gegessen.“

Das klang wie eine Kriegserklärung.

Frau Mahlow lächelte gütig — dann sagte sie:

„Ja, mein Sohn Horst hat ihn auch gern gegessen. Und, Guste, so recht froh geworden bin ich nie wieder, seit er uns verlassen hat. Ich weiß nicht, was in jener schicksalsschweren Stunde zwischen meinem Manne und Horst gesprochen wurde. Doch ich wünsche mir nichts sehnlicher, als ein Lebenszeichen von ihm. Das kannst du mir wohl glauben, Guste.“

Guste knurrte irgend etwas vor sich hin und sah nicht von ihrer Arbeit auf.

Frau Mahlow sah ihr bei der Arbeit zu, unschlüssig, ob sie noch etwas über den Stiefsohn sagen sollte.

Da meinte die alte Guste plötzlich:

„Wenn jemand denkt, daß Herr Horst untergegangen ist, der irrt! Der geht nicht unter!“

Bösartig klang es.

„Du hast recht, Guste. Wenn mein Sohn nur ein klein wenig Glück gehabt hat, dann ist er bestimmt nicht untergegangen.“

Ein heller Schein glitt über das durchfurchte Gesicht der Alten. Und als ob sie nun nichts mehr in der Angelegenheit sprechen wollte oder dürfte, schwenkte sie auf ein anderes Gebiet über.

„Vorher gibt es also Hühnersuppe, dann Fisch — die Forellen sind groß, sie mußten mit weg —, dann den Puter und zuletzt Fruchtspeise für die Damen und Herrn Fritz. Für den gnädigen Herrn habe ich noch 'ne kleine Käseplatte zurecht gemacht. Der heutige Mittag verträgt einen unerwarteten Gast.“

Frau Mahlow lächelte.

„Es wäre sehr hübsch, wenn dieser unerwartete Gast käme. Doch es kommt selten jemand zu uns. — Leider.“

Nach einer Weile setzte sie noch hinzu:

„Ich werde frische Tischwäsche herausgeben, und dann können die Mädels den Tisch decken.“

„Wir essen pünktlich und Hilfe brauche ich nicht. Martha mag wo anders helfen“, meinte Guste noch.

Frau Mahlow ging wieder hinaus.

Draußen traf sie mit Edelgard zusammen. Das schöne, schlanke, dunkelhaarige Mädel ging wie eine Königin über den Korridor. Jedes noch so einfache Kleid fiel wie ein antiker Faltenwurf an ihr herab. Es war einfach nicht denkbar, Edelgard bei irgendeiner profaischen Arbeit zu sehen.

Die großen, schönen Augen, die Nase von echt griechischem Schnitt, das matte Weiß der Haut, die schöngeformten Hände, die aufrecht getragene Figur, all das bot ein Gesamtbild, wie es sich ein Künstler schöner nicht erträumen konnte.

Dabei war Edelgard Mahlow schlicht und natürlich. Sie war dreiundzwanzig Jahre alt und jeder wunderte sich, daß sie noch nicht verheiratet war. An Anträgen hatte es wahrhaftig nicht gefehlt, trotz der Armut, die die Schönheit umgab. Doch keiner hatte Gnade gefunden vor ihren Augen, so gern die Eltern es auch gesehen hätten, denn es waren unter Edelgards Bewerbern einige Söhne sehr reicher Eltern gewesen.

Ein reicher Schwiegersohn bedeutete Rettung, bedeutete einen Glücksfall für Gut Mahlow.

Edelgard hatte jeden Heiratsantrag abgelehnt.

„Ich liebe Sie nicht!“

Immer wieder dieselbe, einfache, dabei so stolze Erklärung.

Und es war merkwürdig.

Der Vater, der sonst so praktisch dachte, der hatte zu seiner Gattin gesagt:

„Es wäre ein großes Glück für uns, wenn ein reicher Schwiegersohn in die Familie käme. Aber auf Kosten von Edelgards Glück soll es nicht geschehen. Wenn sie keinem dieser Bewerber eine echte, aufrichtige Liebe entgegenbringen kann, so soll es bleiben. Nur keine Zwangsheirat! Lieber arm bleiben!“

Da hatte Frau Mahlow ihren Mann geküßt. Und seine Hand strich liebkosend über ihr Haar.

„Ich wußte es ja, daß du auch so denkst“, sagte er befriedigt.

Wenn Frau Mahlow die Tochter sah, dann dachte sie manchmal:

„Was soll aus ihr werden, wenn sie einmal überhaupt nicht heiratet? Soll ihre Schönheit verblühen oder sich unter den Schutz der Schwesternhaube verkriechen, um vor den Nachstellungen der Männer sicher zu sein?“

Edelgard nahm der Mutter den großen Schlüsselbund aus der Hand.

„Darf ich dir etwas helfen, Mama?“

„Eigentlich wollte ich jetzt frische Tischwäsche herausgeben. Aber du könntest erst einmal in die Obstkammer gehen. Ich hätte gern einige Erdbeeräpfel auf dem Tisch. Guste hat heute ein ganz besonders gutes Essen für uns, und da mögen die Aepfel auch noch mit da sein.“

„Gut, Muttchen.“

Sinnend sah Frau Mahlow der stolzen Gestalt nach.

Dann ging sie in das Wohnzimmer hinüber, wo Sibylle mit einer feinen Stickerei am Fenster saß.

Lächelnd blickte die Zweiundzwanzigjährige der Mutter entgegen.

„Brauchst du mich, Mama?“

„Durchaus nicht, Sibylle. Bleib ruhig sitzen. Wo steckt denn Dorette?“

„Dorette ist bei dem Kälbchen im Stall. Und heute früh war sie mit Papa auf der Wiese, wo der Ansitz diesmal sein soll.“

„So! Na, sie ist ja immer beschäftigt.“

„Ja! Es ist gut so, denn sie bringt die Sonne.“

„Ja!, sie bringt die Sonne“, sagte Frau Mahlow sinnend.

„Muttchen! Dorette sagte heute früh, ihr sei so feierlich zumute — es müsse sich irgend etwas Großes ereignen. Ob sie recht hat, die kleine Dorette?“ sagte Sibylle träumerisch.

Ueberrascht sah die Mutter auf die Tochter.

„Du denkst an Friedrich Kellers Heimkehr? Ob er dich in der Fremde doch nicht ganz vergessen hat?“